

Thomas Westphal/Lars Neumann
Der proteische Mensch
und der Moderne Sozialismus

Hans Günter Bell/Alex Recht
Armut und Reichtum
in Deutschland

Christiane Klenner/Svenja Pfahl
Alles im Griff? Frauen
im Ehrenamt

Im Forum DL21:
Edelbert Richter,
Peter Schuster u.a.

Ausgabe 4 | 01
Heft 120
9,50 DM
Juli |
August 2001

KOLLEGE PROTEUS



Von Horst Peter

Lebenslanges Lernen fehlt als Forderung in keiner Rede zum Megathema Bildung. Ich muss gestehen: die Forderung beunruhigt mich irgendwie. Sie hat irgendetwas von lebenslänglich – ohne Bewährung versteht sich. Wir haben schließlich in der Schule alle unsere Erfahrungen mit Lernen hinter uns. Wir wissen, dass Lernen mit Lust verbunden sein kann, auch mit Frust, dass Lernen mit Lust in der Regel selbstbestimmt, mit Frust in der Regel fremdbestimmt. Wir haben erfahren, dass Lernen in Konkurrenz zu anderen nur den Besten Erfolgsergebnisse verschafft, den meisten Angst vor Versagen bereitet. Manche erfahren positiv, dass Lernen in einer Gruppe, der es gelingt gemeinsam Probleme zu lösen, die Persönlichkeit stärkt und für die Zusammenarbeit mit anderen öffnet.

Kurzum: Die unterschiedlichen Erfahrungen mit Lernen machen „Lebenslanges Lernen“ für manche zu einer positiven Perspektive, für manche zu einer ständigen Beunruhigung.

Wir müssen deshalb klären, was gemeint ist und wer jeweils für die Forderung eintritt: Ist die Forderung ein Anruf an das Individuum, aus seinen Lernpotenzialen das Beste zu machen? Ist sie Begründung für eine Politik, die sich vornimmt die Gesamtheit der gesellschaftlichen Lernpotenziale als natürliche Ressource optimal zu fördern und zu erhalten? Ist es der Versuch nicht nur die menschliche Arbeitskraft sondern die im Menschen ruhenden Potenziale dem kapitalistischen Verwertungsprozess zu unterwerfen? Wird „lebenslanges Lernen“ ein ökonomisches Selektionsargument zur bildungspolitischen Schwerpunktsetzung für Elitenförderung oder ändert sich der Anspruch in der Verbindung mit der Forderung nach Chancengleichheit und Gerechtigkeit zur Perspektive einer gerechten Bildungsgesellschaft? Deshalb ist es unverzichtbar die Interessen derjenigen zu klären, die die Forderung nach „lebenslangem Lernen“ erheben. Es ist sicherlich ein Unterschied, ob Olaf Henkel die Forderung erhebt oder Klaus Zwickel, ob es die GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange oder der Exponent konservativer Elitebildung Roland Koch, oder ob es die neoliberale Glaubensgemeinschaft oder Vertreter eines nachhaltigen Entwicklungsweges einklagen.

Kurzum: Die alte Frage „cui bono?“ ist aktuell wie eh und je. Aber es gilt auch zu fragen, ob es zwischen unter-

schiedlichen Interessen Strecken eines gemeinsamen Weges geben kann: die genauso alte Frage nach dem möglichen Interessensausgleich.

Der einzelne Mensch wird stets versuchen aus seinen Erfahrungen zu lernen. Insofern ist die bloße Forderung eine Banalität. Es sei denn er stellt sich unsere Fragen. Dann wird er nach dem fragen, was er an Kompetenzen wissen und Bildung benötigt, um sich im Leben und Arbeit, in Gesellschaft und Politik und in ständigem Wandel orientieren und handeln zu können. Er wird für sich und vor allem für seine Kinder nach Lernarten fragen, die wertbezogen orientieren und Fähigkeiten zum Selbstlernen und Weiterlernen reklamieren, er wird aber auch nach Möglichkeiten der beruflichen Weiterbildung suchen, die seinen Vorstellungen entsprechen. Im Kern geht es neudeutsch um das Ziel „Manager des eigenen Lebens und der eigenen Fähigkeiten“ zu sein.

Diese Entwicklung des Lernens beginnt in der Kindheit, in der jeder bereits Wege entwickelt sich die Welt anzueignen. Lernpsychologen meinen, dass hier bereits entscheidende Grundlagen für die angemessene Lernstrategie gelegt werden. Sie kritisieren allerdings auch, dass die mit der Schulpflicht obligatorischen Schulen als staatliche Lerninstitutionen ihren Teil dazu beitragen die den Kindern eigene Lernstrategie nicht genug zu fördern sondern oft sogar zu unterdrücken.

Kurzum: Auch und gerade die Linke braucht den allseits gebildeten, verantwortlichen und autonomen, handlungsfähigen Menschen, der gesellschaftsbezogen in einer sich individualisierenden Welt politisch sich engagiert, wenn das Leitbild einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, die die gemeinsame Sache selbst regeln, auf der Agenda stehen soll.

Gesellschaftlich ist diese Persönlichkeit Voraussetzung für vollendete Demokratie; aber die Entwicklung der in allen Menschen ruhenden Lernpotenziale ist auch Voraussetzung für die notwendige Reproduktion der Gesellschaft und der Natur.

Wir müssen uns auf diesem Wege mit zwei unverzichtbaren Voraussetzungen auseinandersetzen: Wie ist die Gesellschaft in der Lage, die individuellen Potenziale angemessen zu erkennen und zu fördern, damit Lernen produktiv ist und Lust und möglichst wenig Frust mit sich bringt? Wie ist die

Gesellschaft in der Lage, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit mit der Förderung der individuellen Lernmöglichkeit zu verknüpfen?

Die erste Frage stellt auch oder besser ganz besonders die Form des schulischen Lernens in den Zusammenhang der Forderung nach Lebenslangem Lernen. Die zweite Frage führt zu den harten Fakten der Bildungsforschung. Das sozio-kulturelle Umfeld beeinflusst die Lernchancen schon in frühester Kindheit. Das familiäre Umfeld bedarf der komplementären familienergänzenden Förderung und der dafür erforderlichen Infrastrukturen. Es genügt also nicht, die gleichen Zugangschancen zu garantieren, um Gerechtigkeit zu gewinnen, es bedarf deshalb auch der den Lernprozess begleitenden Förderung. Der Verzicht auf diese Förderung löst der Gesellschaft insgesamt teuer kommende Interventionskosten aus, wenn „die Kinder in den Brunnen gefallen sind“.

Kurzum: „Lebenslanges Lernen“ muss Gegenstand der Bildungs- und Gesellschaftspolitik sein.

Welche Schlussfolgerungen für die politische Praxis ergeben sich aus unseren Überlegungen zu lebenslangem lernen?

Erstens bedarf es eines gesellschaftlichen Konsens darüber, was die zur Persönlichkeitsentwicklung aller erforderlichen Bildungsinhalte und sozialen sowie kulturellen Kompetenzen zum Selbstlernen sind, damit Daseinsgestaltung und gesellschaftliche Weiterentwicklung gefördert werden.

Zweitens bedarf es einer Reform des Schulsystems, deren Ziel die Förderung der individuellen Fähigkeiten aller, die Vermeidung von Bildungssackgassen, die Sicherung eines allgemeinen Bildungsstandards bis zur Klasse 10, die Vorbereitung auf Beruf und Studium mit differenzierten Schwerpunktsetzungen für alle Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe II ist. Träger dieser Reform sind pädagogisch verantwortliche Einzelschulen im Rahmen eines staatlichen Schulwesens.

Drittens ist eine plurale Infrastruktur für das Weiterlernen nach Schule und Studium gesellschaftlich sicherzustellen. Die Weiterbildung in der Verantwortung von Betrieben ist der betrieblichen Mitbestimmung zu unterwerfen.

Kurzum: Wenn dies oder noch konkretere weiterführende Überlegungen mit der Forderung nach „Lebenslangem Lernen“ verbunden werden, wird meine skeptische Beunruhigung abnehmen.

Herausgeber/Herausgeberinnen:
 Heinz Albrecht (Berlin) (†)
 Edelgard Bulmahn (Hannover)
 Karin Benz-Overnage (Frankfurt/M.)
 Klaus Dörre (Recklinghausen)
 Katrin Fuchs (Wien)
 Christel Hanewinkel (Halle/S.)
 Michael Kratke (Amsterdam)
 Uwe Kramer (Dortmund)
 Detlev von Lärcher (Weyhe)
 Benjamin Mikfeld (Bochum)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Wörlitz)
 Peter von Oertzen (Hannover)
 Horst Peter (Kassel)
 René Rösper (Hagen)
 Thomas Sauer (Möln)
 Sigrid Skarpetis-Spek (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Dortmund)
 Ulrich Zichert (Apensee)

Redaktion:
 Thorben Albrecht
 Uta Biermann
 Björn Böhning
 Stefanie Gonszewski
 Oliver Kaczmarek
 Barbara König
 Anja Kruke
 Dirk Meyer
 Lars Neumann
 Svesa Reiners
 Reinhold Rünker
 Frank Schauff
 Frank Wilhelmy

Redaktionssekretär
 Reinhold Rünker, Logo-Office Leichlingen

Redaktions- und Verlagsadressen:
 spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11
 Telefax 02 31 - 40 24 15
 verlag@spw.de, redaktion@spw.de
 www.spw.de

Geschäftsführung:
 Olaf Schade
 Alfred Voges

Konto des Verlages:
 Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68; BLZ 440 100 46

Das spw erscheint mit 6 Heften im Jahr.
 Jahresabonnement DM 63,-
 (bei Bankinzug DM 60,-)
 ermäßigtes Jahresabonnement
 für SchülerInnen, StudentInnen,
 Erwerbslose DM 55,-
 (bei Bankinzug DM 52,-)
 Auslandsabonnement DM 66,-

Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.
 Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen
 Manuskripte per E-mail oder auf einer
 MS-DOS/Windows-formatierten Diskette
 mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613
 © spw-Verlag/Redaktion GmbH 2001.
 Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:
 Christian Kieß, Berlin

Satz und Gestaltung:
 Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:
 Nolte-Druck, Ischahn
 1.-2. Tausend, Juli 2001

INHALT

Kurzum	2
MAGAZIN	
Björn Böhning	
Juso-Bundeskongress 15-17.06.2001 in Köln	4
Pantea Bashi	
Globalisierung ist kein Schicksal – ATTAC-Regionalkonferenz in Köln 22./23.06.	5
Heinrich Aller	
Der Kampf um den Erhalt der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute	6
Marcus Schwarzbach	
Der große Wurf bleibt aus – Reform des Betriebsverfassungsgesetzes	8
Kai Burmeister/Myriam Kagischke	
Nachfrageorientierte Kindertageseinrichtungen	9
Reinhold Rünker	
spw-intern	11

FORUM DL 21

Claudia Weinkopf	
Entwicklung und Zukunft unserer Arbeitsgesellschaft	12
Christel Riemann-Hanewinkel	
Gleichstellung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe	13
Edelbert Richter	
Wie kann die ostdeutsche Produktionslücke geschlossen werden?	15
Peter Schuster/Burkhard Zimmermann	
Berliner SPD	16
Uta Biermann	
Frauennetzwerk	19
Ereignisse & Personen	20

KOLLEGE PROTEUS

Reinhold Rünker/Thomas Westphal/Lars Neumann	
Kollege Proteus – Zum Wandel des Menschen im modernen Kapitalismus	20
Lars Neumann/Thomas Westphal	
He, Sie da! Der Diskurs zum proteischen Menschen	21
Hans-Günter Bell/Alex Recht	
Lebenslagen in Deutschland – Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung	26
Stefan Meretz	
Freie Software – 20 Thesen für eine andere Gesellschaft	32
Christiane Klenner/Svenja Pfahl	
Zeitlich alles im Griff – Frauen und Ehrenamt	35
Benjamin Mikfeld	
It's the work-life-balance, stupid! – Die Lebensführung wird zu einer politischen Schlüsselfrage des aktuellen Jahrzehnts	39
Oliver Kaczmarek	
Sind Nazis Pop?	42
Katja Pohl	
Harry Potter – Alles Hokus Pokus	43
Björn Böhning, Anja Kruke	
Widerstand ist möglich!	45

INTERNATIONALE POLITIK

Catherine Gregory	
Cool Britannia?	46
Marc Vasic	
Alle Ehren, Herr Djindjic – Jugoslawien ist beendet	49
Thomas Rausch	
Konjunktur für rechte Politikangebote	50

THEORIE & STRATEGIE

Reinhold Rünker/Horst Peter	
Wie erneuert sich die SPD im Generationswechsel	53
Andrea Nahles/Benny Mikfeld	
Generationenumbruch und Netzwerke in der Sozialdemokratie	54
Horst Arenz	
Rechtsruck der SPD-Linken?	56
Horst Heimann	
„Ich bin Sozialist und das ist gut so!“	58

Recht auf Zukunftschancen !

Juso-Bundeskongress als Signal für Zukunftschancen im flexiblen Kapitalismus

Von Björn Böhning

Vom 15.-17. Juni fand in Köln der diesjährige Juso-Bundeskongress statt. Dieser Kongress stand unter dem Motto „Recht auf Zukunftschancen“ und bildete damit einen Zwischenetappe zur innerverbandlichen Diskussion des Projekts Zukunftschancen.

Das Projekt Zukunftschancen

Die Jusos haben Anfang dieses Jahres eine Projektgruppe Zukunftschancen ins Leben gerufen, die auf der einen Seite die SPD-Jugendinitiative begleitet und auf der anderen Seite vor dem Hintergrund der Lebensrealitäten der jungen Generation eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den dort diskutierten Themen leistet. Dazu wurden anhand der Themen „Bildung – Arbeit – Sozialstaat“ Positionspapiere entworfen, die in dem Buko-Leitantrag „Recht auf Zukunftschancen“ mündeten. Im Zentrum des Antrages steht, die Veränderungen in Arbeit und Leben – sowie der Mangel staatlicher Institutionen darauf eine adäquate Antwort zu finden – produktiv aufzugreifen und flexiblere Lebensführung selbstbestimmt zu ermöglichen. Strategisch geht es um einen solidarischen Transfermechanismus zwischen Gewinnern und Verlierern der Modernisierung.

Diese Debatte, die die inhaltliche Erneuerung des Verbandes weiterträgt, wurde am Freitagabend geführt. Dabei wurden wesentliche Teile des Antrages von einer großen Verbandsmehrheit getragen. Die breite Zustimmung bewies, dass die Jusos auf einem guten Weg sind wieder eine geschlossene inhaltliche Interventionsfähigkeit zu erlangen.

Strategisch geht es um einen solidarischen Transfermechanismus zwischen Gewinnern und Verlierern der Modernisierung.



Insbesondere die Umwandlung der Arbeitslosenversicherung in eine „Arbeitsversicherung“, die auch vom SPD-Generalsekretär eingefordert wurde, erwies sich als wichtiger Bestandteil eines neuen Generationenprojekts. Dieses muss nun Bestandteil einer breiten Kampagne werden und sowohl in die innerparteilichen Diskussionen zum Bundesparteitag eingespeist, als auch über die Öffentlichkeit der jungen Generation vermittelt werden.

Solidarität und Zukunftschancen im flexiblen Kapitalismus sind elementar für ein erneuertes sozialdemokratisches Projekt. Entscheidend wird es sein, ob die Jusos einen Beitrag dazu leisten können, ein modernes Staatsverständnis den Privatisierern in Land und Bund entgegenzusetzen. Das heißt, an den Enttäuschungen vieler junger Menschen über ausgebliebene Strukturveränderungen in Bildung und Arbeit durch die Bundesregierung anzusetzen und ihnen ein Recht auf Zukunftschancen als einen „New Deal“ der jungen Generation mit der Sozialdemokratie anzubieten.

Generationenaufbau in der SPD

Auch in der Debatte um eine neue Strategie der Jusos konnten große Gemeinsamkeiten ausgemacht werden. Insgesamt wird es in den nächsten Jahren darauf ankommen, die Definitionsmacht über die junge Generation nicht denjenigen zu überlassen, die beschleunigt über den Internet-Highway eine Spaltung Gesellschaft erreichen wollen. Dazu wird die Auseinandersetzung mit den scheinbaren Modernisierern außerhalb und innerhalb der Partei zu suchen sein. Gleichzeitig geht es darum

den Übergang in einen flexiblen Kapitalismus mit neuen Anforderungen an Leben und Arbeiten solidarisch zu organisieren. Selbstbestimmte Lebensführung und selbstbestimmte Flexibilisierung werden dabei das Leitbild einer Modernisierung staatlicher Regulierung sein müssen. Als sozialistischer Richtungsverband gilt es daher den innerverbandlichen Modernisierungsdiskurs fortzusetzen und die sozialistische Zukunftsdiskussion in der Programmdebatte sowie den Wahlkampfplattformen der SPD zu verankern.

Die derzeitigen Bemühungen der Partei parallel zu den Strukturen einen Generationenaufbau der „Urenkel“ zu leisten, spielten die Begleitmusik zum Juso-Bundeskongress. In dieser Situation wird es für die Jusos zunehmend noch wichtiger werden, Kompetenzen innerhalb des Verbandes zu bündeln, aber auch qualitativ hochwertige Bildungsarbeit zu leisten. Diese muss den Verband auf breiter Ebene „fit“ machen für die inhaltlichen Auseinandersetzungen der kommenden Jahre jenseits von „Young Labour“. Gleichzeitig müssen aber auch die nächsten Monate bis zur Bundestagswahl dazu genutzt werden, ein neues Verbandsprofil zu entwerfen, das überholte Strukturen reformiert. Eine flexiblere Verbandsorganisation sowie lebendige Kompetenznetzwerke sind effektiver als der Ausbau überholter Strukturen. Deutlicher wird aber zunehmend auch, dass die oftmals vorgeschobene Kritik an mangelnder Politikfähigkeit des Juso-Verbandes von gelähmten Strukturen der Partei ablenken soll. Die Jusos als Teil der jungen Generation innerhalb der Sozialdemokratie müssen sich auch

weiterhin als Motor einer Parteiform verstehen – nicht als Hüter ihrer Behähigkeit.

Wahlkampf 2002 – Moderne Ausstrahlung und inhaltliche Angebote zusammendenken!

Die Jusos haben auf dem Bundeskongress einen Fahrplan für den Bundestagswahlkampf beschlossen, der für die inhaltliche und organisatorische Modernisierung des Verbandes genutzt wird. Dazu wird es notwendig sein, eine breite Wahlkampfplattform im Verband zu verankern. Das bedeutet, über die Bezirksebenen hinaus, die Jusos „vor Ort“ in den Unterbezirken für einen kampagnenorientierten Wahlkampf mit 2-3 Schwerpunktbotschaften zu mobilisieren und eine breite Vernetzung der Aktivitäten und Aktionen zu erreichen.

Nur wenn der Juso-Verband in der Lage ist, kurzfristige Interventionsfähigkeit mit einer inhaltlichen Zukunftsperspektive zu verknüpfen, hat er innerhalb der SPD noch die Möglichkeit zur Erneuerung sozialdemokratischer Politik beizutragen.

Mit der Wahl Niels Annens zum neuen Bundesvorsitzenden wurde der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Realitäten im flexiblen Kapitalismus Vorschub vor einer strengen innerverbandlichen Ausrichtung gegeben. Dies spiegelte sich auch darin wider, dass am Sonntag eine klare Positionierung zur Einwanderungspolitik beschlossen wurde, in der Einwanderung als Chance für solidarisches und nachhaltiges Zusammenleben verstanden wird. Die Voraussetzungen für Integration zu schaffen und diese nicht mit *Assimilation* miss zu

verstehen wird ein Leitbild fortschrittlicher Einwanderungspolitik sein. Das bedeutet auch, die kommenden Wochen dafür zu nutzen, einen ausländerfeindlichen und rechtsradikalen Diskurs in Politik und Gesellschaft durch entschlossenes Eingreifen zu verhindern.

Der Juso-Bundeskongress hat bewiesen, dass der Verband in seiner Gänze politikfähig ist. Nicht zuletzt deshalb, weil sich auch innerhalb des Verbandes alte Strukturen auflösen. Dies ist als Indikator dafür zu sehen, dass die eingespielten Politikrituale der 70er Jahre endgültig der Vergangenheit angehören. Diese gemeinsame linke Verbandsperspektive gilt es nun aufzugreifen und als Teil der jungen Generation moderner sozialistischer Politik eine Richtung zu verleihen. spw

Solidarität und Zukunftschancen im flexiblen Kapitalismus sind elementar für ein erneuertes sozialdemokratisches Projekt.

Näheres über Attac! können Sie anfordern bei: Attac!, Artilleriestraße 6, 27283 Verden/Aller, Tel: 04231/957-591, Fax: 04231/957-594, info@attac-netzwerk.de, www.attac-netzwerk.de

...eine andere Welt ist möglich!

Unter diesem politischen Motto fand am 22. und 23.6. der Kongreß von attac!Rheinland statt. Sie begann am Freitagabend mit einer Podiumsdiskussion, an der sich ca. 150 Menschen beteiligten. Pascal Beukers (taz) führte durch die Diskussion mit Maria Mies (Netzwerk gegen Konzernherrschaft und Neoliberalismus), Ursula Lötzer (MdB, PDS), H.-J. Urban (IGM-Vorstand) und Prof. W.-D. Bukow (Uni Köln). Gesprochen wurde über das Ausmaß und die Schattenseiten der Globalisierung. Der Tenor der z.T. kontrovers geführten Debatte war, dass die internationalen Finanzmärkte dringend einer politischen Einflussnahme und Regulierung bedürfen. Es wurde die Notwendigkeit regionaler und kommunaler Beteiligung als wichtiger Schritt zum Aufhalten der totalen Verelbständigung der Märkte unterstrichen. Der Privatisierung von städtischen Unternehmen und Institutionen wurde in diesem Zusammenhang der politische Kampf angesagt.

Die Tagung, die in der Antoniterkirche im Herzen Kölns stattfand, hatte u.a. die Förderung und Stärkung einer aktiven Zusammenarbeit unter den verschiedenen Organisationen zum

Ziel. So gabe es auf dem „Markt der Möglichkeiten“ die Gelegenheit, sich über die Zielsetzungen der anwesenden Organisationen zu informieren.

Am Samstag kamen die attacis in den Genuß, die internationalen Finanzmärkte durch einen anschaulichen Vortrag von Prof. Huffschild (Uni Bremen), auch aus ökonomischer Sicht zu analysieren und zu kritisieren.

Daran anschließend wurden Arbeitsgruppen zu den Themen „Globalisierung und Ökologie am Beispiel der Hermeskreditversicherung“, „Entschuldung“, „Privatisierung in der Kommune“, „Globalisierung und Nahrung“, „Frauen und Globalisierung“, „WTO – Die unbekannteste Macht“ und „Bildung und Globalisierung“ gebildet. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden in einem weiterhin gut besuchten Plenum vorgestellt. Sie alle hatten gemein, dass dem Shareholder-Value-Kapitalismus die politischen Schranken gezogen werden müsse. Hierzu sei eine bereite politische Mobilisierung notwendig, damit die mit enormer Geschwindigkeit fortschreitende Entwicklung der sozialen Polarisierung innerhalb der Industrieländer und des Nord-Süd-Gefälle aufgehalten werden könne.

Darüber hinaus wurde die Bedeutung von Teilnahme an dem weltweiten Protest gegen die etablierten Institutionen der Finanzmärkte im speziellen die Treffen der G7/G8 Staaten in Genua herausgearbeitet und bereits zu diesem Protest aufgerufen und mobilisiert. Als verheerend stelle sich

Globalisierung ist kein Schicksal...

Konferenz von Attac-Rheinland am 22./23.06.2001

von Pantea Bashi

das Problem der Kriminalisierung der Bewegung durch die Darstellung in den Medien, aber auch durch die politische Meinungsmache der staatlichen Repressionsapparate dar. Diesem müsse entschieden entgegen gewirkt werden, damit möglichst viele Bevölkerungsschichten auf die Tatsachen und die politisch-ökonomischen Zusammenhänge aufmerksam gemacht werden können.

Allein durch das Prinzip der Solidarität seien die Menschen wir in der Lage, politischen Einfluß wieder zu gewinnen und eine Verschiebung der Machtverhältnisse von oben nach unten zu erreichen.

Die Stimmung während der Tagung war geprägt von solidarisch-konstruktiver Auseinandersetzung auch bei strittigen Punkten, wie z.B. der Tobin-Steuer.

Insgesamt eine erfreuliche und motivierende Zusammenkunft, die eine gute Grundlage für weitere Zusammenarbeit gelegt hat. spw

Pantea Bashi, 26 J. Studentin der Sozialwissenschaften Duisburg, Mitglied im Juso-Unterbezirksvorstand Köln

Klarheit für Landesbanken und Sparkassen

Einigung mit der EU beendet Hängepartie

Von Heinrich Aller

Am 17. Juli 2001 haben Vertreter des Bundes und der Länder in der Frage der Haftungsstrukturen der öffentlich-rechtlichen Kreditwirtschaft eine Einigung mit dem EU-Wettbewerbskommissar Mario Monti erzielen können. Damit haben die Landesbanken und Sparkassen endlich Rechts- und Planungssicherheit für ihre Zukunft.

Kern der Einigung ist, dass nach Ablauf einer 4-jährigen Übergangsfrist die Gewährträgerhaftung zum 18.07.2005 wegfällt und die Anstaltslast zu diesem Termin dergestalt modifiziert wird, dass im Sanierungsfall Mittelzuflüssen der öffentlichen Hand zuvor von Brüssel genehmigt werden müssen. Zudem konnte gegenüber Brüssel das Prinzip des „Grandfathering“ durchgesetzt werden: Alle Geschäfte, die die öffentlich-rechtlichen Institute bereits abgeschlossen haben oder bis zum Ablauf der Übergangsfrist abschließen werden, unterliegen auch weiterhin - längstens bis zum 31.12.2015 - den bei Abschluss geltenden Rechtsbestimmungen.

Der öffentlich-rechtliche Charakter von Sparkassen bleibt bestehen. Damit ist auch klargestellt, dass die Sparkassen weiterhin einheitlich behandelt werden. Eine Trennung zwischen kleinen und großen Sparkassen hätte unweigerlich zu einer Zerreißprobe innerhalb der Sparkassenorganisation geführt.

Die Formel lautet „Plattform & Pluralität“

Der Kompromiss enthält keine Detailregelungen sondern gibt einen Rahmen vor, der es ermöglicht, den individuellen Erfordernissen der einzelnen Institute und Länder zu entsprechen. Die Landesbanken können so aufgrund ihrer



rechtlich, organisatorisch und wirtschaftlich unterschiedlichen Ausgangslagen tragfähige Perspektiven finden. Insbesondere ist es ihnen weiterhin möglich, ihre Landesbankfunktionen und die Verbundaufgaben für die Sparkassen wahrzunehmen.

Ich habe mich als Vertreter des Landes Niedersachsen mit Unterstützung der Nord/LB und des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes von Beginn an sehr stark in diesem Beihilfestreit engagiert, weil absehbar war, dass Änderungen der Haftungsstrukturen von Landesbanken und Sparkassen nur im Wege von Gesetzesänderungen durch die Länder möglich sein werden, was eine sorgfältige Abwägung der vorhandenen Strukturen mit möglichen Kompromisslinien erfordert. Darüber hinaus habe ich stets Wert darauf gelegt, dass die länderspezifischen Belange in dem Diskussionsprozess berücksichtigt werden. So kam es schließlich zur Formel „Plattform & Pluralität“.

Auf Basis dieser Plattform werden verschiedene Lösungsansätze für einzelne Landesbanken erarbeitet. Dazu gehören das Mutter-Tochter-Modell der WestLB und das Holding-Modell der Bayerischen Landesbank. Vorstellbar ist auch eine Avallösung, die sich auf bestimmte Risikopositionen einer Landesbank bezieht.

Eine gewaltige Herausforderung

Die Übergangsfrist von vier Jahren, die erkämpft werden konnte, ist knapp bemessen und insofern eine gewaltige Herausforderung, die aber zu meistern ist. Zum einen brauchen die Sparkassen und Landesbanken Zeit, um sich unter den veränderten Bedingungen den Mechanismen des Marktes anpassen zu können. Zum anderen sind die notwendigen Rechtsänderungen innerhalb der komplexen Eigentümerstruktur umzusetzen, damit sich die öffentlich-rechtlichen Institute unten den neuen

Voraussetzungen auf dem Markt positionieren könnten.

Für Niedersachsen bedeutet dies, dass das Niedersächsische Sparkassengesetz einschließlich Anpassungen in ergänzenden Vorschriften bzw. Bundesgesetzen, das Gesetz über die Norddeutsche Landesbank und die Staatsverträge zwischen den Ländern Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern über die NORD/LB einerseits sowie zwischen Niedersachsen und Bremen über die Bremer Landesbank andererseits angepasst werden müssen. Für die Einleitung dieser Gesetzesänderungen ist ein Zeitrahmen bis Ende dieses Jahres und deren Abschluss bis Ende nächsten Jahres vereinbart worden.

Der Weg zu einem tragfähigen Kompromiss

Diese Anpassungen bei den Haftungsverpflichtungen sind das Ergebnis von einer monatelangen Detailarbeit der Vertreter des Bundes, der Länder, der Sparkassenorganisation und der EU-Kommission. Dabei hat die Arbeitsgruppe „Wettbewerbsfragen öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute“ unter der Leitung von Staatssekretär Caio Koch-Weser, der auch ich angehöre, eine wesentliche Rolle gespielt. Diese Arbeitsgruppe, die am 3. Dezember 1999 ihre Arbeit aufgenommen hat, tagt seit dem 26. April 2001 als länderoffene Bund-Länder-Arbeitsgruppe und garantiert somit, dass die in dieser Arbeitsgruppe erarbeiteten Lösungen eine breite Zustimmung auf allen Ebenen, d. h. Bund, Länder, Kommunen und Sparkassenorganisation finden. Die Gründung dieser Arbeitsgruppe war ein wichtiger Schritt, um eine möglichst einvernehmliche Lösungsstruktur für das Beihilfeproblem zu entwickeln. Die Bundesregierung hat hierzu als Ansprechpartner der EU-Kommission er-

Die Leistungen der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute sind unverzichtbar für den vom Mittelstand geprägten Wirtschaftsstandort.

folgreich eine koordinierende Funktion übernommen, auch wenn der Diskussionsprozess zeitweise ins Stocken geraten war.

In mehreren Gesprächen hatte EU-Wettbewerbskommissar Mario Monti verdeutlicht, dass er wettbewerbsrechtliche Bedenken gegen die seit Jahrzehnten bestehenden Haftungsstrukturen der öffentlich-rechtlichen Kreditwirtschaft hat. Die deutschen Vertreter haben dagegen immer wieder betont, dass die Haftungsstrukturen von Landesbanken und Sparkassen nicht gegen den EU-Vertrag verstoßen und darauf hingewiesen, dass der Finanzdienstleistungssektor in Deutschland gerade durch das Drei-Säulen-Prinzip mit Privatbanken, Genossenschaftsbanken und öffentlich-rechtlichen Banken insbesondere im Verbraucherinteresse sehr gut funktioniere. Dass dennoch gegenüber der Kommission eingelenkt wurde, hat nicht juristische sondern politische Gründe. Die schwelende Diskussion mit Brüssel, die erhebliche Ressourcen in der Sparkassenorganisation sowie in der Bundes- und in den Länderregierungen bindet, ist so endlich beendet. Diese Ressourcen werden dringender benötigt, um Anforderungen, denen die Institute im Markt ausgesetzt sind mit konstruktiven Lösungen zu begegnen.

Denn unabhängig von der Einigung mit Brüssel bleiben die Leistungen der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute wie

- flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen,
- Gewährung von Finanzdienstleistungen an breite Bevölkerungsschichten (u.a. Girokonto für Jedermann),
- Bereitstellung von Finanzdienstleistungen und sonstiger Unternehmensfinanzierungsangebote für kleine und mittelständische regionale Unternehmen,
- Ausübung der allgemeinen Hausbankfunktion für Länder und Kommunen und
- die Mitwirkung bei der Durchführung öffentlicher Förderprogramme zur sektoralen und regionalen Strukturpolitik
- unverzichtbar für den vom Mittelstand geprägten Wirtschaftsstandort Deutschland

Kritiker könnten darauf verweisen, dass man ein solches Ergebnis bereits zu Beginn der Diskussion um die öffentlichen-rechtlichen Kreditinstitute hätte haben können. Ich halte dagegen, dass das Einlenken in der Haftungsfrage nicht deshalb erfolgt ist,

weil die Rechtsgrundlagen für die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute nicht mit dem EU-Vertrag vereinbar wären, sondern weil die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Wirtschaftsorganisation sind. Das hört sich im ersten Moment zwar widersprüchlich an. Wer die Diskussion mit Brüssel intensiv verfolgt hat, weiß, dass die deutsche Position in dieser Frage in einem möglichen Klageverfahren vor der europäischen Gerichtsbarkeit durchaus Chancen gehabt hätte. Dies ist auch immer wieder vom Bundesrat bzw. der Ministerpräsidentenkonferenz (zuletzt am 5. April 2001) betont worden.

Auswirkungen einer Kompromisslösung

Die Nord/LB, deren Aufsichtsratsvorsitzender ich bin, wird sich den veränderten Rahmenbedingungen anpassen müssen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass die Bank auch weiterhin hervorragend am Markt positioniert sein wird. Bei den zu treffenden Entscheidungen über die Zukunft der NORD/LB wird auch die Entwicklung der Bankgesellschaft Berlin AG eine Rolle spielen. Die Eigentümer der Nord/LB dürfen aber auch andere Optionen nicht aus den Augen verlieren.

Ich gehe weiter davon aus, dass sich die Sparkassenorganisation nach Beendigung der quälenden Diskussion um Anstaltslast und Gewährträgerhaftung wieder auf die eigentlichen Herausforderungen des Marktes wie Globalisierung und zunehmende Technologisierung konzentrieren kann. Hier gibt es noch Nachholbedarf, der schleunigst aufgeholt werden sollte. Der Verbund birgt genügend Synergiepotenziale, die hierfür hilfreich wären. Länder und Kommunen als heutige Gewährträger werden in enger Abstimmung mit den öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute und ihren Verbänden zu entscheiden haben, welche Strukturen am besten geeignet sind, damit Sparkassen und Landesbanken diese Herausforderungen meistern können.

Das Land Niedersachsen wird einen Rechtsrahmen schaffen, der auf der zwischen der Europäischen Kommission und der Bundesrepublik Deutschland politisch und rechtlich eindeutig abgesicherten neuen Basis aufsetzt. Er wird den öffentlich-rechtlichen Kreditwesen in unserem Land eine Zukunftsperspektive eröffnen, die den Sparkassen und Landesbanken auch unter verschärften Wettbewerbsbedingungen eine starke Rolle am Markt garantiert. spw



PROKLA 123
2001 – 176 Seiten
DM 20,50 – ISBN 3-89691-323-9

Michael Heinrich:
Monetäre Werttheorie.
Geld und Krise bei Marx

Klaus Dräger:
Baustelle Neomarxismus.
Die Regulationsschule und Robert
Brenner zu den Turbulenzen
in der Weltwirtschaft
monetären Koordination von
Hansjörg Herr:
Keynes und seine Interpreten

Victoria Chick:
Über Geld und Geldtheorien

Bernhard Emunds:
Der Finanzkeynesianismus
in der Tradition Hyman Minskys

Arne Heise:
Postkeynesianische Finanzpolitik
zwischen Gestaltungsoptionen
und Steuerungsgrenzen

Eike Muchlinski:
Paradigmenwechsel in der
Zentralbanken?

WESTFÄLISCHES
DAMPFBOOT



Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster
Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020
E-mail: info@dampfboot-verlag.de
http://www.dampfboot-verlag.de
http://www.prokla.de

Der große Wurf bleibt aus

Reform des Betriebsverfassungsgesetzes

Von Marcus Schwarzbach

Das Betriebsverfassungsgesetz von 1976 beinhaltet neben Informationsrechten für Betriebsräte auch Beratungsrechte und – im personellen Bereich – Mitwirkungsrechte.

Kommt es in diesen Punkten jedoch zu Uneinigkeiten zwischen den Betriebsparteien, können Unternehmer letztendlich die eigenen Ziele ohne Absprache mit dem Betriebsrat durchsetzen.

Da sich Unternehmer immer mehr dem Shareholder-Value-Prinzip verpflichtet fühlen, ist auch das Auftreten den Mitarbeitern und der kollektiven Arbeitnehmervertretung gegenüber forscher.

Vorschläge von Betriebsräten ohne rechtlichen Verhandlungsanspruch werden so eher ignoriert.

Rechtlich weitgehendere Ansprüche sind durch Mitbestimmung möglich. Die Mitbestimmung ermöglicht es der Interessenvertretung, Verhandlungen über eigene Vorstellungen mit dem Arbeitgeber zu erzwingen und notfalls über eine Einigungsstelle eigene Vorstellungen durchzusetzen.

Aus diesem Grund forderte der DGB 1998 in einem Gesetzesentwurf eine Ausweitung der Mitbestimmung auf alle sozialen, personellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten, sofern diese nicht bereits über ein Gesetz geregelt sind. Beispiele sind die Planung von und Änderung in Arbeitsabläufen, die Festlegung von Arbeitsinhalt und -umfang, die Einführung von Tele(heim)arbeit, die Erstellung von Arbeitsschutzprogrammen oder die Einleitung von Maßnahmen gegen Mobbing.

Bis auf Einführung von Gruppenarbeit und neue Möglichkeiten im Bereich der Weiterbildung wurde der Mitbestimmungskatalog jedoch nicht erweitert.

Darüberhinaus fehlen zur Verbesserung der Arbeitsgrundlagen der Betriebsräte weitere Neuerungen:

Durch einen neuen Betriebs-Begriff kann die Bildung unternehmens-einheitlicher Betriebsräte bei Aufspaltung von Unternehmen in einzelne Bereiche vorgeschrieben werden.

Verstöße gegen Informationspflichten dürfen von Arbeitgebern – und Gerichten – nicht mehr nur als „Kavaliersdelikte“ angesehen werden. Es muß ernsthafte Konsequenzen (z.B. Zwangsgeld) haben, wenn Betriebsräten die Möglichkeit zu Verhandlungen verweigert wird, indem sie vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Die Einführung neuer Technik und organisatorische Veränderungen in den Betrieben erfordern Sachkenntnis der Interessenvertreter, um mit dem Arbeitgeber verhandeln zu können. Hier ist ein erleichterter Einsatz von Sachverständigen und ein verbesserter Durchsetzungsanspruch auf Weiterbildung für Betriebsräte angebracht.

Ernsthaft diskutiert wurden diese Vorschläge nicht. Der Grund ist leicht zu finden: Die widersprüchliche Rolle der Gewerkschaften in diesem Reformprozeß. Anfang 1998 -zu Zeiten der Kohl-Regierung- schienen die Chancen auf eine Änderung des Gesetzes noch gering. Nach dem Wahlsieg von Rotgrün änderte der DGB erstaunlicherweise aber seine Position: Der eigene Vorschlag wurde kaum noch offensiv vertreten. In Hintergrundgesprächen mit dem ehemaligen IG-Metall-Vize Riester hielt man Veränderungen im Sinne der Betriebsräte eher für durchsetzbar.

Spätestens Mitte des letzten Jahres war aber auch den Gewerkschaften klar: eine weitgehende Ausweitung der Mitbestimmung wird es mit Riester nicht geben. Von einer weitgehenden Mobilisierung in den Betrieben sahen die Gewerkschaften jedoch ab.

Zumindest im Bereich der Beschäftigungssicherung – einem Kernanliegen der rot-grünen Regierung – wäre mehr zu erwarten gewesen. Die Vorschläge, um Kündigungen zu vermeiden, liegen auf dem Tisch:

Personelle Maßnahmen sollten, falls es zu keiner Einigung zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung kommt, nur nach einem Einigungsstellenverfahren möglich sein. Dies würde es dem Arbeitgeber erschweren, bei Versetzungen Mitarbeiter willkürlich in Bereiche zu versetzen,

denen er fachlich nicht gewachsen ist oder die von Outsourcing bedroht sind.

Kündigungen sollten nur noch wirksam werden, nachdem es einen Gerichtsbeschluss hierzu gibt. Ist es für das Unternehmen ein Leichtes, eine Kündigung auszusprechen. Der Mitarbeiter muss dann das gerichtliche Verfahren einleiten. Derzeit ist ein gekündigter Mitarbeiter in der Regel nicht mehr im Betrieb tätig, wenn ein Urteil vorliegt.

Die Ausweitung der Mitbestimmung auf die Frage, ob, wann und vor allem wie eine Betriebsänderung (z.B. Fremdvergabe eines Bereiches, Schließung eines Betriebes) durchgeführt wird, versetzt den Betriebsrat in die Lage, im Interesse der Beschäftigten Alternativvorschläge mit dem Unternehmen zu verhandeln.

Der willkürliche Vereinbarung befristeter Arbeitsverträge in vielen Betrieben kann nur durch Mitwirkungsrechte der Betriebsräte gegengesteuert werden.

Aber selbst diese Vorschläge spielen im Gesetzgebungsverfahren keine Rolle mehr.

Die Drohung der Arbeitgeber mit dem Gang zum Bundesverfassungsgericht kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Gesetzesentwurf nicht als eine weitgehende Reform bezeichnet werden kann. Dieses Verhalten zeigt, das von den gemeinsamen Veröffentlichungen von der DGB-eigenen Böckler-Stiftung und der Bertelsmann-Stiftung, die die Rolle der Betriebsräte loben, nicht viel zu halten ist.

Es macht vielmehr deutlich, Interesse haben die Unternehmer in erster Linie an einem Betriebsrat, der bei Entlassungen und Outsourcing durch Sozialpläne für Akzeptanz und eine kontrollierte Empörung bei den Beschäftigten sorgt. Dies wird als wichtiger Standortfaktor angesehen, der vor französischen Verhältnissen schützt. An demokratischer Teilhabe besteht kein Interesse.

Der Bundesregierung fehlt es am Mut, das Betriebsverfassungsgesetz grundlegend zu novellieren – wie es im Koalitionsvertrag noch festgeschrieben wurde – und gegen die Arbeitgeberverbände zu argumentieren. Auch die Gewerkschaften verzichteten auf eine weitgehende Mobilisierung.

So wurde aus der Idee einer überfälligen Reform eine kleine Gesetzesänderung, ein „Reformchen“ quasi. **spw**

An demokratischer Teilhabe besteht kein Interesse.

Familienpolitik ist derzeit bei allen Parteien angesagt. Gleichzeitig rückt die öffentliche Aufmerksamkeit auf das „Armutsrisiko Kind“. Die künftige Ausgestaltung der steuer- und sozialpolitischen Förderung von Kindern hat Chancen, im Bundestagswahlkampf 2002 thematisiert zu werden. Angesichts des europäischen Vergleichs der Kinderbetreuungseinrichtungen (Kitas) erscheint für die Bundesrepublik dieses Wahlkampfthema notwendig. Zu beantworten ist, mit welchen Instrumenten eine Vereinbarkeit von Kindern und veränderter Erwerbsarbeit möglich ist, inwieweit Kinderbetreuung in das Bildungssystem zu integrieren ist und wie ein tragfähiges Finanzierungsmodell implementiert werden kann.

Der Rechtsanspruch und die schlichte Realität

Zwar ermöglichte der Kompromiss um den § 218 StGB im Zuge der deutschen Einheit seit 1996 einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz und führte tatsächlich zu einem Ausbau des öffentlichen Betreuungsange-

zur Einschulung für täglich vier Stunden pro Tag verwirklicht wird, obwohl ein bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagsplätzen zur Verfügung stehen sollte. Für Kinder unter 3 und Schulkinder sollen nach Bedarf Betreuungsplätze geschaffen werden, soweit es das Wohl des Kindes erforderlich macht. Die Bedarfsermittlung und Angebotsplanung liegt im Aufgabenbereich der Kreise und Kommunen, die angesichts der vielerorts angespannten Haushaltslage Bedarfe weg definieren bzw. nur unzureichende Betreuungsangebote anbieten. Weiterhin ist derzeitige Kinderbetreuung gekennzeichnet durch die Objektorientierung, d.h. Städte und Kreise halten Einrichtungen in eigener Verantwortung sowie bei Kirchen und Freien Trägern der Wohlfahrtspflege vor.

Die vorherrschende Definition des Rechtsanspruchs schlägt sich im aktuellen Angebot nieder. Zwar stehen in den alten Bundesländern mit einem deutlichen Stadt-Land-Gefälle durchschnittlich für 73 % der 3-6-jährigen Plätze zur Verfügung, das Angebot

Nachfrageorientierte Kindertageseinrichtungen

Baustein einer erneuerten sozialstaatlichen Infrastruktur?

Von Kai Burmeister und Myriam Kagischke

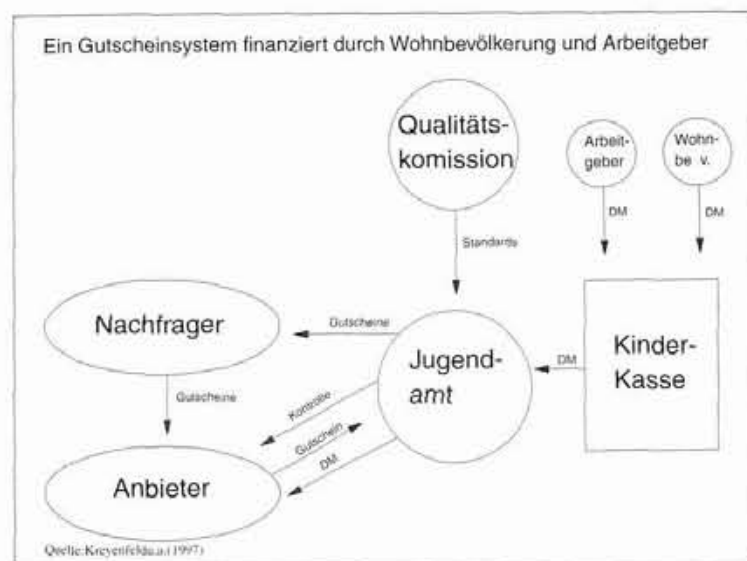
von Erwerbstätigkeit und Kinderwunsch und (2) Bildung und Sozialisation.

Alle Untersuchungen zur Zufriedenheit von Eltern zeigen im Kern, dass eingeschränkte Betreuungszeiten und mehrheitlich starre Öffnungszeiten der Kitas die größten Kritikpunkte darstellen. Die inflexiblen Öffnungszeiten führen zwar nicht zu einem generellen Ausschluss von Frauen aus dem Arbeitsmarkt, vielmehr bildete sich seit der frühen 90er Jahre eine Teilzeitstrategie heraus. Von der Grundgesamtheit aller erwerbstätigen Frauen arbeitet ca. ein Drittel auf Teilzeitbasis, von den erwerbstätigen Müttern mit Kindern unter 6 Jahren sind hingegen vier Fünftel der Teilzeitbeschäftigten (Klammer 2001: S. 332).

Öffnungszeiten dürfen sich nicht mehr nur auf den Vormittag konzentrieren. Angesichts verlängerter Öffnungszeiten- und Arbeitszeiten u.a. im Einzelhandel sowie generell gewandelter Arbeitszeitmuster und Arbeitsformen erscheint eine Anpassung der täglichen und jährlichen Öffnungszeiten der Kitas sowie eine Stärkung der Angebotsplanung durch die Eltern geboten.

Bisher wurde Kinderbetreuung hauptsächlich unter Arbeitsmarktgesichtspunkten betrachtet, künftig muss auch eine bildungspolitische Betrachtung in den Fokus gerückt werden. Allgemein wird davon ausge-

Künftig muss Kinderbetreuung auch bildungspolitisch in den Fokus gerückt werden.



bots. Gleichwohl erweist sich der Status quo mehrfach als unzureichend. Kindertagesbetreuung baut nach wie vor auf einer Kombination von öffentlichen Angeboten, einem Bereich der Schattenökonomie mit Tagesmüttern sowie der familiären Betreuung („das Kind ist bei Oma“) auf. Verursacht ist dieses Betreuungsgeflecht dadurch, dass der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz (§ 24 SGB VIII) in den meisten Ländern – vor allem im Westen – praktisch nur für Kinder ab dem vollendeten 3. Lebensjahr bis

im Krippenbereich für unter 3-jährige ist mit nur 2% und 6% im Hortbereich offensichtlich unzureichend. Besser ist das Betreuungsangebot hingegen in den neuen Bundesländern, dort wird im europäischen Vergleich eine gute Wert eingenommen. (siehe Grafik)

Doppelte Zielstellung: Arbeitsmarkt und Bildungssystem

Eine grundlegende Reformierung des Systems der Kindertagesbetreuung muss einer doppelten Zielstellung gerecht werden. (1) die Vereinbarkeit

Kai Burmeister ist jugendpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion der Lübecker Bürgerschaft
Myriam Kagischke studiert Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg

Foto: Christian Kiel (Berlin)



gangen, dass die institutionelle Kinderbetreuung besonders für benachteiligte Schichten positive Effekte mit sich bringt (vgl. Sachverständigenrat Bildung 2001). Ähnlich verhält es sich mit der Integration von Kindern von Migrantinnen und Migranten.

Verschwiegen werden soll gleichwohl nicht, dass zwar seit Mitte der 70er Jahre ausführlich über die Qualität der Kitas diskutiert wurde, mit der weiteren Polarisierung von Arm und Reich in der Bundesrepublik differenzierte sich gleichzeitig die Landschaft der Kinderbetreuung aus. Qualitätsunterschiede ergeben sich vorwiegend regional sowohl hinsichtlich mehr oder minder entwickelter Pädagogik. Eine Aufwertung der Bildungsfunktion erfordert dann auch in der Berufsausbildung der Erzieherinnen eine entsprechende Aufwertung.

Kita-Card – ein Beispiel aus Hamburg

In Hamburg ist die Diskussion um Kinderbetreuung in Bewegung geraten. Mit dem Kindergartenjahr 2003 soll die bestehende institutionalisierte Objektförderung zu Gunsten der Subjektförderung grundlegend refor-

miert werden. An die Stelle des bisherigen Modells der „Leistungsempfänger sollen die Eltern nun als Nachfrager aktiv auf die Angebotsstruktur Einfluss nehmen können“ (Straubhaar: 1999). Hierzu erhalten die Eltern vom Jugendamt einen zeitmäßig bestimmten Gutschein (Kita-Card), der bei lizenzierten Anbietern eingelöst werden soll. Da die Kita-Träger mit dem Jugendamt nun ihre Einrichtungen über die Anzahl der Kita-Cards finanzieren, sind diese dem Prinzip nach veranlasst, ihr Angebot im Sinne der Nachfrage, damit also an den Wünschen der Eltern auszurichten. Zwar besticht die Kita-Card durch diesen der Idee nach funktionalen Regelungsmechanismus und stärkt die Beteiligungsmöglichkeit der Eltern, gleichwohl müssen Detailpunkte bedacht werden.

Generell muss beachtet werden, dass Protagonisten der Gutscheinsteuierung wie C. Spieß vom DIW Open-End-Voucher befürworten, d.h. die Jugendämter gewähren eine Grundversorgung, Eltern können weitere Leistungen nach Bedarf und Geldbeutel zukaufen (Spieß 2001). Dadurch würden die bestehenden Spaltungen zwischen „guten“ und „schlechten“ Kitas eher verfestigt werden. Mit der Kita-Card kommt es zudem zu einer verstärkten Pauschalisierung von Kita-Leistungen. Hierdurch besteht die Gefahr, dass notwendige höhere Ausgaben in benachteiligten Stadtteilen nicht angemessen berücksichtigt werden und „Problemkinder“ abgewiesen werden. Wenn auch für Hamburg die Kita-Card trotz der Einführung vor dem Hintergrund der Sparpolitik in die richtige Richtung weißt, darf eine Übertragung des Mechanismus auf kleinere Städte bezweifelt werden. Nachfrageorientierte Kindertagesstättenpolitik setzt voraus,

dass ortsnah ein auswahlfähiges Angebot zur Verfügung steht. Es werden oftmals nicht genügend Nachfrager mit den gleichen Zeitwünschen zusammenkommen. Kinderbetreuung ist im Regelfall ein notwendig kollektives Gut.

Mehr Generationengerechtigkeit durch die Kinderkasse?

Zwar sollte die bisherige generationen-

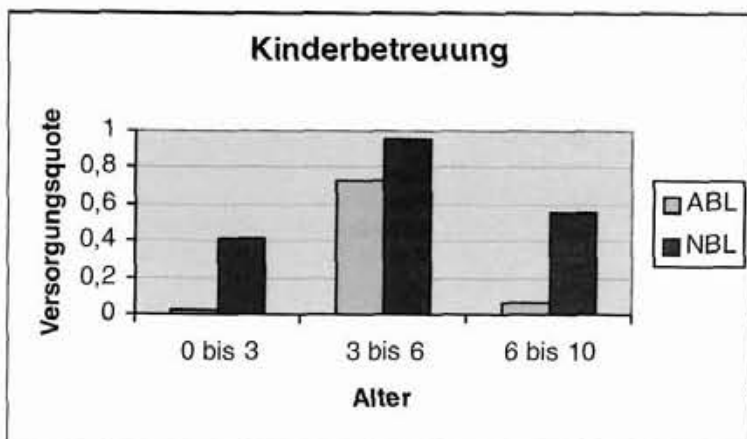
gerechtigkeit der Ehe durch die Abschaffung des Ehegattensplitting zu Gunsten einer stärkeren Berücksichtigung von Kindern und Erziehungsleistungen geändert werden, doch erscheint für die Kinderbetreuung eine erweiterte Lösung vielversprechender. Angesichts der Diskussion um Generationengerechtigkeit ist zu fragen, warum die Sozialversicherung bisher nur Zeiten nach der aktiven Erwerbsphase absichert. Eine fortschrittliche Konzeption der Sozialversicherung in „Neuen Zeiten“ steht vor der Herausforderung, veränderte Erwerbsverläufe und Ansprüche an Familie und Arbeit abzusichern und das Leistungsangebot kollektiver Sicherungssysteme direkt erfahrbar zu machen. Vorbild für die Bundesrepublik könnte die Idee der französischen Familienkasse CNAF (Caisse Nationale des Allocations Familiales) sein, durch die entsprechende Leistungen finanziert werden. Ähnlich zu den bestehenden Sozialversicherungen wären die Beiträge durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch zu tragen. Als Äquivalent stehen den Beiträgen die entsprechenden Angebote der Kinderbetreuung gegenüber.

Zusammenfassend: Kinderbetreuung muss umfassender werden, hierzu braucht es neben einem veränderten Steuermechanismus vor allem eine Ausweitung des Rechtsanspruchs und das geht nur durch mehr Geld im System.

spw

Literatur:

- Ute Klammer(2001): Managerin gesucht: Erwerbstätige Mütter in Europa zwischen Sozialpolitik und sozialer Realität, in: WSI-Mitteilungen, 5/2001, S329 ff.
- Michaela Kreyenfeld u.a. (1997): EIN NEUES ORGANISATIONSMODELL IN DER KINDERBETREUUNG: KINDERKASSE, BETREUUNGSGUTSCHEINE UND QUALITÄTSKOMMISSIONEN, Diskussionspapier der Ruhr-Universität Bochum
- Sachverständigenrat Bildung bei der Hans-Böckler-Stiftung: Bildung in der frühen Kindheit (Diskussionspapier Nr 4), 2001
- C. Katharina Spieß (2001): Referat „Bildungsgutscheine – ein Ansatz zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen“ auf der FiBS-Konferenz „Nachfrageorientierte Bildungsfinanzierung – Neue Trends für Kindertagesstätte, Schule und Hochschule, Köln
- C. Katharina Spiess; Gert G. Wagner; Michaela Kreyenfeld: DIW-Wochenbericht 18/00 (unter: www.diw.de)
- Kindertageseinrichtungen in Deutschland – Ein neues Steuerungsmodell bei der Bereitstellung sozialer Dienstleistungen
- T. Straubhaar, Zu den Marktmechanismen einer über Betreuungsschecks gesteuerten Nachfrage nach Leistungen in Kindertageseinrichtungen, Hamburg 2001



Quelle: Commission Network S322 WSI

Im letzten Heft hatten wir ja angekündigt, dass spw die Werbeaktivitäten erhöht und sich um eine stärkere Präsenz bemüht. Erste Ergebnisse geben Anlass zur Ermutigung. Obwohl noch wesentliche Werbeaktivitäten ausstehen, ist die Abo-Entwicklung im ersten Halbjahr deutlich positiver als in den zurückliegenden Jahren. Ende Juni hatten wir bereits 75 % der Vorjahres-Neuabos erzielt, während die Kündigungen leicht ruckläufig sind.

Diese positive Entwicklung ist nicht zuletzt auch deshalb möglich gewesen, weil spw sowohl durch seine Leserinnen und Leser, aber auch seine Autorinnen und Autoren stärker ins Gespräch gebracht wird. Dies haben wir durch die Befragung der Probeheft-EmpfängerInnen erfahren. Fast 40 % derjenigen, die ein Probeheft anforderten, taten dies nach eigenen Angaben, weil sie durch Freunde und Bekannte auf spw hingewiesen wurden, weitere knapp 20 % erhielten spw durch eine Autorinnen-Empfehlungen.

Erfreulich fiel das Urteil über die Inhalte von spw aus: Zwei Drittel der Rückmeldungen beurteilte die Inhalte als gut, 22 % als sehr gut. Sehr überrascht hat uns, dass über 80 % der Meinung waren, dass spw gut lesbar sei, kennen wir doch auch zahlreiche Klagen über das dünne Schriftbild und die kleine Schriftart.

Der positive Trend zeigt sich auch darin, dass über 60 % um die Übersendung eines weiteren Probeheftes baten und fast jeder Fünfte Probeheftempfänger unterdessen zum Abonnenten geworden ist.

Die Aufteilung der Rücksendungen nach Branchen unterschied sich gemessen an der Gesamtheit (soweit wir die Branchenzugehörigkeit ermitteln konnten). Überproportional an der Fragebogenaktion beteiligt haben sich Personen, die im Medienbereich und in der Wirtschaft tätig sind, während ProbeheftempfängerInnen aus Politik und Wissenschaft deutlich weniger Gebrauch von der Rückmeldemöglichkeit genommen haben.

Gleichwohl stellen Wissenschaft und Politik für spw offensichtlich die wichtigsten Zielgruppen dar, sowohl bezogen auf die Autorinnenschaft, als auch insgesamt bei denjenigen, die ein AutorInnen-Empfehlungsheft erhalten haben.

Herbsttagung 03.11.

Am 03. November 2001 wird in den Räumen der nordrhein-westfälischen Auslandsgesellschaft in Dortmund die diesjährige spw-Herbsttagung stattfinden. Im Mittelpunkt steht der Versuch

einer Kritik der neuen politischen Ökonomie. Spw-HerausgeberInnen und Arbeitsausschuss beraten zur Zeit abschließend über das Konzept

Crossover

Parteiübergreifende Debatten finden im Rahmen des Crossover-Projekts der Zeitschriften SPW, Andere Zeiten und Utopie Kreativ in Berlin bereits seit Anfang des Jahres im „Grünen Salon“ der Volksbühne statt. In Talkshowatmosphäre, beim Drink und mit überwiegend jungem Publikum werden theoretische Fragen mit Tiefgang erörtert. Auf der Bühne je drei ReferentInnen aus dem Umfeld der Parteien bzw. Zeitschriften und ein Moderator, die sich mit Themen der Linken Debatte und kritischen Fragen aus dem Publikum auseinandersetzen.

Themen bisher waren „Die Globalisierung – Gegen den Abgesang der Politik“, „Umbrüche in der Produktivkraftentwicklung – Wege zu einer neuen Arbeitsgesellschaft“, sowie „Neue Steuerungsmedien in einer globalisierten Welt“. Damit wurden schon zentrale Fragestellungen der linken Zukunftsdebatte aufgegriffen und aus verschiedenen Blickwinkeln diskutiert. Zum Thema Arbeitsgesellschaft sprachen beispielsweise der Industrie- und Arbeitssoziologe Dr. Hans Pongratz von der TU Chemnitz, Klaus Schömann vom Wissenschaftszentrum Berlin und Jörg Stadlinger von der betriebsorientierten und IG-Metall-nahen Gruppe Cogito miteinander und eröffneten so unterschiedliche Perspektiven, die jedoch genug Gemeinsamkeiten für einen strategischen Diskurs enthielten. Die Debatte war vorwärtsgerichtet und Traditionalismen wurden weder von den Referenten noch

spw intern

Die Themen im Herbst sind am 25. September: „Soziale Gerechtigkeit: Sozialstaat oder Transferstaat?“, am 16. Oktober: „Nachhaltigkeit jenseits von Öko-Steuern“ und am 13. November: „Friedenspolitik in einer unipolaren Welt.“ Für 2002 sind noch Veranstaltungen zu den Bereichen „Im Übergang zur Netzwerkgesellschaft: Lebenslagen und Interessenblöcke“, sowie „Politik mit und jenseits der Parteien“ geplant. Aktuelle Informationen gibt es im Internet unter www.crossover.projekt.de

Linksnet

Mit zahlreichen anderen Zeitschriften beteiligt sich auch spw am Internportal „linksnet.de“ (vgl. den spw-Beitrag von Tim Klein und Markus Lauber in spw 113). Auf linksnet.de finden sich sowohl aktuelle Artikel und Terminhinweise als auch ein Archiv mit grundlegenden Beiträgen aus den vergangenen Jahren. Linksnet.de soll zu einer wirklichen Fundgrube für Beiträge lin-

Neues Preisschema ab 01.01.2002

bisher	Neu in Euro	Neu in DM
• Einzelheft 9,50 DM	5,50 Euro	ca. 10,75 DM
• Rechnung normal 63,00 DM	34 Euro	ca. 66,50 DM
• Rechnung ermäßigt 60,00 DM	Fällt weg	
• Lastschrift 55,00 DM	32 Euro	ca. 62,60 DM
• Lastschrift ermäßigt 52,00 DM	Fällt weg	
• Ausland 66,00 DM	37 Euro	ca. 72,30 DM

in den Publikumsbeiträgen vorgetragen. Durch diese Form der Diskussion – weit genug entfernt vom politischen Tagesgeschäft und dem damit verbundenen Auseinandersetzungen, aber nah genug an den aktuellen programmatischen Debatten der Parteien – kann die Linke in den drei Parteien sich austauschen und Ergebnisse in die Grundsatzprogrammdebatten, die ja zur Zeit in allen drei Parteien stattfinden, einspeisen.

ker Theorie und Analyse werden. Ein Besuch auf den Seiten lohnt sich.

Preiserhöhung

Erinnern möchten wir an dieser Stelle an die Preiserhöhung, die zum 01.01.2002 wirksam wird. Die Änderungen sind aus beiliegender Übersicht zu entnehmen.

Reinhold Rünker

Entwicklung und Zukunft unserer Arbeitsgesellschaft

Überarbeitete Fassung des Vortrags bei der Tagung des „Forum Demokratische Linke 21“ am 11./12. Mai 2001 in Berlin

Von Dr. Claudia Weinkopf

In diesem Beitrag soll und kann keine umfassende und vertiefende Analyse zur sehr vielschichtigen Thematik der Entwicklung und Zukunft unserer Arbeitsgesellschaft geleistet werden. Statt dessen werden in insgesamt elf Thesen einige Schlaglichter auf zentrale Entwicklungstrends und Veränderungen der Arbeitsgesellschaft in Deutschland geworfen, wobei zum Abschluss auch einige Felder aufgezeigt werden, in denen Veränderungsbedarf besteht. Der Artikel steht hier in gekürzter Fassung und ist vollständig auf der Internet-Seite www.forum-dl21.de einzusehen.

1. These: Das beschworene Ende der Erwerbsarbeit ist eine „soziologische Kopfgeburt“.

Dabei wird prognostiziert, zukünftig würden nur noch wenige Menschen gebraucht, um die benötigten Güter und Dienstleistungen zu produzieren. Wir stehen nicht am Ende der Arbeitsgesellschaft, sondern am lange prognostizierten Übergang von der Industrie- in die Dienstleistungsgesellschaft. Auch in der subjektiven Bewertung und Wertschätzung der Menschen sind wir von einem Ende der Erwerbsarbeit weit entfernt. „Kein gesellschaftliches Problem wird in Ost und West so übereinstimmend und so beständig von einer so großen Mehrheit als politisches Problem erster Ordnung eingestuft wie die Arbeitslosigkeit.“ (Kleinhenz 1998). Dieser Befund verträgt sich im Übrigen nicht mit der These vom Faulenzertum der Arbeitslosen. Die große Mehrheit der Arbeitslosen möchte diesen Zustand lieber heute als morgen beenden.

2. These: Auch die Behauptung, das so genannte „Normalarbeitsverhältnis“ sei am Ende, lässt sich empirisch nicht belegen.

Zwar ist in den vergangenen Jahren der Anteil der Normalarbeitsverhältnisse gesunken, ihre Zahl aber kaum. Hier ist ein leichter Rückgang zu ver-

zeichnen, der aber viel mit dem Anstieg von sozialversicherungspflichtiger Teilzeitarbeit zu tun hat.

Aus der unterschiedlichen Interpretation der Entwicklung resultieren dann auch ganz unterschiedliche politische Schlussfolgerungen. Aber geht es nicht darum, ein neues „Normalarbeitsverhältnis“ zu definieren, das selbst Flexibilität beinhaltet und das durch eine entsprechende Ausgestaltung der Rahmenbedingungen unterstützt wird (vgl. auch Bosch 2001)?

3. These: Auch die vielfach beschworene zunehmende Instabilität von Beschäftigungsverhältnissen lässt sie sich empirisch bislang nicht nachweisen.

Im Gegenteil: Seit Mitte der achtziger Jahre ist die durchschnittliche Dauer der Betriebszugehörigkeit in Westdeutschland gestiegen.

4. These: Völlig unstrittig ist, dass vom Normalarbeitsverhältnis abweichende Erwerbsformen in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen haben und sich auch künftig weiter ausbreiten werden.

Bislang konzentriert sich flexible Arbeit noch vor allem auf bestimmte Gruppen (Jugendliche, Frauen, bestimmte Berufsgruppen), aber es ist davon auszugehen, dass sich dieser Kreis erweitern wird.

5. These: Die Menschen werden mit steigenden Qualifikationsanforderungen konfrontiert sein.

Zukünftig werden Flexibilität und Mobilität sowie die Bereitschaft, etwas Neues zu lernen und zu tun, noch viel wichtiger werden.

6. These: Die Struktur des Arbeitsangebotes hat sich in den vergangenen Jahren verändert und dies wird sich auch weiter fortsetzen.

Alles deutet darauf hin, dass sich die im internationalen Vergleich nach wie vor eher niedrige Erwerbsbeteiligung von Frauen in Deutschland (vgl. Tabelle 1) künftig weiter erhöhen wird. Ein weiterer Anstieg ist u.a. mit der zunehmenden Höherqualifizierung ver-

knüpft. Besonders gering ist in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern die Erwerbstätigkeit von Frauen mit kleineren Kindern. Ob sich dies künftig verändern wird, hat viel mit der künftigen Gestaltung der Rahmenbedingungen zu tun. Das deutsche Sozialversicherungs- und Steuersystem ist nach wie vor stark vom Leitbild des Alleinverdieners geprägt. Allerdings entspricht dies nicht mehr der Realität.

7. These: Bislang müssen die flexibel bzw. nicht kontinuierlich Beschäftigten in Deutschland oftmals hinnehmen, dass damit teilweise gravierende Lücken in der sozialen Sicherung einhergehen und sich die beruflichen Entwicklungschancen verschlechtern.

Die Konsequenzen haben die Betroffenen bislang vor allem individuell zu tragen – trotz einiger Ausgleichsmechanismen z.B. bei der Anrechnung und Höherbewertung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung. Allerdings wird hierdurch die drohende Verschlechterung der weiteren Berufschancen keineswegs ausgeglichen.

8. These: Ein Abbau der Arbeitslosigkeit ist nicht allein durch neoklassische Rezepte wie etwa Lohndifferenzierung bzw. -senkungen nach dem Vorbild der USA zu erreichen, wie dies häufig behauptet wird.

Die USA haben selbst auch ein wesentlich differenzierteres Instrumentarium, als in der Öffentlichkeit meistens wahrgenommen wird (z.B. auch Forschung und Entwicklung, Bereitstellung von Risikokapital etc.). In den USA wenig bedeutsam, aber maßgeblich an den Beschäftigungserfolgen z.B. in den Niederlanden und in Dänemark beteiligt, sind Strategien zur Arbeitsumverteilung. Die Bereitschaft der Menschen zur Arbeitsumverteilung steht im übrigen in einem engen Zusammenhang mit der Vermeidung einer starken Lohndifferenzierung.

9. These: Qualifizierung muss ein wichtiger Stützpfeiler der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik bleiben bzw. sogar weiter an Bedeutung gewinnen.

Das dänische Jobrotation-Modell, das inzwischen ja auch in anderen Ländern modellhaft erprobt wird, weist einen m.E. sehr sinnvollen Weg, wie Arbeitsumverteilung, Wiedereingliederung von Arbeitslosen in die Erwerbsarbeit und die Notwendigkeit lebenslangen Lernens miteinander verknüpft werden können.

10. These: Zum Abbau der Arbeitslosigkeit ist nicht zuletzt die Entwicklung neuer Dienste und Märkte notwendig.

Dies entwickelt sich nicht immer allein und von selbst. Wir hätten heute in Deutschland ohne die Pflegeversicherung nicht so viele Anbieter und Arbeitsplätze in diesem Bereich; und im Bereich der haushaltsbezogenen Dienste verhindert vielfach die Billigkonkurrenz durch Schwarzarbeit die Entstehung regulärer Arbeitsplätze.

11. These: Es bedarf eines neuen Leitbildes von Erwerbsarbeit und eine darauf bezogene Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Neben den traditionellen Schutzfunktionen muss ein neues Normalarbeitsverhältnis so ausgestaltet sein, dass es eine gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen am Erwerbsleben ermöglicht und mehr Wahlfreiheit beinhaltet (vgl. auch Bosch 2001). Eine größere Vielfalt an Beschäftigungsverhältnissen, wie sie allenthalben prognostiziert wird, gepaart mit mehr Fle-

xibilität und Anpassungsbereitschaft der Beschäftigten wird gesellschaftlich auf Dauer nur akzeptiert und lebbar sein, wenn krasse Benachteiligungen verhindert bzw. abgebaut werden.

Darüber hinaus ist eine arbeits- und sozialrechtliche Gleichbehandlung von Teilzeitbeschäftigten eine wesentliche Voraussetzung für aus meiner Sicht beschäftigungspolitisch notwendige Strategien zur Arbeitsumverteilung und nicht zuletzt auch unverzichtbar auf dem Weg zum Abbau der Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft insgesamt.

Aus unserer Sicht ist dieser Weg durch folgende Rahmenbedingungen zu flankieren:

- Ausbau der öffentlichen Infrastruktur im Bereich Kinderbetreuung und Schulen (nicht nur zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sondern auch zur Verbesserung der Qualität der Ausbildung – Lernen und Arbeiten in Gruppen, soziale Kompetenzen etc.)

- Modernisierung der sozialen Sicherungssysteme und des Steuersystems;

- Individualisierung statt abgeleiteter Ansprüche,

- Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen,

- Grundsicherung im Alter;

- mehr Unterstützung beim Wechsel zwischen verschiedenen Arbeitsformen sowie Nichterwerbsarbeit: Rechtsansprüche, Mobilitätshilfen, Qualifizierungsphasen („lebenslanges Lernen“);

- Familienförderung statt Ehegattensplitting.

- Abbau von Benachteiligungen und Sonderregelungen für bestimmte Arbeitsverhältnisse (630 DM-Jobs, Teilzeitarbeit);

- Erhöhung der Wahlfreiheit bei den Arbeitszeiten;

- Förderung flexibler Formen der Arbeitsorganisation, die betriebliche Effizienz und erhöhte Zeitsouveränität der Beschäftigten miteinander verbinden.

Forum DL21

Gleichstellung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft

Von Christel Riemann-Hanewinkel MdB



„Männer und Frauen sind gleichberechtigt“

So steht es seit über 50 Jahren im Grundgesetz. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus.

- Frauen verdienen im Durchschnitt ein Drittel weniger als Männer.
- Frauen sind in Führungspositionen kaum zu finden.
- Frauen arbeiten häufiger teilzeit oder in ungeschützten „geringfügigen“ Beschäftigungsverhältnissen.
- Frauen leben häufiger als Männer von Sozialhilfe.

Die für die Privatwirtschaft bereits seit langem geltenden gesetzlichen Diskriminierungsverbote z. B. in den §§ 611 a und 612 Abs. 3 des BGB

werden wenig beachtet. Auch die Reform der Betriebsverfassung, die Erweiterungen unter dem Gesichtspunkt der Gleichstellung der Geschlechter umgesetzt hat, erreicht nicht alle Bereiche der Privatwirtschaft.

Der Kampf für die Gleichstellung dauert schon Jahrzehnte. Ein Erfolg war 1994 die Einfügung im Artikel 3 Abs. 2 Satz 2 in das Grundgesetz. Dieser enthält das an den Staat gerichtete verfassungsrechtliche Gebot, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern und bestehende Nachteile zwischen den Geschlechtern zu beseitigen. Auch das Gemeinschaftsrecht (Artikel 2, Artikel 3 Abs. 2, Artikel 141 Abs. 4 EG-Vertrag und EG-Gleichbehandlungsrichtlinie 76/207/EWG) sowie völkerrechtliche Verpflichtungen (Artikel 11 Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau – CEDAW) machen entsprechende Vorgaben.

Ein zweiter, ganz aktueller Erfolg ist das Gleichstellungsdurchsetzungsgesetz, das die Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen für den öffentlichen Dienst regelt und endlich auch auf den bisher verwendeten Begriff der Frauenförderung verzichtet. Frauen brauchen keine Förderung, sie sind keine defizitären Wesen. Alles, was sie brauchen und zu Recht verlangen, sind gleiche Chancen.

Der Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen sah ein effektives Gleichstellungsgesetz mit verbindlichen Regelungen vor. Versuche, die Wirtschaft freiwillig zu einer Gleichstellungspolitik zu bewegen, gab es viele. Zwar zeigten die vom Bundesfamilienministerium anberaumten Dialogforen, dass sich Chancengleichheit für kleine, mittlere und große Betriebe

Christel Riemann-Hanewinkel, MdB, spw-Mitherausgeberin, lebt in Halle/Saale

lohnt. Doch die Spitzengespräche mit dem Arbeitgeberpräsidenten und den Wirtschaftsverbänden führten zu keinem Ergebnis.

Es ist ein Phänomen, dass wir eine faire Gleichstellungspolitik ausgerechnet in den USA antreffen, ansonsten Spitzenreiter in Sachen Deregulierung. Seit den 60er Jahren ist die Vergabe öffentlicher Aufträge in den USA an die Erfüllung gleichstellungsrechtlicher Regelungen der auftragnehmenden Unternehmen geknüpft. Dies hat zu einem höheren Anteil von Frauen an den Erwerbstätigen und in Führungspositionen geführt. In der Zwischenzeit hat eine Vielzahl von Unternehmen erkannt, welche Vorteile die Gleichbehandlung von Frauen hat und setzen diese auch dann fort, wenn sie öffentliche Aufträge nicht mehr wahrnehmen.

Bei uns sieht die Situation anders aus: In Deutschland waren im Mai 2000 rund 44 % (1991: 42 %) der 36,6 Millionen Erwerbstätigen Frauen (Mikrozensus: Leben und Arbeiten in Deutschland, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2001). Jedoch gaben nur 11 % der abhängig beschäftigten Frauen (1996: 10 %) an, als Führungskraft oder mit herausgehobener Tätigkeit beschäftigt zu sein, 10 % als leitende Angestellte und 1 % als Beamtin im höheren Dienst. Demgegenüber waren knapp 20 % (1996: 19 %) aller abhängig erwerbstätigen Männer als leitende Angestellte (18 %) bzw. als Beamte im höheren Dienst (knapp 2 %) beschäftigt. Nur knapp ein Drittel aller Führungskräfte in der Industrie, im Dienstleistungsbereich oder in der öffentlichen Verwaltung war damit weiblich (1,6 Mill.), mehr als zwei Drittel (3,5 Mill.) männlich.

Die niedrigen Frauenanteile entsprechen keineswegs ihren besseren Schulabschlüssen oder ihrer höheren Qualifikation. Insbesondere jüngere Frauen im Beruf haben heute eine bessere schulische Ausbildung als Männer: im Mai 2000 hatten bei den 20- bis unter 30-jährigen 33 % der erwerbstätigen Frauen, aber nur knapp 27 % der erwerbstätigen Männer die Fachhochschul- bzw. Hochschulreife.

Bei einer Betrachtung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit umfassenden Führungsaufgaben in der Privatwirtschaft ist das berufliche und nicht qualifikationsbedingte Gefälle zwischen Männern und Frauen noch größer: Von den männlichen Fachhoch- und Hochschulabsolven-

ten nahmen 12 % umfassende Führungsaufgaben in der Wirtschaft wahr, bei den erwerbstätigen Frauen mit einer akademischen Ausbildung waren es nur 4 % (Mikrozensus 2000, S. 24).

Knapp die Hälfte (48 %) der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die eine Lehr- oder Anlernausbildung abgeschlossen haben, arbeitete im Mai 2000 in einfachen und mittleren Positionen als Angestellte oder Beamtin bzw. Beamter oder als Arbeiterin bzw. Arbeiter. Hier gibt es zwischen Männern und Frauen kaum Unterschiede. Jedoch gelang der Aufstieg in eine Führungsposition oder eine herausgehobene Tätigkeit 10 % der Männer mit einer Lehr- oder Anlernausbildung, aber nur knapp 7 % der erwerbstätigen Frauen mit dieser Ausbildung. Umfassende Führungsaufgaben übten mit 2 % doppelt so viele Männer wie Frauen (1 %) mit diesem Ausbildungsabschluss aus (Mikrozensus 2000, S. 24 und Tabelle S. 25).

Nach den Basisdaten des statistischen Bundesamtes verdienen Frauen in Deutschland auch weiterhin weniger als Männer: So lagen z. B. die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der Arbeiterinnen des Produzierenden Gewerbes im früheren Bundesgebiet 1999 um 24,3 % unter denen ihrer männlichen Kollegen, bei den Bruttomonatsverdiensten der Angestellten im Produzierenden Gewerbe waren es sogar 29,1 %. In den neuen Ländern und Berlin-Ost betrug der Unterschied nur 19,8 bzw. 25,0 %. Diese Verdienstdifferenzen hängen besonders mit dem hohen Anteil von Frauen in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen und in Wirtschaftsbereichen, in denen die Verdienste niedrig liegen, zusammen.

Das bedeutet europaweit: Deutschland ist gleichstellungspolitisch noch ein Entwicklungsland. Es liegt bei der Erwerbstätigenquote der Frauen mit 57 % zwar dicht am EU-Durchschnitt von 53 %. Dieser wird jedoch geprägt von den niedrigen Frauenerwerbstätigenquoten in Mittelmeerländern wie Italien und Spanien mit nur rund 38 %. Gegenüber steht eine Frauen-erwerbstätigenquote von rund 70 % in den skandinavischen Ländern.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat am 19. Juni 2001 den Beschluss gefasst, der Wirtschaft bis zum Ende der parlamentarischen Sommerpause eine letzte Chance zur Selbstverpflichtung zu geben, die nur unter ganz

bestimmten Voraussetzungen als solche akzeptiert wird:

- Die Spitzenverbände erstellen eine Analyse zur Situation der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft und ziehen nach drei Jahren in einem weiteren vergleichenden Bericht eine erste Bilanz.

- Im Rahmen der verbindlichen Selbstverpflichtung fordern die Spitzenverbände die Unternehmen auf, betriebliche Ist-Analysen zu erstellen, auf deren Grundlage betriebliche Gleichstellungskonzeptionen mit geeigneten Instrumenten zur Förderung der Chancengleichheit umgesetzt werden.

- Durch aktive betriebliche Fördermaßnahmen sollen sowohl die beruflichen Chancen der Frauen als auch die Vereinbarkeit von Familienarbeit und Erwerbsarbeit für Mütter und Väter in jedem Unternehmen verbessert werden.

- Ziel ist eine deutliche Erhöhung des Beschäftigtenanteils von Frauen in den Bereichen, in denen sie unterrepräsentiert sind, insbesondere auch im Führungsbereich, sowie die gezielte Förderung der Berufsausbildung von Frauen in zukunftssicheren Berufen. Ziel ist auch, die Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern zu verringern.

Sollte eine verbindliche Selbstverpflichtung in dem oben genannten Sinne nicht abgegeben werden, wird die SPD-Bundestagsfraktion noch in diesem Jahr einen Gesetzentwurf zur Gleichstellung in der Privatwirtschaft einbringen.

Das letzte Treffen von Vertreterinnen und Vertretern der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft und der Bundesregierung hat nicht die erhoffte Selbstverpflichtung gebracht. Dafür aber eine Vereinbarung, die zum Teil über unsere Forderungen hinausgehen. Das Ziel ist klar, an Vorschlägen für geeignete betriebliche Maßnahmen fehlt es nicht im Vereinbarungstext. Die Umsetzung wird von Bundesregierung und Wirtschaft selbst überprüft, zum ersten Mal 2003. Nun hängt alles davon ab, inwieweit die Unternehmen die Empfehlungen ihrer Verbände annehmen und ob sie einsehen, dass sie das Potenzial der gut ausgebildeten und motivierten Frauen dringend brauchen.

Die Wirtschaft beginnt besser früher als später zu begreifen, dass ohne Frauen weder Staat noch Wirtschaft richtig zu machen ist. **Forum DL21**



Wie kann die ostdeutsche Produktionslücke geschlossen werden?

Bausteine zu einem Aktionsprogramm

von Dr. Edelbert Richter MdB und dem Arbeitskreis „Perspektiven für Ostdeutschland“

Mit diesem Artikel setzen wir unsere Reihe zur Entwicklung in Ostdeutschland fort. Die Langfassung dieses Beitrages findet sich auf der homepage von www.forum-dl21.de

Wir gehen nicht davon aus, daß die ostdeutsche Wirtschaft „auf einem guten Weg“ ist, sondern davon, daß wir mit ihr vor einer Entscheidungssituation stehen: Entweder wir müssen das Ziel einer Angleichung der Lebensverhältnisse aufgeben oder wir müssen eine neue Anstrengung machen, um ihm doch noch näher zu kommen.

Man kann das am klarsten an den seit 1992 permanent gegenüber den selbsterzeugten Einkommen um rund 200 Mrd. DM höheren Ausgaben in Ostdeutschland erkennen. Jede dritte Mark, die ein Bürger in den neuen Bundesländern ausgibt, ist nicht in ihnen selbst erwirtschaftet. Ausgeben kann er sie hauptsächlich aufgrund der Transferleistungen des Staats, und was er dafür erhält, ist wieder hauptsächlich von der westdeutschen Wirtschaft geliefert.

Der ostdeutsche Bürger ist demnach zu einem Drittel ökonomisch gar nicht er selbst, sondern abhängig.

Diese extreme Differenz zwischen eigener Leistung und Endverbrauch kann nun sehr unterschiedlich gedeutet werden. Vereinfacht gesagt: Ist der Grund, daß Ostdeutschland zuviel konsumiert oder daß es zu wenig produziert? Meist wird sie als „Verbrauchsüberhang“ verstanden, der nur abgebaut werden kann, in dem zuerst die Transferleistungen reduziert und die Löhne begrenzt werden. Daraus folgen dann angeblich Investitionen und Produktionssteigerung. Vergessen wird dabei allerdings, daß die Differenz auf den industriellen Zu-

sammenbruch nach der Wende zurückzuführen ist, und daß seitdem die westdeutsche Wirtschaft die entstandene Lücke füllt. (Warum haben die Ostdeutschen 1990 nur nicht bedacht, daß sie sich mit dem Exportweltmeister wiedervereinigen würden?) Die Differenz muß daher als Produktionslücke begriffen werden und kann nur überwunden werden, indem zuerst die industrielle Grundausstattung wiederhergestellt wird. D. h. es muß in großem Umfang investiert und die Produktionsgrundlage verbreitert werden, damit dann eine Reduktion der Transfers erfolgen kann. Allerdings wäre das alles womöglich gegen die Interessen der westdeutschen Wirtschaft gerichtet, die ihren Absatzmarkt behalten möchte und damit solche Eigenproduktion im Grunde überflüssig macht.

Wenn nun der Staat die Schließung der Produktionslücke vom Verfassungsauftrag her dennoch für notwendig hält, so gibt es der Logik der Sache nach dafür folgende Möglichkeiten:

1. Ein Teil der hohen westdeutschen Direktinvestitionen im Ausland wird nach Ostdeutschland umgelenkt.
2. Für Westdeutschland geplante Investitionen werden möglichst nach Ostdeutschland verlagert.
3. In Ostdeutschland werden „Importe“ aus Westdeutschland möglichst durch eigene Produktion ersetzt.
4. Der ostdeutsche „Export“ nach Westdeutschland wird stark gefördert.
5. Das endogene Potential der ostdeutschen Wirtschaft wird umfassend gefördert.
6. Die Förderung wird in Ostdeutschland auf Zukunftstechnologien konzentriert, um den Marktzugang zu erleichtern.
7. Für Gesamtdeutschland (aber zumal für Ostdeutschland) werden neue Märkte erschlossen.

Die Variante (1) würde jedoch voraussetzen, daß die Politik auf die Weltmarktstrategien der großen Un-

ternehmen maßgeblichen Einfluß nehmen kann, was nicht zutrifft. Die Variante (2) würde in jedem einzelnen Fall Widerstand in den alten Bundesländern hervorrufen. Würde der Staat aber Druck ausüben wollen und z. B. das alte Instrument der Investitions-hilfeabgabe für die, die nicht in Ostdeutschland investieren, wiederbeleben, so würde das einen allgemeinen Widerstand provozieren. – Diese beiden Varianten der Verlagerung von Investitionen können also nicht politisch durchgesetzt, sondern nur stimuliert werden.

Für die Möglichkeit (3) gibt es das traditionelle Instrument der local-content-Klausel bei Investitionshilfen. Eine Quote dürfte dabei aber schwer festzulegen sein, und ohne Quote dürfte es ziemlich wirkungslos sein. Bei der Möglichkeit (4) haben alle bisher unternommenen Versuche wenig Erfolg gebracht. Allerdings sollten Bund und Länder selbst sich bei ihren Beschaffungsaktivitäten in bezug auf Ostdeutschland stärker in die Pflicht nehmen! Die Möglichkeiten (3) und (4) können dann immerhin teilweise politisch umgesetzt werden.

Bleiben somit die Punkte (5) bis (7) als eindeutig realistische Möglichkeiten. Dabei muß die Förderung des endogenen Potentials (5) aber viel umfassender als bisher verstanden werden: stärkere Einbeziehung der Probleme der Vernetzung, der Vermögensbildung und der innerbetrieblichen Organisation. Und sie muß stärker mit der Stimulierung der westlichen Investoren verknüpft werden. Wir schlagen deshalb die Förderung in Form eines Wettbewerbs vor unter diesem Leitgedanken der optimalen Zusammenführung von Investitions- und Standortpotential! Gefördert würde also nicht mehr nur das eine oder das andere, sondern die Suche nacheinander und der entscheidende Akt, ihr Zusammenkommen.

Punkt (6) ist natürlich nur zu realisieren, wenn bei der Technologieförderung definitiv nicht mehr gekürzt, sondern zugelegt wird; wenn das oh-

nehin extrem reduzierte Forschungspotential wenigstens selber genutzt wird und nicht auch noch für die westdeutsche Industrie arbeiten muß, und wenn ökologische Profilierung (z. B. bei Biotreibstoffen) entschlossener als ökonomische Chance begriffen wird.

Daß schließlich Deutschland als zweitstärkste Exportnation bei der Exportförderung (7) unter den G7 die we-

nigsten Mittel aufwendet und wenig systematisch vorgeht, ist verständlich, aber für Ostdeutschland verhängnisvoll. Das offenbart noch einmal das Dilemma der ostdeutschen Entwicklung: Sie erscheint in gesamtdeutscher Perspektive im Grunde als belanglos. Auch hier muß also quantitativ und qualitativ zugelegt werden. Zumal mit der EU-Osterweiterung die Entscheidung, vor der die neuen Bundesländer stehen, noch

dringlicher wird! Denn sie treffen dann unmittelbar auf Länder, die einen schwereren aber vernünftigeren Weg der Transformation beschritten haben. Entweder erweist sich Ostdeutschland dabei immer noch als weniger wettbewerbsfähig oder es kann die Chancen ergreifen, die die wachsenden Märkte in Mittel-Ost-Europa bieten. Das setzt aber eben eine gezielte Exportförderung voraus. **Forum DL21**

Der Mehltau über Berlin ist beendet

Von Peter Schuster und Burkhard Zimmermann

Harry Ristock, „der“ linke Repräsentant der Berliner SPD, hat te vor zehn Jahren vor einer Großen Koalition gewarnt, sie werde die Stadt lähmen und wie ein Mehltau über der Stadt liegen. Er sollte recht behalten. Aus dem Mehltau wurde Filz. Ein ganzes Jahrzehnt wurde die Stadt geprägt durch die Realität einer absoluten Mehrheit links von der CDU. Da aber die PDS nicht hoffähig war, bestimmte die CDU die Berliner Regierungspolitik. Die SPD lebte in einer babylonischen Gefangenschaft mit der CDU, die wesentlich geprägt wurde von Eberhard Diepgen mit dem Schwiegersohn-Image und dem Fraktionsvorsitzenden Klaus Landowsky, der in der Stadt überall die Fäden zog: im Senat, bei der Berliner Bankgesellschaft, beim Lotto, im SFB-Rundfunkrat. Landowsky verstand es dabei vorzüglich, soziale Themen zu transportieren, etwa wenn er auf der Belegschaftsversammlung der Verkehrsbetriebe oder der Stadtreinigung populistische Reden hielt. Die Presse schrieb von der Sozialdemokratisierung der Berliner CDU.

Mit der PDS durfte nicht gespielt werden. Also war diese Frage tabu, als lange schon in Sachsen-Anhalt Tolerierung und in Mecklenburg-

Vorpommern Regierungsbeteiligung betrieben wurde. Dabei entwickelten sich in fast allen Ostberliner Bezirken Situationen, in denen ein kommunales Regieren nur mit der PDS möglich wurde. Immer wieder wurden Spielchen betrieben, um die PDS kommunal zu verhindern. In den Berliner Bezirken ist die Zusammensetzung des Bezirksamts (Bürgermeister, Dezernenten) durch Proporz festgeschrieben. Die von der SPD und insbesondere von der SPD-Linken geforderte Bildung politischer Bezirksämter scheiterte stets an der CDU. Aber 1995 konnte endlich die politische Wahl des Bezirksbürgermeisters vereinbart werden. Dadurch sollten durch Koalitionen der übrigen Parteien vor allem PDS-Bürgermeister verhindert werden. Der Versuch scheiterte jedoch an der absoluten Mehrheit der PDS in einzelnen Bezirken.

Diese Ausgrenzung scheiterte schleichend, der Beton begann zu bröseln. In Folge der Berliner Wahl von 1999 mit ihrem katastrophalen Wahlergebnis von 22% für die SPD (nur die Hälfte der Bundestagswahl-Stimmen) schloss die überwiegend rechte Bezirks-SPD in Pankow / Prenzlauer Berg einen formellen Koalitionsvertrag mit der PDS und erreichte so die Wahl des einzigen SPD-Stadtrats zum Bürgermeister. Natürlich, so bekundeten die Akteure des Vertrages, hätte dieses nur lokale Gründe und keinerlei Auswirkungen auf die Landesebene.

Auf Landesebene war die Große Koalition scheinbar fest im Sattel. Der Widerstand der Linken gegen diese Koalition war deutlich schwächer als 1995. Allenthalben herrschte Unlust. Mit knapper Mehrheit wurde der Landesvorsitzende Peter Strieder wiedergewählt; ein Zufallskandidat und ein Parteirechter zwangen ihn in den zweiten Wahlgang. Die Landes-SPD diskutierte ein Leitbild, versuchte eine inhaltliche Diskussion zu entfachen. In dem Leitbild-Papier waren konkrete Forderungen an die PDS formuliert, wie sie ihre Geschichte aufarbeiten solle. Die Leitbild-Diskussion ist nie richtig losgegangen, dafür aber eine inhaltliche Diskussion um Bildung, um Berlin als „Stadt des Wissens“. Diese Diskussion ist am 7. April mit einem Bildungs-Landesparteitag und einem bildungspolitischen Antrag zunächst abgeschlossen worden, bei dem die Linke sich erfolgreich an der parteiinternen Diskussion beteiligte und an die Stelle versteckter bis offener neoliberaler Anwendungen im Antrags-Entwurf klare sozialdemokratische Ziele setzen konnte. Dabei wurde deutlich, dass an der Basis Bildungspolitik kein kontroverses Rechts-Links-Thema ist, es vielmehr ein breites gemeinsames Verständnis über sozialdemokratische Positionen gibt.

Im Jahr 2000 tauchte eine ominöse 40.000 DM-Spende an die Berliner CDU auf. Ein imposantes Geflecht von Macht und Geld wurde sichtbar. Im Zentrum des Sump-

*Peter Schuster ist wissenschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und Koordinator der Parlamentarischen Linken in der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses
Burkhard Zimmermann ist Abteilungs(Ortsvereins)vorsitzender in Berlin-Dahlem und Vorstandsmitglied des Forums DL 21*

fes stand immer wieder Klaus-Rüdiger Landowsky, der CDU-Fraktionsvorsitzende und Sprecher der Berlin-Hyp in der Bankgesellschaft. Schon 1995 war die marode Berliner Bank mit der reichen Sparkasse fusioniert worden. Neben dem Strudel des Ostgeschäftes, erhöhter Abschreibung wie es ja auch bei Hessischer Landesbank und WestLB leider üblich geworden ist, haben die Herren der Bankgesellschaft viele halblegale und vermutlich auch kriminelle Register gezogen, so geschlossene Fonds mit voller Risikoübernahme durch die Bank, In-Sich-Geschäfte, Depots auf den Cayman-Inseln, Risikobürgschaften an CDU-Parteifreunde. Höhepunkt war ein 600-Millionen-Kredit zum Kauf der Cottbusser Plattenbauten an die Firma AUBIS gegen alle Gutachten und Regularien an Betreiber, die vorher CDU-Landesgeschäftsführer bzw. CDU-Bundestagsabgeordneter gewesen waren. Das Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen und die Staatsanwaltschaft prüft weitere Fälle. Im Abgeordnetenhaus wurde unter dem Vorsitz von Klaus-Uwe Benneker ein Untersuchungsausschuss eingerichtet. Einem drohenden Berufsverbot als Bankdirektor kam Landowsky durch seinen Rücktritt von der Bankfunktion zuvor. Überall war Klaus-Rüdiger Landowsky beteiligt. Kurz gefaßt: die Berliner Bank – zu über 50% im Landesbesitz – wurde zu einem Sanierungsfall. Statt die erhofften Gewinne für das Stadtsäckel zu erhalten, muss Berlin nun Milliarden hineinstecken. Die von der SPD vorangetriebene Konsolidierung des Haushalts hat einen schweren Rückschlag erlitten.

Diese außergewöhnlichen Machenschaften und die Gefahr, in der Strudel der CDU hineingerissen zu werden, führten zu einem geschlossenen Kurs der Landes-SPD. Der Landesparteitag am 7. April verabschiedete einstimmig eine Resolution, die mit der Beendigung der Koalition drohte, falls es keine Konsequenzen gäbe. Geschlossenheit auf dem Parteitag wurde möglich, weil diese Resolution flügelübergreifend und parteiintern beraten worden war. Die Befürchtungen, dies könne es nun gewesen sein, bestätigten sich nicht. Landesvorsitzender Peter Strieder und Fraktionsvorsitzender Klaus Wowereit blieben am Ball und verlangten immer weitere Aufklärung.

Unser bester Verbündeter war in dieser Runde Eberhard Diepgen,

Foto: Christian Kiel (Berlin)



der Regierende Bürgermeister. Er konnte und wollte sich nicht vom System Landowsky trennen. Es verband sie zu viele Seilschaften und ihre gemeinsame Vergangenheit seit dem Studium und der Mitgliedschaft in der selben studentischen Verbindung. Machtmäßig war Diepgen auf Landowsky angewiesen. Wenn die CDU in dieser Phase Landowsky und Diepgen frühzeitig ausgewechselt hätte, gäbe es heute bestimmt noch diese Große Koalition. Aber so nahm die Koalitionskrise ihren rasanten Verlauf.

Wir haben den Ausstieg aus der Großen Koalition in einer für die Berliner SPD unvorstellbaren Geschlossenheit gefunden. Staunend haben wir Linken mitbekommen, dass sich die Partei-Rechten – bis auf wenige Ausnahmen – eine Tolerierung durch die PDS vorstellen konnten. Genüsslich konnten wir vernehmen, wie Schulsenator Klaus Böger diesen Kurs vermittelte, wie Klaus Böger als Vertreter der Parteirechten gar diese Vermittlung auf der entscheidenden Pressekonferenz übernahm und sich in den Prozeß integrierte. Am 16. Juni wurde Klaus Wowereit zum neuen Regierenden Bürgermeister in einer rot-grünen Koalition, die von der PDS toleriert wird, gewählt. Wowereit ist ein Pragmatiker der linken Mitte. Als Fraktionsvorsitzender hatte er die sogenannte „Kuschel-Linke“ in der Fraktion zu seiner Unterstützer/innen-Gruppe ausgebaut, betrieb aber auch

die Integration der Parlamentarischen Linken und des rechten Britzer Kreises.

Vor uns steht einer der härtesten Wahlkämpfe, die Berlin kannte. Die CDU will die Schlammschlacht und den Kalten Krieg. Der junge Fraktionsvorsitzende Frank Steffel könnte Landowskys Klon sein; nur die soziale Komponente fehlt ihm. Die Schuldenlage der Stadt ist katastrophal nach den zusätzlichen Milliarden, die in die Bank gesteckt werden müssen. Außer der Großen Koalition sind für die SPD fast alle Konstellationen vorstellbar: Wunsch ist Rot-Grün; möglich ist eine rot-grün-gelbe Ampelkoalition mit der FDP, möglich ist auch eine Koalition mit der PDS, wenn es nicht anders geht. Die PDS macht es der SPD zur Zeit sehr leicht, versucht aber auch mit Gregor Gysi als Spitzenkandidat den Abstand zur SPD zu verringern. Eine große Koalition mit den jetzt handelnden Personen in der CDU hat die SPD-Spitze kategorisch ausgeschlossen.

Das Wichtigste ist momentan, daß in der Stadt endlich wieder politische Bewegung besteht. Die Strukturen müssen so verändert werden, dass schwarzer und anderer Filz nicht mehr wuchern kann. Aufpassen müssen wir, daß der gegenwärtige Kurs der Geschlossenheit nicht zu einer inhaltlich leeren Pragmatik führt. Die programmatischen Schwächen der Berliner SPD müssen überwunden werden. Hier liegt eine Chance für die Linke.

FRAUENZEITEN

von Uta Biermann

Wir haben das Netzwerk FrauenZeiten 1998 mit dem Ziel gegründet, die Debatte um eine gerechte Verteilung von Arbeit, Zeit und Geld in unserer Gesellschaft neu zu beleben. Es geht um eine gerechte Aufteilung der materiellen und immateriellen Ressourcen sowohl zwischen Männern und Frauen wie zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen. Wir wollen „Doppelte Umverteilung“: von oben nach unten und von Männern zu Frauen!

Intention des Netzwerkes ist dabei besonders, frauenpolitische Initiativen und Diskussionen in unterschiedlichen Organisationen und auf verschiedenen Ebenen zu kommunizieren und zu koordinieren. Wir wollen Kräfte bündeln und eine neue starke Lobby für Fraueninteressen in der Gesellschaft bilden zu können.

Wir sind auf einem guten Weg!

FrauenZeiten vernetzt Frauen aus Gewerkschaften, Wissenschaft, Unternehmen, Kirche und Politik. Enge Querverbindungen bestehen zur Equality-Gruppe des Bündnisses für Arbeit in der Hans-Böckler Stiftung. In den letzten Monaten haben wir in einem gemeinsamen Prozess ein „Plädoyer für ein neues Arbeitszeitmanagement“ erarbeitet. Kern des Plädoyers ist die Forderung nach einer neuen Arbeitsmarktpolitik, die die Chancen und Potenziale der massiven Veränderungen der Arbeitsgesellschaft nutzt, um endlich zu einer gerechten Verteilung von Erwerbsarbeit auch zwischen den Geschlechtern zu kommen. Im Fokus unserer Analyse steht die Verfügbarkeit von Zeit und die vorhandenen Optionen, vielfältige unterschiedliche Zeitbedarfe im Arbeits- und Privatbereich zu synchronisieren. Im Rahmen unseres Plädoyers stellen wir eine umfassende Analyse und Bewertung der vorhandenen arbeitszeitpolitischen Trends und Initiativen aus frauenpolitischer Sicht zur Diskussion und entwickeln Leitlinien einer geschlechtergerechten Arbeitsmarktpolitik. Wir plädieren für eine neue arbeitsmarktpolitische Initiative, in deren Zentrum die generelle Verkürzung der Arbeitszeit steht.

Wir sehen, dass Arbeitszeitverkürzungen selbst in den Gewerk-

schaftliche Flankierung des Kampfes um Arbeitszeitverkürzung sind unverzichtbar.

Dazu brauchen wir auch eine gesellschaftliche Diskussion: um den Wert von Freizeit, um die Aufteilung der privaten und Familienarbeit zwischen den Geschlechtern und nicht zuletzt um die nachhaltige Nutzung des Erwerbspersonenpotenzials. Der extensive „burn out“ junger leistungsfähiger Arbeitskräfte ist auch ökonomisch auf lange Sicht nicht sinnvoll.

Am 14. September werden wir im Rahmen eines „Frauen-Bündnis“ für Arbeit die gemeinsamen Chancen dieser Debatte ausloten. Teilnehmen an diesem Bündnisgespräch werden u.a. Bundesfamilienministerin Dr. Christine Bergmann, die stellvertretende Ver.di-Vorsitzende Margret Mönig-Raane, Ulrike Hauße (Bremer Landesbeauftragte für Frauen), Prof. Dr. Maria-Eleonora Karsten (Professorin für Sozialmanagement, Uni Lüneburg), Claudia Roth MdB (Bundesvorsitzende der Grünen), Britta Steilmann (Unternehmerin, angefragt) und Dr. Uta Biermann (spw, Netzwerk FrauenZeiten). Moderiert wird die Veranstaltung von Andrea Nahles.

Das Plädoyer für ein neues Arbeitszeitmanagement wird zusammen mit weiteren Informationen in Kürze im Internet verfügbar sein; ein Hinweis darauf findet sich dann auf

Das Netzwerk FrauenZeiten lädt ein zum Frauen-Bündnis für Arbeit am 14. September 2001, 16 – 19 Uhr im Willy-Brandt-Haus Berlin

schaften derzeit stark umstritten sind. Dies hat zwei Ursachen: die letzten Arbeitszeitverkürzungen haben zusammen mit der enormen Produktivitätssteigerung zu einer hohen Leistungsverdichtung geführt. Die Grenze der Belastbarkeit ist für viele erreicht. Für Arbeitnehmerinnen, die auf Lohnzuwächse oder den vollen Lohnausgleich verzichten, muss zudem erkennbar sein, dass ihr Verzicht zu neuen Arbeitsplätzen oder zum Erhalt der bestehenden beiträgt. Aus unserer Sicht können die Tarifparteien diesen Verteilungskampf nicht alleine lösen. Eine staatliche Absicherung durch aktive Arbeitsmarktpolitik und eine gesell-

der homepage der beteiligten Organisationen (z. B. www.forum-dl21.de)

Im Anschluss an die Veranstaltung findet am 15. September das halbjährliche Treffen des Netzwerkes FrauenZeiten statt. Wer Interesse hat, beim Netzwerk FrauenZeiten mitzuarbeiten, ist herzlich eingeladen.

Weitere Informationen zum Netzwerk FrauenZeiten gibt es bei www.frauenzeiten.de oder bei den Koordinatorinnen.

Uta Biermann (UM.Biermann@t-online.de), Svenja Schulze (svenja.schulze@mummert.de), Kristina Augst (kristinaaugst@yahoo.com) oder Claudia Walther (direkt@claudia.walther.de)

Forum DL21

Dr. Uta Biermann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Arbeitsgruppe Luftchemie der TU Cottbus in Berlin-Adlershof und in der Redaktion der Zeitschrift spw.

Kongreß zur sozialen Lage in Deutschland:

8. September 2001 im Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin

DL21 lädt ein zu einem Kongress zu Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Diskutiert werden v. a. die Konsequenzen, die die Politik aus dem Bericht zu ziehen hat. (s. auch die Anzeige im Schwerpunkt dieser spw)

Schleswig-Holsteins Linke krepeln die Ärmel hoch Erfolgreiche Gründungsversammlung des Forum Demokratische Linke 21 in Rendsburg

Linke Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben jetzt auch im nördlichsten Bundesland eine neue organisatorische Plattform geschaffen. Thomas Sauer, einer der Initiatoren der Gründungsversammlung in Schleswig-Holstein und Mitglied des Bundesvorstands des Forum DL 21 wertete die Versammlung in Rendsburg als Erfolg:

„Die Veranstaltung war geprägt von einer deutlichen Aufbruchstim-

mung und dem festen Willen, innerhalb des sozialdemokratischen Meinungsspektrums der sozialen Gerechtigkeit ein noch stärkeres Gewicht zu verleihen. Bei der Beantwortung der spannenden Frage, welchen Stellenwert soziale Gerechtigkeit in einem sich vereinigenden Europa zukünftig haben wird, kommt der Sozialdemokratie eine besondere Verantwortung zu. Hier wollen wir einen Beitrag leisten. Dabei gilt es, die sich bietenden Zukunftschancen mutig zu nutzen, ohne jedoch vor Fehlentwicklungen die Augen zu verschließen. Die Linke muß dem im Kern rückwärtsgewandten Neoliberalismus ein modernes gesellschaftliches Zukunftsprojekt entgegensetzen, das auf die gewandelten Lebensentwürfe der Menschen eingeht und ihnen in einer sich immer schneller wandelnden Welt das notwendige Maß an sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit bietet.“

Die Gründungserklärung ist auf den Seiten von www.forum-dl21.de einzusehen.

Für den Herbst ist eine weitere Tagung geplant, auf der dann auch ein offizielles Sprecherteam bestimmt werden soll.

Kontakt: Bürgerbüro Thomas Sauer MdB, Hamburger Straße 30, 22926 Ahrensburg, Tel. 04102/823298, FAX 04102/823112, mail thomas.sauer@wk.bundestag.de

Alle Termine und weitere Informationen zu Themen und Terminen sind zu finden auf der homepage www.forum-dl21.de.

Gernot Grumbach zum Vorsitzenden in Hessen -Süd gewählt

Am 8. Juni wurde das Vorstandsmitglied von Forum DL 21, Gernot Grumbach, auf einem Bezirksparteitag der südhessischen Sozialdemokraten in Oberursel mit deutlichem Vorsprung zum Vorsitzenden des knapp 60.000 Mitglieder starken SPD-Bezirks Hessen-Süd gewählt.

Klarere politische Aussagen, größere Bekanntheit in der Partei, intime Kenntnisse der Parteistrukturen und eine bessere Bewerbungsvorbereitung vor der Wahl seien Argumente für Grumbach gewesen, schreibt die Frankfurter Rundschau.

Der Vorstand des Forums DL 21 gratuliert! Forum DL21

Forum Demokratische Linke 21

Erklärung anlässlich der Gründung des Forum Demokratische Linke 21, Schleswig-Holstein

Mit dem Forum Demokratische Linke 21 hat sich die sozialdemokratische Linke in Deutschland neu organisiert. Das Forum Demokratische Linke 21 orientiert sich an den Grundsätzen von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, den Grundwerten des Demokratischen Sozialismus. Es soll Plattform und Sprachrohr derjenigen innerhalb des Meinungsspektrums der SPD sein, die sich für eine sozial gerechte und fortschrittliche Politik als Antwort auf den Kapitalismus im Zeitalter der Globalisierung engagieren. Das Forum ist auch offen für nicht in einer Partei organisierte Menschen mit sozialdemokratischen Grundüberzeugungen.

Derzeit wichtigste Aufgabe des Forums Demokratische Linke 21 ist die Auseinandersetzung mit der vorherrschenden Ideologie des Neoliberalismus. Globalisierung, die sich immer rascher wandelnden Arbeits- und Wirtschaftsstrukturen und die Beschleunigung des technologischen Wandels bieten vielfältige Chancen, jedoch ebenso zahlreiche Gefahren der Fehlentwicklung. Sie sind aber keine Naturgewalten, die dem Einfluss des gesellschaftlichen Willens vollständig entzogen sind. Im Gegenteil: Globalisierung ist gestaltbar! Die Entscheidung über die Entwicklung neuer Gen- oder Biotechnologien darf nicht allein den Führungen multinationaler Konzerne überlassen werden, Umwelt- und Sozialdumping im Weltmaßstab erfordern eine strategische Antwort von Seiten der Politik. Wir wollen eine moderne Gesellschaft, welche die veränderten und vielfältigen Lebensentwürfe der Menschen respektiert und unterstützt, den wissenschaftlichen Fortschritt zuerst in den Dienst der Menschen stellt und das Zusammenwachsen der Welt als Chance für Weltoffenheit und Toleranz begreift. Das Forum Demokratische Linke 21 setzt sich für eine Stärkung der europäischen und internationalen Demokratie ein. Der neoliberalen Politik, welche die Entwicklung der Europäischen Union als Hebel zur Deregulierung missbraucht, setzt die Linke ihre Perspektive eines modernen und leistungsfähigen Europäischen Sozialstaates entgegen. Die traditionell internationalistische Grundhaltung der Sozialdemokratie erweist sich heute als einzige Perspektive, um die Globalisierungsprozesse und ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft demokratisch zu gestalten.

Der Kapitalismus im Zeitalter der Globalisierung produziert derzeit unermesslichen Reichtum, während gleichzeitig weltweit – auch in Deutschland – wachsende Armut und Ungleichheit herrschen. Eine moderne Politik hingegen muss in Zeiten wachsender internationaler Verflechtungen und Abhängigkeiten ein Interesse an wachsendem Wohlstand in allen Regionen der Welt haben. Das ist nicht nur sozial gerecht, sondern auch ökonomisch vernünftig, weil eine solche Politik Garant für eine weltweit stabilere Entwicklung ist.

Eine demokratische und gerechte Gesellschaftsordnung setzt Chancengleichheit voraus. Gleiche Zugangsmöglichkeiten zu Bildung und Ausbildung allein reichen jedoch nicht aus, um den Ungerechtigkeiten unter den gegebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu begegnen; Chancengleichheit bedarf der Ergänzung durch Verteilungsgerechtigkeit.

Eine solidarische Gesellschaftsordnung der Freien und Gleichen, in der die Menschen frei von Ausbeutung und Unterdrückung unter humanen ökonomischen und kulturellen Bedingungen in einer gesunden Umwelt friedlich miteinander leben können – das ist die Vision der politischen Linken. Linke Reformpolitik kann uns dieser Utopie näher bringen.

Um dem Engagement für diese Ideen auch im Norden eine zeitgemäße Plattform zu schaffen, gründet sich das Forum Demokratische Linke 21, Schleswig-Holstein. Es versteht sich als integraler Bestandteil der Sozialdemokratie. Es will mit dazu beitragen, sozialdemokratische Antworten auf die gesellschaftlichen Fragen des 21. Jahrhunderts zu geben.

Kollege Proteus

Zum Wandel des Menschen im modernen Kapitalismus

Von Reinhold Rünker, Thomas Westphal und Lars Neumann

Jeder sei seines eigenen Glückes Schmied – lautete eine der Verheißungen, mit denen Neoliberalismus und -konservatismus in den 1970er Jahre gegen die sozialstaatliche Reformpolitik der Sozialdemokratie zu Felde zog. Gleichzeitig stellte die Sozialforschung fest, dass eine Ausweitung der sozialen Sicherheit, größere Entfaltungsmöglichkeiten des Individuums und die schrittweise Emanzipation von der bis dato sozialen Gebundenheit der Biographien mit sich brachte.

Parallel, wenn auch nur lose verkoppelt mit dem politischen Prozess, verläuft seit etwa zwanzig Jahren ein Wandel in der produktiven Basis des Kapitalismus, der eine Tendenz zur Formveränderung der Arbeitsverhältnisse in eine neo-tayloristische Arbeitsorganisation einerseits und andererseits einer quasi-eigenständigen Arbeitsgestaltung bis hin zum selbstständigen Arbeitskraftunternehmer beinhaltet. (vgl. hierzu die verschiedenen spw-Schwerpunkte in den letzten Jahren unter www.spw.de)

Linke Theorie und Praxis im spw-Zusammenhang reagierte auf die Veränderung in den Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie den kulturellen Praxen mit einer Diskussion um die Bedeutung der Jugendphase sowie der veränderten Ansprüche gerade junger Frauen gegen Ende der 1980er Jahre, einer Rezeption der Arbeiten von Gramsci zum Verhältnis von Staat, Zivilgesellschaft und Hegemonie sowie, bezogen auf die Krise des Fordismus, den Überlegungen aus der Regulationsschule. Hinzu kam seit Mitte der 1990er Jahre eine Beschäftigung mit den Arbeiten von Pierre Bourdieu, Peter von Oertzen und Michael Vester zur Entwicklung von Klassen und Milieus.

Festzuhalten ist, dass sich sowohl die Lebens- und Arbeitsbedingungen ebenso wie die soziokulturellen Praxen in den letzten 20 bis 30 Jahren drastisch verändert haben. Der Slogan, dass jeder seines eigenen Glückes Schmied sei, hat sich als bewusstseinsprägend erwiesen.

Früher starke und stabile Milieus wie das des traditionsbewussten Facharbeiters oder des Bildungsbürgertums verlieren an Bedeutung zugunsten eher amorph erscheinenden Milieus. Diese terminologisch unzureichende Beschreibung ist symptomatisch für die Schwierigkeiten, die Lebensweise und kulturellen Praxen des 21. Jahrhunderts zutreffend zu erfassen. Der Schwerpunkt-Titel „Kollege Proteus“ spiegelt den Zwiespalt wider, in dem wir uns befinden: zum einen dominieren im Bewusstsein von Politik und Gesellschaft immer noch Vorstellungen des idealtypischen Kollegen Facharbeiters, während auf der anderen Seite in Wissenschaft und Feuilleton der



wandlungsfähige Proteus der griechischen Mythologie als Idealtypus des modernen Menschen des 21. Jahrhunderts gesehen wird.

Was diesen proteischen Menschen ausmacht, beschreiben Lars Neumann und Thomas Westphal, zudem versuchen sie aufzuzeigen, dass es für die Linke durchaus Chancen gibt, auch den proteischen Menschen für einen Modernen Sozialismus zu gewinnen, wenn es gelingt, eine „Anrufung“ zu entwickeln, die an dessen Lebensbedingungen und Interpretationsmustern anknüpft.

Der Grad individueller Entfaltungsmöglichkeiten ist auch heute davon abhängig, dass Menschen über materielle Ressourcen verfügen. Hans-Günter Bell und Alexander Recht analysieren in ihrem Beitrag den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung und müssen feststellen, dass wachsende Teile der Bevölkerung von der gesellschaftlichen Reichtumsentwicklung ausgeschlossen bleiben.

Stefan Meretz formuliert Thesen aus dem Herzen der „new economy“-Protagonisten, die sich gegen die weltweite Dominanz proprietärer Software wenden. Für sie stellt die Umsetzung der Forderung nach freier Software ein notwendiger Schritt auch für die Überwindung des heutigen Kapitalismus dar.

Christiane Klenner und Svenja Pfahl beschreiben den Konflikt zwischen Erwerbs-, Reproduktions- und Ehrenamtlicher Arbeit, dem insbesondere Frauen verstärkt ausgesetzt sind.

Im Zentrum der Überlegungen von Mikfeld steht die „Lebensführung“, verstanden als Ensemble der alltäglichen Tätigkeiten, in der sich Individualität wie Kollektivität widerspiegelt. Die Folgerung für die Linke aus den konstatierten Erosionsprozessen ist, mit ihrer Politik zur (Wieder)Herstellung der Souveränität über die Lebensführung beizutragen.

Oliver Kaczmarek bespricht ein Buch über Jugendliche, die in Rechtsextremismus Halt und Orientierung suchen, Katja Pohl findet in den Harry-Potter-Büchern Elemente, die sowohl zu solidarischem Handeln anregen als auch in spielerischer Manier einen Kontrapunkt zur Geschäftigkeit des Kapitalismus setzt. Da bietet Naomi Kleins „No Logo!“, besprochen von Björn Böhring und Anja Kruke, eine kämpferischere Perspektive.

Für die Linke bleibt die Frage, in welche Richtung sich widerständiges Handeln bewegt, damit eine Anrufung der Menschen gelingt, um sich selbst der Fesseln des Kapitalismus zu entledigen. Hier geht es um mehr als „nur“ um die ökonomische Grundlage des individuellen Seins, sondern vor allem um die sozio-kulturellen Praxen, die aus dem Menschen ein gesellschaftliches und individuell erfülltes Wesen machen. Da haben wir gewiss noch viel Aufarbeitungsbedarf.

spw

Reinhold Rünker, Historiker, arbeitet als Organisationsberater und lebt in Leichlingen
Thomas Westphal, Dipl.-Volkswirt, arbeitet als Wirtschaftsberater und lebt in Dortmund,
Mitherausgeber der spw
Lars Neumann, Sozialwissenschaftler, arbeitet als Wirtschaftsberater und lebt in Bochum

Proteus ist eine relativ unbedeutende Figur aus der griechischen Mythologie. Proteus war König von Ägypten und eine von 50 Meeresfiguren, den sogenannten Nereiden.

Proteus selbst zeichnet sich dadurch aus, dass er sich in unterschiedliche Gestalten verwandeln kann. Die Figur des Proteus erhält heute wieder viel Aufmerksamkeit. Zahlreichen Sozialwissenschaftlern und Psychologen, vornehmlich aus dem angelsächsischen Bereich, dient er als Vorlage für die Theorie und den Diskurs über einen neuen Menschentypen der die „Bühne der Sozialgeschichte“ betritt: **Der proteische Mensch.**

Klassenkampf und Individualität

Bevor wir uns den Botschaften, dem Sinngehalt, den Einzelheiten und Verbindungen des Diskurses vom proteischen Menschen widmen, erscheint es uns notwendig einige theoretische Prämissen zum Zusammenhang von Individualität, Diskurs, Klassen- bzw. Kulturkampf und Gesellschaft zu skizzieren.

In der marxistischen Tradition hat es immer eine prinzipielle Doppeldeutigkeit beim Verwenden des Begriffes „Klassenkampf“ gegeben.

In der einen Bedeutung wurde Klassenkampf auf der analytischen Ebene der Produktionsweise angesiedelt. Das Produktionsverhältnis begründet sich demnach im wesentlichen auf dem antagonistischen Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital, sprich zwischen Arbeitern die ihre Ware Arbeitskraft an die Kapitalisten verkaufen, die wiederum aus der Ausbeutung der Ware Arbeitskraft Mehrwert herauspressen. Marxistische Gesellschaftskritik ließ sich nicht ohne diesen grundlegenden Klassen-Widerstand denken.

Dieses Analysebild zog jedoch immer ein schematisches Verständnis klassenkämpferischer Auseinandersetzungen nach sich. Es untergrub nur allzu häufig eine zweite Ebene des Klassenkampfes, nämlich die der übergreifende ideologischen Herrschaftsbeziehungen, die eine bestimmte Gesellschaftsformation (inklusive der Produktionsverhältnisse) charakterisieren.

Während der erste Antagonismus auf der abstrakten Ebene der analytischen Sezierung der ökonomischen Verhältnisse begreifbar ist, ist der zweite nur nachvollziehbar auf der Ebene der jeweils konkret existierenden Gesellschaftsformation mit ihren täglichen Bedingungen für Arbeit und Leben.

In der traditionellen Adaption der Klassenanalyse wurden die ideologischen Herrschaftsbeziehungen sehr schnell unter den Widerspruch der beiden Grundklassen untergepflegt. Mit anderen Worten: jeder ideologischer Inhalt wurde mit einer eindeutigen Klassen-Konnotation verbunden. Jenseits der Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital existierte somit kein ideologischer Widerspruch. Alle Widersprüche einer Gesellschaft konnten auf den Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital reduziert werden: Die Bourgeoisie beutet die Arbeiterklasse ökonomisch aus. Sie ist die herrschende Klasse, also herrscht sie auch auf allen Ebenen der Gesellschaftsformation. Ihr ideologischer Arm reicht in jeden Winkel der bürgerlichen Gesellschaft. Etwas komplexere, historisch reale Beispiele von Gesellschaftsformationen, bei denen die jeweils herrschenden Schichten gleichzeitig im Widerspruch mit Kleinbürgern, Bauern, Arbeitern und der Bourgeoisie standen wurden entweder völlig ausgeblendet und mit simplen Formeln des Klassenbündnisses beantwortet.

He, Sie da!

Der Diskurs vom proteischen Menschen und seine Bedeutung für moderne Sozialisten

Von Lars Neumann und Thomas Westphal

Die traditionelle marxistische Klassentheorie hat den komplexen Zusammenhang von gesellschaftlichen Widersprüchen, von historisch gewachsenen ideologischen Inhalten wie Werten, Symbolen und Ritualen und der persönlichen Identität des einzelnen Menschen dramatisch reduziert. Das Ergebnis war eine erstarrte Gesellschaftswissenschaft mit mechanistischen Grundkategorien und ein unerträglicher „Kasernenhof-Kollektivismus“ in der Praxis der Parteiarbeit.

Erst mit der sowjetischen Perestroika und dem Glasnost begann der traditionelle Marxismus in Europa sich aus diesen Fesseln zu befreien. Als Gorbatschow begann auf den mündigen Menschen, auf die schöpferische Kraft des Individuums zu setzen, schwappte der Ansatz, Individualität als Produktivkraft zu erkennen, auf die westeuropäische Linke über.

Inspiziert durch Gorbatschow griffen sozialistische Linke in Deutschland, England, Frankreich und Italien wieder verstärkt auf die Theorieansätze von Gramsci, Althusser und anderen zurück. Auf dem Kongress „New Times“, den die britische, marxistische Linke 1989 in London durchführte, konstatierte Charlie Leadbeater, dass Thatchers konservativer Individualismus, dem Wunsch der Menschen nach Freiheit und Autonomie, nach Entfaltungsfreiheit und Freiheit von staatlicher Bevormundung aufnahm und einen reaktionären Impuls verlieh. Thatchers Konservative Revolution, war eine Revolution gegen den Links-Etatismus der Labour-Party. Thatcher musste den Wunsch nach Freiheit von sozialdemokratischer Bevormundung nicht sonderlich schüren. Sie musste lediglich den Unmut der britischen Bevölkerung aufgreifen – denn von Links hätte es keine Alternative gegeben, Leadbeater empfahl seinen Genossen damals: „Wir brauchen einen sozialistischen Individualismus als Kern unserer gesellschaftlichen Vision von der Zukunft. Wir Sozialisten dürfe nicht in die Falle laufen und eine abgedroschene Debatte mit den Thatcherismus führen, in der wir kollektivistische Zufluchtsbilder gegen Thatchers Individualismus malen.“

Ende der achtziger Jahre versuchten marxistische Linke in ganz Europa aus der Wagenburg der Verstaatlichung gesellschaftlicher Selbstverantwortung auszubrechen. Sie wendeten sich damals gleichzeitig gegen den Staatskommunismus der Sowjetunion als auch gegen die sozialdemokratische Verstaatlichung.

Aus dieser Zeit resultiert ein theoretisches Erbe, das bis heute ausgeschlagen blieb. Der Versuch, eine Politik des Sozialistischen Individualismus zu begründen und diese

Lars Neumann, Dipl. Sozialwissenschaftler, stellv. Vorsitzender des Juso-Berzirks Westliches Westfalen und Wirtschaftsberater, lebt in Bochum
Thomas Westphal, Dipl.-Volkswirt, Mitherausgeber der spw und Wirtschaftsberater, lebt in Dortmund

Politik auf dem Boden der sozialen, ökonomischen und ideologischen Widersprüche der modernen Kapitalistischen Gesellschaft umzusetzen.

Diskurs und Identität

„Wir haben Klassen im Kampf vor uns, aber nicht Klassenkampf“ dieser Satz des argentinischen Marxisten Ernesto Laclau, fasst in aller Kürze einen Theorieansatz zusammen, der Auswege aus dem reduktionistischen Weltbild vom Klassenkampf in der heutigen Zeit aufzeigt. Wir glauben, dass mit der Theorie des ideologischen Diskurses eine Grundlage existiert, mit dem eine Politik des Sozialistischen Individualismus neu begründet werden kann. Ernesto Laclau versucht, unter Rückgriff auf die Erfahrungen in Argentinien mit dem Peronismus, eine komplexere Theorie der ideologischen Widersprüche einer Gesellschaft aufzuzeigen. In seiner Theorie existieren drei zentrale Kategorien: Erstens: Die ideologische Anrufung der Individuen, Zweitens: Der ideologische Diskurs und Drittens: Der populär-demokratische Kampf.

Laclau bezieht sich dabei im Zentrum seiner Überlegungen auf theoretische Vorüberlegungen von Althusser und Lacan. Althusser schreibt: „Jede Ideologie hat die Funktion konkrete Individuen zu Subjekten zu konstituieren. Individuen, die lediglich Träger von Strukturen sind,

werden durch die Ideologie in Subjekte verwandelt.“ D.h. Menschen interpretieren die Bedingungen, die ihrer Existenz vorgegeben sind, als ein Verhältnis, das sie selbst beherrschen und gewollt haben. Sie werden zu aktiven Vertretern dieser Verhältnisse. Z.B.: Aus Menschen die in Deutschland leben werden Deutsche

Die traditionelle Klassentheorie hat den Zusammenhang von Widersprüchen, Werten, Symbolen und Ritualen und der persönlichen Identität des einzelnen Menschen dramatisch reduziert.

mit allem was zu dieser Subjektposition gehört. Althusser weiter: „Der Mechanismus dieser charakteristischen Umkehrung ist die Anrufung. Ideologie handelt und funktioniert in einer solchen Weise, dass aus der Masse der Individuen Subjekte rekrutiert oder transformiert werden. Nach dem Muster des genau bestimmbaren Vorganges, den ich Anrufung genannt habe, und den man sich nach dem Muster der einfachen und alltäglichen Anrufung durch einen Polizisten vorstellen kann: He, Sie da!“

Mit dem „Mechanismus der Anrufung“ führt Althusser eine zentrale Kategorie der Diskurstheorie ein. So wie der Polizist mit seinem Ruf „He, Sie da!“ aus einer undefinierten Masse von Individuen ein Subjekt heraus konstituiert, das sich sofort von allen anderen durch die hergestellte Beziehung zum Polizisten unterscheidet (man kann sich bildhaft vorstellen, wie alle anderen Personen im Umkreis erschrocken aufsehen und sofort in ihre alte Rolle zurückfallen), so konstituiert der ideologische Diskurs in der gesamten Gesellschaft eine spezifische Massenmobilisierung durch ein System ganz unterschiedlicher Anrufungen. Die isolierten Elemente eines Diskurses haben für sich genommen keine Bedeutung. Entscheidend ist, wie aus der verwirrenden Vielfalt unterschiedlicher Anrufungen und anrufener Subjekte ein ideologisch hegemoniales Gesamtsystem, ein Diskurs entsteht. Für Laclau ergibt sich daraus: „Wenn wir versuchen die ideologische Ebene einer bestimmten Gesellschaftsformation zu analysieren (z.B. Argentinien in Zeiten des Peronismus oder Deutschland in Zeiten des heraufziehenden Faschismus), müssen wir die sie konstituierenden Anrufungsstrukturen rekonstruieren.

In welcher Weise ist eine Anrufung mit einer anderen artikuliert, das heißt, was ermöglicht es beiden, Bestandteile eines relativ einheitlichen ideologischen Diskurses zu sein? Unter Einheit darf man nicht zwangsläufig logische Konsistenz verstehen – im Gegenteil, die ideologische Einheit eines Diskurses ist völlig vereinbar mit einem großen Ausmaß an logischer Inkonsistenz – sondern die Fähigkeit eines jeden Anrufungselements (z.B. politische Anrufung, familiäre Anrufung), Verdichtungen mit den anderen Elementen (ästhetische Anrufung, soziale Anrufung etc.) herzustellen. Wenn jede isolierte Anrufung als Symbol der anderen wirkt, dann haben wir einen relativ einheitlichen ideologischen Diskurs.“

Aus dem Blickwinkel von Laclau, ist die oben erwähnte traditionelle marxistische Klassenkampftheorie, die auf die Ebene der Produktionsverhältnisse ausgerichtet war, selbst ein ideologischer Diskurs, dessen Anrufungsstruktur darauf angelegt war, den ökonomischen Widerspruch von Arbeit und Kapital auf der Subjektebene zu konstituieren. Die Anrufung der Handelnden als Klasse geschah auf höchst vielfältige Weise. Die politische Anrufung durch die klassenbewusste Partei, kulturelle Anrufung durch die Arbeitersport- und Jugendbewegung, ästhetische Anrufung durch spezifische Symbole und Rituale (höchst interessant die Abhandlungen über die Verwendung des Sonnensymbols in den Bildern, Fahnen und Propagandaschriften der Arbeiterbewegung), die familiäre Anrufung durch Werte des Fleißes, der Leidensfähigkeit, des Schaffens, der Aufstiegsorientierung etc. Aus den beschäftigten Individuen wurde durch dieses System der artikulierten Anrufungen, das Subjekt der „Arbeiterklasse“ gegen die Klasse der Kapitalisten konstituiert. Dabei artikulierten die Anrufungen als Klasse mit Elementen ganz anderer Anrufungssysteme, wie etwa den Werten des protestantischen Arbeitsethos oder früherer nicht klassengebundener Widerstandsbewegungen. Der Klassenkampf ist nichts anderes als eine spezifische ideologische Anrufungsstruktur, die darauf abzielt, die Beschäftigten im Produktionsprozess, als Träger der ökonomischen Struktur (Klasse an sich), durch den Diskurs des Klassenkampfes als Subjekt (als Klasse für sich) zu konstituieren. Damit ist Klassenkampf nur das, was Klassen als solche konstituiert und daher ist nicht jeder Widerspruch ein Klassenwiderspruch. In dieser Lesart wird der Klassenkampf in der marxistischen Theorie auf seine eigentliche Bedeutung und Funktion zurückgestuft. Die deterministische Sichtweise, die davon ausgeht, dass jeder ideologische Inhalt eine Klassenkonnotation hat und jeder Widerspruch auf einen Klassenwiderspruch reduziert werden kann, wird abgelöst von einer Sichtweise, in der der Klassenwiderspruch auf der ökonomischen Ebene existiert und dort nachhaltig wirkt, aber in der gesellschaftlichen Realität durch eine Vielzahl anderer relevanter Widersprüche durchdrungen wird. Laclau schreibt: „Während der Klassenwiderspruch der dominierende Widerspruch auf der abstrakten Ebene der Produktionsverhältnisse ist, dominiert auf der Ebene der Gesellschaftsformation der Widerspruch zwischen dem Volk und dem Machtblock.“

Aus der Theorie des ideologischen Diskurses und der Anrufungsstruktur einer Gesellschaft ergibt sich eine weitreichende Konsequenz für eine sozialistische Gesellschaftsanalyse und für eine entsprechende Politik. Eine sozialistische Politik, die auf die Sphäre des Klassenkampfes beschränkt ist, muss ideologisch subaltern verbleiben, weil sie immer noch den Fehler macht davon auszugehen, dass die Ebene der Produktionsverhältnisse in jeder Gesellschaftsfor-

mation in letzter Instanz bestimmend ist. Sie sieht nicht, dass umgekehrt auch die Ebene der Produktionsverhältnisse durchzogen ist von Widersprüchen und Diskursen, für die der Klassencharakter rein äußerlich ist. Ein Anrufungssystem, das allein auf die Ebene der Produktionsverhältnisse ausgerichtet ist, zielt ins Leere, weil die wirklichen Widersprüche des modernen sozialen Lebens nicht artikuliert werden. Eine solche Politik kann kein Subjekt konstituieren, welches historisch auf den Plan tritt. Das plastische Beispiel des *Polizisten bei Althusser* verdeutlicht, dass ideologische Anrufung nur dann funktionieren kann, wenn die unterschiedlichen Anrufungen reale Identitätspositionen bei den Angerufenen abrufft, verstärkt und ideologisch auflädt. Der sozialistische Klassenkämpfer bleibt gewissermaßen ein einsamer Rufer in der Wüste.

In der Lesart von Laclau gewinnen wir ein viel weitreichenderes Handlungsfeld für einen modernen sozialistischen Diskurs. Konkrete Ideologien sind immer eine Mischung aus unterschiedlichen Elementen anderer Ideologien. Insoweit sind Ideologien und Diskurse selbst Gegenstand von Klassenkämpfen. Es geht eben nicht darum, bestimmte ideologische Inhalte als einer Klasse zugehörig zu entlarven, sondern umgekehrt, gegnerische Diskurse zu dekonstruieren und Bestandteile in das eigene Anrufungssystem zu integrieren, um auf diesen Weg die Perspektive eines hegemonialen Anrufungssystems zu gewinnen. Aus der Blütezeit der Arbeiterbewegung existieren noch zahlreiche Beispiele für ein solches erfolgreiches Eröbern fremder Diskursbestandteile.

Ausweitung der Kampfzone

In der von uns verfolgten Perspektive des Sozialistischen Individualismus geht es weniger darum abstrakte Skizzen vom neuen Menschen, von der sozialistischen Persönlichkeit oder ähnlichem zu entwerfen. Ebenfalls erledigt erscheint uns die historische Auseinandersetzung um die Bedeutung des Individuums in der marxistischen Theorie. Für uns ist die Feststellung von Peter Weiss in seinem Buch „Ästhetik des Widerstandes“, dass die Voraussetzung zur Umwälzung des gesamten Lebens, der „uneingeschränkte Besitz seiner Persönlichkeit“ ist, konstitutiv für ein neues modernes sozialistisches Projekt.

Strategisch entscheidend ist es für uns, dass der Versuch im Jahre 2001 wieder einen neuen sozialistischen Diskurs begründen zu wollen, nur dann gelingen kann, wenn er aus der alten Diskurswelt der Periode von 1917 bis 1989 heraustritt und im Sinne der Laclauschen Theorie von der ideologischen Anrufung, Bestandteile aus bestehenden bürgerlichen Diskursen herauslöst und neu zusammensetzt. Nur so ist die Kampfzone und die Reichweite eines modernen sozialistischen Anrufungssystems zu erweitern.

Die proteische Persönlichkeit

Kommen wir nun auf unseren Ausgangspunkt, der proteischen Persönlichkeit und ihrer Bedeutung für den sozialistischen Individualismus zurück.

Im Zuge der ökonomischen Veränderungen, dem Siegeszug neuer Informations- und Kommunikationstechnologien, neuer Formen der gesellschaftlichen Betriebsweise, dem Einzug flexibler, vernetzter Produktionen und Arbeitsstrukturen, dem Anwachsen von Verantwortung und Befugnissen für die abhängig Beschäftigten, hat sich ein breit angelegter Diskurs über den flexiblen, vernetzten, modularen oder proteischen Menschen entwickelt. Ein glühender Verehrer des proteischen Menschen ist Je-

remy Rifkin. In seinem jüngsten Buch „ACCESS“, beschreibt er diesen „neuen Menschentypen“.

„Das neue proteische Selbst hat der wachsenden Dichte menschlicher Interaktion, die durch moderne Transport- und Kommunikationsmittel und das Großstadtleben ermöglicht wurde, viel zu verdanken. Die heutige Generation lebt stärker in der Zeit als im Raum. Sie ist eingebettet und gefangen in einer komplexen und temporalen Welt wechselseitiger Abhängigkeiten, die sich aus fließenden Beziehungsnetzen und vernetzten Aktivitäten neu strukturiert. Mit der Vervielfältigung der Beziehungen geht auch eine Transformation der sozialen Kapazitäten einher. Das relativ kohärente und vereinheitlichte Gefühl des Selbst, das einer traditionellen Kultur innewohnt, wird von vielfältigen und miteinander konkurrierenden Potenzialen abgelöst. Es entsteht ein Zustand, in dem man in sich ständig ändernden, verkettenden und widerstreitenden Strömungen des Lebens schwimmt.“

Bis dahin beschreibt Rifkin lediglich eine Veränderung von psycho-sozialen Anforderungen, die in sich wandelnden Zeiten an Menschen stellen. Er verbleibt jedoch nicht auf der deskriptiven Ebene, sondern kreiert mit Hilfe des Psychologen Robert Lifton einen neuen historischen Bewusstseinsstand. Proteische Persönlichkeiten repräsentieren demnach nicht das Verschwinden des Selbst, sie zeigen vielmehr eine reifere Bewusstseinsstufe. Eine Stufe, auf der der Mensch mit Vieldeutigkeiten und komplexen, einander häufig widerstreitenden Prioritäten leben kann. Er verfüge über ein besseres Verständnis für Unterschiede, könne sich selbst in die Lage eines anderen versetzen und sich vorstellen, wie es wäre, diese Person zu sein. „Wandelbarkeit ist ein Balanceakt zwischen wiederholter Gestaltveränderung einerseits und Versuchen andererseits, sich zu festigen und ein Einheit zu bilden.“ Für Rifkin könnte das proteische Bewusstsein eine Grundlage für eine Erneuerung der Kultur legen.

Rifkins Argumentation ist kein Solitär. Wir finden gleiche oder ähnliche Beschreibungen in einer Vielzahl neuerer Veröffentlichungen. Vor allem im Umfeld der Meinungsmacher aus dem Dunstkreis der New Economy gleichen sich die Bilder.

Der Versuch, eine Politik des Sozialistischen Individualismus zu begründen, wurde ausgeschlagen



Foto: Christian Kiel (Berlin)

In Bereichen der unternehmerischen Personalführung und Managementmethoden wird in zahllosen Veröffentlichungen, Kongressen und Seminaren auf die Figur des proteischen Menschen Bezug genommen. Im Alltag versuchen viele Jugendliche den Werten der proteischen Persönlichkeit zu entsprechen, sie arrangieren sich mit modernen Kommunikationsmitteln und haben das sogenannte Multitasking erfunden. In den Sub- und Jugendkulturen geht von der Gestaltveränderung eine große Faszination aus. Schließlich erklärt sich die Beliebtheit der Pop-Ikone Madonna nicht zuletzt aus ihrer Fähigkeit, sich über Jahre an der Spitze der weltweiten Popcharts zu halten – durch steten Wandel ihres Images.

Die Möglichkeit zum Wandel und die Chance zur Veränderung stößt allerdings auch ins falsche Horn. Die Betonung von Teamwork und Konsensbildung unter Jugendlichen geht bereits soweit, dass Teenager ihre Sätze immer häufiger eher zögerlich und mit einer leichten Hebung der Stimme beenden. Sie wollen keine Aussagen treffen, eher fragend wirken. Man kann sich beinahe sicher sein, dass die gerade angesprochene Madonna ihren 80er-Jahre-Hit „Express yourself!“ so nicht verstehen wollte.

In den letzten Jahren verdichteten sich die einzelnen Elemente der Kultur der Flexibilität und Wandelbarkeit immer stärker zu einem übergreifenden Diskurs, der inzwischen eine hohe gesellschaftliche Zustimmung erlangt hat.

Aber die proteische Persönlichkeit ist mehr als ein Diskurs über Lebensstile.

Die proteische Persönlichkeit wird im Widerspruch zu den Werten, Symbolen und dem Bewußtsein der alten Welt, bzw. der Moderne konstruiert. Das Gegenstück zur proteischen Persönlichkeit ist

die lineare Persönlichkeit aus dem Industriezeitalter, deren Ziel es ist durch Fleiß, harter Arbeit, Sparsamkeit, Integrität etwas aus sich zu machen, eine charakterlich gefestigte Persönlichkeit, eben Erwachsen zu werden.

Der Diskurs der proteischen Persönlichkeit ist der Versuch der Durchsetzung neuer Werte, die in den letzten Jahren in den USA und Westeuropa entstanden sind, gegen den traditionellen Wertekanon der insgesamt mit der Moderne bzw. dem Industriezeitalter seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert existiert.

Bisher verfügt der Diskurs über keine spezifische Anrufungsstruktur. Die zentrale Frage von Laclau: Wer ist das angerufene Subjekt, läßt sich nur schwer beantworten. Es ist auf keinen Fall eine klassenspezifische Anrufung. Wenn es überhaupt eine ideologische Gegenmacht in diesem Diskurs gibt, dann sind es die traditionellen Institutionen: Kirche, Parteien, Verbände, Gewerkschaften, Industriefabriken. Das Grundkonzept von Institutionen, das aus der Frühzeit der Industrialisierung stamme, habe sich deshalb überlebt, weil es dem mechanistischen-hierarchischen Kommando- und Kontroll-Konzept von Organisation entspricht. Dieses Konzept sei nicht nur kontraproduktiv, sondern auch unethisch gegenüber den Menschen. Hier sind Verbindungen zum Diskurs der Chaos-Theorie erkennbar. Entsprechend wendet sich der Diskurs gegen ein Denken, das Ursache und Wirkung in linearen Ketten beschreibt. Deswegen entspricht die Anrufungsstruktur des Diskurses am ehesten dem populär-demokratischen Widerspruch zwischen Volk und Machtblock. Wobei das Volk

die einzelnen Persönlichkeiten die sich nach dem proteischen Bewusstsein entfalten wollen symbolisiert, und der Machtblock durch die traditionellen Institutionen, die die Menschen an ihrer Entfaltung hindern, symbolisiert wird.

Aus dieser ideologischen Widerspruchskonstellation proteische Persönlichkeit vs. traditionelle Institutionen erklärt sich auch der Umstand, warum dieser Diskurs noch keine Entsprechung im parteipolitischen Bereich gefunden hat.

Alles ständische verdampft

Ein Blick in den Duden erklärt aber auch das zentrale Problem des Diskurses vom proteischen Menschen. Proteisch wird dort in zweifacher Bedeutung übersetzt: proteisch bedeutet wandelbar, aber auch unzuverlässig. Die Kritiker des Diskurses beziehen sich im wesentlichen auch auf den Aspekt der Unzuverlässigkeit. Dies geschieht in zweifacher Form. Zum einen wird vor der latenten Überforderung des proteischen Bewusstseins gewarnt. Am prominentesten ist dies durch den amerikanischen Soziologe Richard Sennett vertreten worden.

Auf der anderen Seite wird das spielerische der proteischen Persönlichkeit als Hang zum verantwortungslosen Infantilismus kritisiert. Viele Menschen würden sich den Anforderungen ihres Lebens einfach entziehen und sich nach der einfachen Struktur ihres Kinderlebens sehnen. Nach dem Motto: „Ich möchte wieder einfach leben. Ich möchte nicht, dass meine Tage aus Computerabstürzen, Bergen von Akten und deprimierenden Nachrichten bestehen. Ich möchte an die Kraft eines Lächelns, einer Umarmung, eines netten Wortes glauben, an Wahrheit, Frieden, Träume. Ich möchte wieder sechs sein.“

Das Verhaltensmuster „Löst Eure Probleme doch alleine! Ich geh spielen“ ist sicherlich ein verbreitetes Muster in vielen Büros, Fabriken, Familien und Beziehungen in der westlichen Welt. Aber der Clou des Diskurses von der proteischen Persönlichkeit ist es ja gerade, Verantwortung für sich und andere und die Hinübernahme von Attributen und Privilegien des Kindes ins Erwachsenenalter als völlig vereinbar zu empfinden. Etwa vergleichbar mit früheren religiösen Anrufungen, in denen gläubige Askese mit einem zunehmenden Genuss an weltlichen Dingen koexistierten.

Die proteische Persönlichkeit bricht nur deshalb nicht unter der Last der immer größeren Vielfalt von Beziehungen, Informationen, und Anforderungen zusammen, weil sie diese nicht so bierernst nimmt, wie der Erwachsene mit einer traditionellen linearen Persönlichkeit. Die proteische Persönlichkeit ist ein dramaturgischer Mensch der seine Rollen wechselt. Einige Erziehungswissenschaftler und Soziologen sind deshalb bereits auf der Suche nach dem neuen Erwachsenen, der die Attribute verschiedener menschlicher Entwicklungsphasen in sich vereint. Die Zeitschrift *Psychologie Heute*, wenn man so will die Bunte der Psychoanalyse, bringt es auf den Punkt: *„Sind wir tatsächlich Drückeberger, die sich in eine immer kindlichere und kindische Welt flüchten? Sind wir verantwortungslosen Gesellen, die nur noch Spaß wollen und Pflichten ablehnen? Das Gejammer über die kindische Gesellschaft die Spaßkultur hat etwas Rückwärtsgewandtes. Denn die Menschen sind in Wirklichkeit heftig auf der Suche nach dem „neuen Erwachsenen“. Statt sie in dieser Experimentierphase durch konservatives Lamento zusätzlich zu verunsichern, sollten die Bedenkenträger umdenken und dabei helfen die fehlende Bedienungsanleitung fürs Erwachsensein zu erstellen.“*

Die Anrufung der Individuen als Subjekt ihrer eigenen Selbstverwirklichung ist nicht automatisch eine bürgerlich-

Menschen interpretieren die Bedingungen, die ihrer Existenz vorgegeben sind, als ein Verhältnis, das sie selbst beherrschen und gewollt haben.

liberale Ideologie. Mit Blick auf die Theorie von Laclau sollten wir festhalten, dass es eine solche automatische klassenspezifische Konnotation von Ideologie nicht gibt. Darüber hinaus verfügt der Diskurs über einen harten materiellen Kern. Durch die drastischen Veränderungen in den Produktionsverhältnissen des flexiblen Kapitalismus werden in der Tat alle früheren Werte und Traditionen verdampfen. Ähnlich wie Marx es für den heraufziehenden Industriekapitalismus beschrieben hat, gehen wir heute davon aus, dass der flexible Kapitalismus die Organisationsformen, Widersprüche, Werte, Lebensformen und Institutionen des vergangenen Kapitalismus auflösen wird. Moderne Sozialisten sollten der „entschiedenste immer weitertreibende Teil“ dieser Entwicklung sein. Mit der Entwicklung des vernetzten, flexiblen Kapitalismus vermehrt sich das proteische Bewusstsein der Menschen, die in ihm leben und arbeiten.

Wir sehen in der Aufnahme wichtiger Bestandteile des Diskurses von der proteischen Persönlichkeit eine Chance zur Wiederbelebung der sozialistischen Idee in Westeuropa. Wie bereits erwähnt litt sowohl der sozialdemokratische Klassenkompromiss in den kapitalistischen Zentren, als auch der autoritäre Kommunismus im Ostblock an der Verstaatlichung der gesellschaftlichen Selbstverwaltung. Eine zentrale Schlussfolgerung daraus lautet, man kann eine Ausweitung der demokratischen Rechte nicht ins Auge fassen

ohne gleichzeitig die Subjekte zu produzieren, die sie wahrnehmen könnten. Andernfalls erstarrt man bestenfalls in Stellvertreterdemokratie oder schlimmstenfalls in autoritären Zwangssystemen. Nur wenn es gelingt, dass sich die Menschen mit ihren Fähigkeiten den steigenden Anforderungen durch Informations- und Kommunikationstechnologien, durch komplexe menschliche Beziehungsmuster durch globale Vernetzung etc. stellen und diese Entwicklung in Arbeit, Freizeit, Bildung und persönlicher Verbindung gestalten wollen, ist eine Vision einer gesellschaftlichen Selbstverwaltung überhaupt zu denken. Wenn die Menschen – die in der jetzigen Zeit nach Orientierung suchen, sich immer wieder Fragen, „Wer bin ich“, „Wohin gehe ich?“, „Wo ist mein Platz?“ – als Subjekt ihrer eigenen Selbstverwirklichung gestärkt werden können, wenn es gelingt, den Zusammenhang von individueller Freiheit und Sicherheit mit schöpferischer kollektiver Planung wieder ideologisch zu verdichten, dann könnten Werte und Symbole der sozialistischen Idee vielleicht wieder in den Köpfen der Menschen neu gedacht werden.

spw

Ein Anrufungssystem, das allein auf die Ebene der Produktionsverhältnisse ausgerichtet ist, zielt ins Leere, weil die wirklichen Widersprüche nicht artikuliert werden.

Kongreß zur sozialen Lage in Deutschland

Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung
– was folgt daraus?–

8. September 2001 im Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin

- 10:00 Uhr Eröffnung durch Andrea Nahles, MdB, Vors. Forum DL 21
- Claus Schäfer (WSI): Die soziale Lage nach drei Jahren rot/grün, anschl. Diskussion
Diskussionsleitung: Andrea Nahles, MdB
- Kaffeepause
- 11:30 Uhr Podiumsdiskussion Zukunft in Arbeit
- Jens Oenicke, COO-Vorstand, Publiity AG, Berlin
Dr. Dittmar Staffelt, MdB
Prof. Dr. Brigitte Stolz-Willig, Fachhochschule Frankfurt/Main
Dr. Alexandra Wagner, Sozialwissenschaftlerin, Gelsenkirchen/Berlin
Diskussionsleitung: Detlev v. Larcher, MdB
- 12:15 Uhr Diskussion im Plenum
- Mittagspause
- 15:00 Uhr Barbara Stolterfoth (DPWV) und Heidemarie Wiczorek-Zeul (stellv. Vors. d. SPD)
im Gespräch mit den Sozialverbänden und gesellschaftl. Gruppen
Moderation: Barbara Dribbusch (taz)
- 17:00 Uhr Schlußwort

Kontakt: DL21, Büro Andrea Nahles MdB, Platz der Republik, 11011 Berlin, www.forum-dl21.de

Lebenslagen in Deutschland

Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

von Hans-Günter Bell & Alexander Recht

Der Deutsche Bundestag hatte der Regierung im Januar 2000 den Auftrag gegeben, einen Armuts- und Reichtumsbericht vorzulegen. Diesen Auftrag hat die Regierung im April 2001 mit der Vorlage des Berichts „Lebenslagen in Deutschland – Der erste Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung“ umgesetzt.

Trotz aller Mängel und Schwächen liegt mit diesem Bericht jetzt ein „höchst alarmierendes Dokument gesellschaftlicher Spaltung“ (so die Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Barbara Stolterfoht) vor, das hohe Aufmerksamkeit vor allem der politischen Linken verdient. Hierzu wollen wir ausgewählte Aussagen des Berichts kurz vorstellen und sie einer Kritik unterziehen. Wir haben uns hierbei auf die Kapitel zu Einkommen und Vermögen, Sozialhilfebezug, Steuerpolitik und Rente konzentriert. Abschließend unterbreiten wir Vorschläge zu den Konsequenzen aus dem Bericht, die von der Regierung leider nicht gezogen werden.

1. Aufbau und Inhalt des Berichtes

Der Bericht besteht aus zwei Teilen: Im ersten, deskriptiv-analytischen Berichtsteil wird die soziale Lage in Deutschland in neun Kapiteln beschrieben. Die Themen sind: (1) Einkommen, Vermögen und Überschuldung, (2) Soziale und ökonomische Situation von Personen im Bereich der Sozialhilfe, (3) Lebenslagen von Familien und Kindern, (4) Bildung, (5) Arbeitsmarkt, (6) Wohnen, (7) Gesundheitliche Situation und Pflegebedürftigkeit, (8) Behinderung und (9) Zuwanderung. Im zweiten Teil erläutert die Regierung ihre Politik und zeigt die seit dem Regierungswechsel ergriffenen Maßnahmen auf. Die Einzelthemen entsprechen denjenigen im ersten Teil.

a) Gravierende Unzulänglichkeiten der empirischen Grundlage

Die empirischen Grundlagen – vor allem im Bereich Einkommen und Vermögen – sind so unzulänglich, dass die Aussagen des Berichts in der Regel nur sehr grobe Schätzungen sind. Auch die Regierung weist vor allem im ausführlichen Materialband, auf diese Probleme hin, schenkt solchen Anmerkungen dann aber keine hinreichende Beachtung und geht nicht immer mit der erforderlichen Zurückhaltung und Sorgfalt an die Interpretation der Daten.



Ein weiteres grundsätzliches Problem des Berichts besteht darin, dass das Zahlenmaterial im Wesentlichen nur bis zum Jahr 1998. Es hätte der Regierung gut zu Gesicht gestanden, auch ihr eigenes Handeln im Lichte erster statistischer Ergebnisse zu bewerten, statt sich beste Noten zu attestieren, ohne den Erfolg ihrer Politik wirklich belegen zu können.

b) Armuts- und Reichtumsbegriff

Nach Auffassung der Regierung entziehen sich „Armut“ und „Reichtum“ aufgrund ihrer Vielschichtigkeit einer allgemeingültigen Definition, weshalb sie auf eine endgültige Festlegung verzichtet. Hinsichtlich der Armut orientiert sie selbst sich an der Definition des Rates der EG von 1984, nach der Personen, Familien und Gruppen als arm gelten, „die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“. [S. 7] Bei Anwendung dieses relativen Armutsbegriffs sind methodische Fragen zu klären. Der Bericht macht die Auswirkungen solcher methodischer Entscheidungen auf Umfang und Struktur der Armutsbevölkerung deutlich, weil er als Armutsgrenzen zum Vergleich acht verschiedene Varianten von Nettoäquivalenzeinkommen berechnet und damit eine große Bandbreite normativer Vorstellungen berücksichtigt. (Hierunter versteht man die Summe aller Nettoeinkommen im Haushalt, dividiert durch die Summe der Äquivalenzgewichte der Haushaltsmitglieder. Um das Wohlstandsniveau zwischen Haushalten unterschiedlicher Größe und Struktur vergleichen zu können, wird das verfügbare Netto-Haushaltseinkommen in Äquivalenzeinkommen umgerechnet. Hierzu können verschiedene Umrechnungs- bzw. Äquivalenzskalen verwendet werden, bei denen die einzelnen Haushaltsmitglieder unterschiedlich gewichtet werden.)

Um Armut in ihrem mehrdimensionalen Charakter zu erfassen, untersucht der Bericht neben Einkommen und Vermögen weitere Dimensionen, der Lebenslage einer Person: Bildung, Erwerbsstatus, Gesundheit, Wohnsituation,

Hans Günter Bell, geb. 1965, Stadtplaner, Student der Sozialwissenschaften an der GH Duisburg,
Alexander Recht, geb. 1970, Diplom-Kaufmann und Diplom-Handelslehrer, wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre an der RWTH Aachen, beide wohnen in Köln und sind aktiv in der AG „Umverteilen!“ sowie im Forum spw Rheinland

Familiensituation Das ist zu begrüßen. Monetäre Kategorien sind zwar die wichtigsten Faktoren für die sozialen Lage und wirken sich auf alle anderen Lebensbereiche aus. Eine Beschränkung auf diese Kategorien kann jedoch die vielfältigen Aspekte der Lebenslage nicht ausreichend erfassen. Hier liegt ein Vorteil des Regierungsberichtes z.B. gegenüber dem aktuellen Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands (vg. Hanesch, 2000), der sich auf die Einkommensarmut beschränkt.

Bei der Untersuchung des Reichtums beschränkt sich die Regierung auf eine Beschreibung der Einkommens- und Vermögensverteilung und versucht, einen ungefähren Eindruck über diese hohen Einkommen und Vermögen zu vermitteln. Dazu wird das obere Einkommenssegment exemplarisch anhand zweier Abgrenzungen analysiert: Untersucht werden die MillionärInnen und – in Analogie zur Gruppe der relativ Einkommensarmen, die weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommen beziehen – diejenigen, deren Einkommen das Doppelte des Durchschnitts übersteigt.

Leider stehen die Ausführungen zu Armut und Reichtum unverbunden nebeneinander. Ursächliche Zusammenhänge zwischen dem Vorhandensein von Arm und Reich werden weder benannt noch untersucht. Im Verständnis der Regierung scheint es einen solchen Zusammenhang nicht oder nur in der Form zu geben, dass Reichtum eine Stimulanz für Fleiß und Wirtschaftswachstum sei und dadurch letztlich alle vom Reichtum der wenigen profitierten. Hier liegt ein wesentlicher Mangel des Berichts.

c) Einkommen

Der Bericht stellt bei einer Betrachtung aller Haushalte in den alten Bundesländern für den Zeitraum von 1973 bis 1998 eine deutliche Zunahme der Ungleichheit der Marktäquivalenzeinkommen (Hierunter versteht man die Summe aller Markteinkommen im Haushalt, dividiert durch die gewichtete Zahl der Haushaltsmitglieder.) fest. Die Ursachen hierfür sieht er im „Anstieg der Arbeitslosigkeit und der demografisch bedingt steigenden Zahl der Haushalte mit keinem oder nur geringfügigen Markteinkommen“. [S. 22] Wir wollen ergänzend noch auf die Entwicklung der Nettoealeinkommen hinweisen: Während sie zwischen 1973 und 1998 im Durchschnitt aller Haushalte um (preisbereinigt) etwa 38% angestiegen sind, blieb der Zuwachs bei den 10% der Haushalte mit den geringsten Einkommen auf 20% begrenzt, ein Rückstand von immerhin 18 Prozentpunkten. Dieser Rückstand erklärt sich u.a. durch die Probleme der Gewerkschaften, Verbesserungen für die unteren Tarifgruppen durchzusetzen, und durch die Zunahme prekärer Beschäftigung und Teilzeitstellen.

In der Vergangenheit lag ein wichtiger Erfolg der sozialstaatlichen Umverteilung (sowohl durch Transfereinkommen als auch durch die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) in der deutlichen Reduzierung dieser Ungleichheit. Die ausgleichenden Effekte dieser Umverteilung sind im Zeitverlauf allerdings schwächer geworden – eine unmittelbare Folge des Sozialabbaus.

Die Ungleichheit der Marktäquivalenzeinkommen fiel in den neuen Ländern noch höher aus und stieg von 1993 bis 1998 deutlich an. Da die Einkommenssituation in den neuen Ländern gerade im unteren Bereich durch staatliche Eingriffe wesentlich stärker korrigiert wird als in den alten, fällt die Sekundärverteilung, also die der Net-

toäquivalenzeinkommen, in den neuen Ländern jedoch wesentlich gleichmäßiger aus als in den alten.

Weitere Ergebnisse des Berichts:

- Je nach Berechnungsmethode waren 1998 in den alten Ländern zwischen 6,6% und 20% der deutschen Bevölkerung (also ohne Ausländer) einkommensarm; dies waren zwischen 3,9 Mio. und 11,9 Mio. Personen. In den neuen Ländern lag der Anteil des unteren Einkommensbereichs – unter Zugrundelegung des ostdeutschen Einkommensniveaus – zwischen 2,8% und 11,9%; dies waren zwischen 0,5 Mio. und 1,8 Mio. Personen.
- Relative Einkommensarmut nahm in den alten Ländern seit Beginn der 80er Jahre kontinuierlich zu. Für die neuen Länder zeigten sich dann, wenn die Grenzen auf die jeweiligen ostdeutschen Mittelwerte bezogen wurden, wesentlich geringere, aber steigende Werte.
- Auf der Grundlage des Bruttoeinkommens gab es 1995 in Deutschland 27.230 EinkommensmillionärInnen, davon waren 76% Selbstständige und 24% abhängig Beschäftigte. Unter Berücksichtigung der Steuern, Abgaben und staatlicher Transfers gab es Deutschland 12.707 Netto-EinkommensmillionärInnen. Der Anteil der abhängig Beschäftigten war mit 19% im Vergleich zum Bruttoergebnis deutlich geringer.
- Wird das Doppelte des durchschnittlichen Bruttoeinkommens als Abgrenzung gewählt (also 133.646 DM), steigt die Zahl der Reichen sprunghaft an: Etwa 2 Mio. Steuerpflichtige zählen dazu, wobei nun die abhängig Beschäftigten mit 74% dominieren. Hinsichtlich des Netto-Einkommens (85.047 DM) gab es noch gut 1,9 Mio. Personen in dieser Gruppe. Der Anteil der abhängig Beschäftigten erhöhte sich im Vergleich zum Bruttoergebnis leicht auf 77%.

d) Vermögen

Verzinsliches Geldvermögen und Immobilien summierten sich nach Abzug der Bau- und Konsumschulden gemäß den Ergebnissen der EVS 1998 auf ein Nettovermögen in Höhe von durchschnittlich 254.000 DM je Haushalt in den alten und 88.000 DM in den neuen Ländern. (Auch hier ist wieder zu beachten, dass die wirklich Einkommensreichen, denen auch ein hohes Vermögen unterstellt werden kann, nicht erfasst sind.) Hinter diesen Durchschnittsbeträgen stand eine erhebliche Ungleichverteilung: 1998 waren in den alten Ländern etwa 42% des Privatvermögens im Besitz der vermögendsten 10% der Haushalte, während den unteren 50% der Haushalte nur 4,5% des Vermögens gehörten. In den neuen Ländern war die Ungleichheit noch größer. Zu beachten ist, dass diese sehr stark von Immobilienvermögen beeinflusst wurde, worüber jedoch nur 49% der Haushalte in den alten und 34% der Haushalte in den neuen Ländern verfügten.

Bereits diese Ergebnisse belegen, dass das Vermögen in Deutschland sehr ungleichmäßig verteilt ist. Hinzu kommt, dass sie sich nur auf das Privatvermögen im engeren Sinne beziehen. Langlebige Konsumgüter, Betriebsvermögen, Bargeld und Guthaben auf Girokonten sind darin grundsätzlich nicht enthalten. Diese Abgrenzung des Privatvermögens erlaubt keine umfassenden Aussagen über die Vermögensverteilung im weiteren Sinne – was der Bericht in

*Reicher Mann und armer Mann /
standen da und sah'n sich an. / Und
der Arme sagte bleich: / Wär' ich
nicht arm, wärst Du nicht reich.“*
(Bert Brecht)

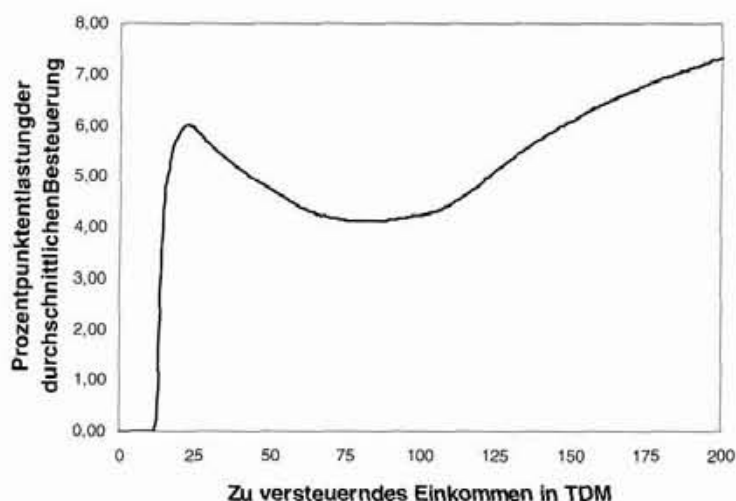


Abbildung 1: Prozentpunktentlastung der durchschnittlichen Besteuerung

Quelle: www.bundesfinanzministerium.de, eigene Berechnungen.

einem Nebensatz auch zugibt (vgl. S. 44). Des Weiteren ist zu beachten, dass „beim steuerlichen Gesamtvermögen privater und betrieblicher Grundbesitz erheblich unter dem Marktwert mit starren Einheitswerten angesetzt wird, Schulden dagegen voll abgezogen sind.“ [S. 65] Zinn stellt völlig zu Recht die Frage, „ob die Auslassung der Produktivkapitals in der Beschreibung der Vermögensverteilung, die aus technischen Gründen nicht erfassten sehr hohen Vermögen sowie die Ausblendung des Problems der Steuerhinterziehung nicht bedeuten, dass durch die damit bedingte Unterschätzung der Reichtumskonzentration nicht einer verharmlosenden Betrachtung Vorschub geleistet wird.“ (vgl. Zinn 2001, S. 24)

Womit die Regierung bei all diesen Schwächen die Aussage begründet, „dass die Verteilung des Privatvermögens in Westdeutschland langfristig tendenziell gleichmäßiger geworden ist“ [S. 51], bleibt ihr Geheimnis.

e) Sozialhilfebezug

In Deutschland bezogen Ende 1998 rund 2,9 Mio. Personen Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU); die Sozialhilfequote betrug 3,5%. Darunter waren 1,1 Mio. Kinder unter 18 Jahren; bezogen auf die Bevölkerungsgruppe der unter 18-Jährigen entspricht dies 6,8%. Das mit Abstand höchste Sozialhilferisiko hatten mit 28,1% Haushalte allein erziehender Frauen.

Der durchschnittliche Bedarf im Rahmen der HLU betrug im Jahr 2000 für allein Lebende in den alten Ländern einschließlich Kaltmiete, Heizkosten und einmaligen Leistungen 1.202 DM (1.065 in den neuen Ländern) und für ein Ehepaar mit zwei Kindern 2.968 DM in den alten Ländern (2.758 DM in den neuen Ländern).

Die wichtigsten Ursachen für den Bezug von HLU sind Arbeitslosigkeit und unzureichende Erwerbseinkommen. Da bei BezieherInnen unterer Einkommen die Lohnersatzleistungen bei Arbeitslosigkeit häufig nicht zur Deckung des notwendigen Lebensbedarfs reichen, waren Ende 1998 in den alten Ländern 37% und in den neuen 56% der HilfebezieherInnen im erwerbsfähigen Alter arbeitslos gemeldet. Auch geringe Verdienste reichen nicht immer für den Lebensunterhalt und müssen durch Sozialhilfe ergänzt werden. So ist in den alten Ländern der Anteil der Erwerbstätigen an den HLU-BezieherInnen im erwerbsfähigen

Alter in den letzten Jahren stetig angestiegen und hatte 1998 8,6% erreicht.

In der öffentlichen Debatte wird die Frage kontrovers bewertet, ob die Zahl der SozialhilfebezieherInnen ein Armutsindikator ist. Die alte Regierung verneinte dies: Sozialhilfe sei „bekämpfte Armut“, wer die ihm zustehenden Leistungen in Anspruch nehme, sei nicht mehr arm – so der damalige Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer in seiner Antwort auf eine Anfrage der SPD-Fraktion (Vgl. Bundestags-Drucksache 13/1527, S. 1). Und die Schröder-Regierung?

„Häufig wird in der öffentlichen Diskussion Sozialhilfebezug fälschlicherweise mit Armut gleichgesetzt. (...) Eine länger dauernde Angewiesenheit auf Sozialhilfe kann aber zu einem Leben auf unterem Lebensstandard führen, das mit Einschränkungen verbunden sein kann.“ [S. 74, Hervorhebung d. V.]

Barbara Stolterfoht wirft dem Bericht daher zu Recht „fehlende bis schönfärbische Aussagen zur Lebenssituation von SozialhilfebezieherInnen“ vor. Zwar werde viel über die Ursachen von Sozialhilfebezug und zur Entwicklung der Empfängerzahlen ausgesagt, kein Wort werde jedoch der Tatsache gewidmet, dass Sozialhilfe heute nicht mehr vor Armut und Ausgrenzung schütze. Um wenigstens die gesellschaftliche Teilhabe auf einem minimalen Niveau abzudecken, müsse der Eckregelsatz der Sozialhilfe aktuell um 7,8% angehoben werden.

Zudem nehmen nicht alle Haushalte ihren Anspruch auf Sozialhilfe wahr. Die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellte Studie „Verdeckte Armut in Deutschland,“ (vgl. Neumann/Hertz 1998.) beziffert ihre Zahl für das Jahr 1995 mit 2,8 Mio. Personen. Auf 100 EmpfängerInnen von HLU kamen also 110 verdeckte Arme. Hätten alle Berechtigten ihre Ansprüche geltend gemacht, hätte HLU in Höhe von zusätzlich 4,478 Milliarden DM gezahlt werden müssen. Obwohl diese und andere Untersuchungen vorliegen, drückt sich die Regierung vor diesem Problem: Das Ausmaß der Nicht-Inanspruchnahme und die Gründe dafür seien nicht umfassend erforscht.

f) Steuerpolitik

Die Bundesregierung stellt sich in Bezug auf ihre Steuerpolitik ein hervorragendes Zeugnis aus. Sie habe „soziale Gerechtigkeit wieder zu einer Kategorie der Steuerpolitik gemacht.“ [S. 220] Von besonderer Bedeutung seien dabei die Änderungen des Grundfreibetrags und des Eingangssteuersatzes.

Der Eingangsteuersatz wurde von 25,9% (1998) auf heute 19,9% abgesenkt und wird bis 2005 – laut Plan – bis auf 15% sinken. Der steuerfreie Grundfreibetrag wurde von 12.300 DM (1998) auf heute 14.000 DM erhöht und soll 2005 bis auf 15.000 DM erweitert werden. Beide Maßnahmen entlasten in der Tat die unteren Einkommensgruppen. Ein Vergleich des alten Steuertarifs (bis 1998) mit dem geplanten im Jahre 2005 ergibt, dass die Steuerlast gering verdienender ArbeitnehmerInnen mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von z.B. 25.000 DM durch diese Maßnahmen von 3.433 DM auf 1.955 DM pro Jahr, mithin um 1.478 DM reduziert wird. Der Durchschnittssteuersatz wird also für diese Einkommen von 13,7% auf 7,8% sinken. Diese Entlastung um 5,9 Prozentpunkte ist zu begrüßen.

Allerdings handelt es sich beim Eingangsteuersatz um einen Grenzsteuersatz. Grenzsteuersätze geben die Steuerlast an, die zusätzlich anfällt, wenn das jeweilige Einkommen um 1 DM steigt. Nicht nur die Anhebung des

steuerfreien Grundfreibetrags, sondern auch die Absenkung des Eingangssteuersatzes senkt den Durchschnittssteuersatz aller SteuerzahlerInnen, also auch der einkommensstarken. Selbst dann, wenn die Bundesregierung den Spitzensteuersatz konstant gelassen hätte, wäre die absolute Entlastung bei den höheren Einkommen immer noch am größten gewesen. Stattdessen hat sie jedoch als zusätzliche Entlastung der höchsten Einkommen auch den Spitzensteuersatz gesenkt, und zwar von 53% auf zunächst 48,5%. 2005 soll sogar ein Niveau von nur noch 42% erreicht werden.

Vergleicht man nun je nach zu versteuerndem Einkommen die Minderung des Durchschnittssteuersatzes in Prozentpunkten, so ergibt sich folgendes Bild:

Bis zum alten steuerfreien Existenzminimum in Höhe von 12.300 DM gibt es keine Entlastung. Von diesem Wert an bis zu einem zu versteuernden Einkommen von etwa 22.000 DM nimmt die Entlastung bei der durchschnittlichen Besteuerung zu. Im Bereich zwischen 22.000 DM und 80.000 DM wird die durchschnittliche Steuerbelastung zwar auch verringert, aber die Entlastung nimmt mit zunehmendem zu versteuerndem Einkommen ab. Ab einem zu versteuernden Einkommen von etwa 85.000 DM steigt die Entlastung wieder .

Damit zeigt sich, dass die reichsten EinkommensbezieherInnen hinsichtlich ihrer durchschnittlichen Steuerbelastung die stärkste prozentuale Minderung genießen. Hinzu kommt , dass sie über bessere Möglichkeiten verfügen, das zu versteuernde Einkommen durch Abschreibungen zu senken. Mittlere Einkommensschichten hingegen, also auch sozialdemokratische Stammwähler im Facharbeitermilieu, werden vergleichsweise gering entlastet.

Steuersystematisch könnte man zwar argumentieren, dass dieser Effekt durch die Glättung des „Waigel-Knicks“, im Grenzsteuertarifverlauf unvermeidbar gewesen sei. Gerade weil aber Senkungen des Eingangssteuersatzes und Anhebungen des Steuergrundfreibetrages alle SteuerzahlerInnen entlasten, hätte eine Politik der Umverteilung dies um eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes ergänzen müssen. Doch die Bundesregierung unterlässt diese Maßnahme.

Dies hat zur Folge, dass die gesamte Steuerreform bis zum Jahre 2005 eine Deckungslücke von 93,4 Mrd. DM hinterlässt. Die Gegenfinanzierungen sind bekannt: Sozialabbau sowie Ausgabenkürzungen, die insbesondere Arme treffen. Als Beispiel hierfür sei an dieser Stelle angeführt, dass die Bemessungsgrundlage für die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitslosenhilfe-BezieherInnen von 80% des vor der Arbeitslosigkeit bezogenen Bruttoentgelts auf den Zahlbetrag der Arbeitslosenhilfe (53% des

vorherigen Nettoentgelts) gesenkt wurde, was erhebliche Leistungsminderungen in der Rente zur Folge hat.

Wenn die Bundesregierung im Armuts- und Reichtumsbericht formuliert: „Die Ungleichheit der Einkommen ergibt sich aus dem Marktprozess. Sie wird allerdings durch Transferleistungen einerseits sowie Steuern und Sozialversicherungsbeiträge andererseits wesentlich reduziert“ (S. XVI), gibt dies nur die halbe Wahrheit wieder. Vollständig wird das Bild erst, wenn angegeben wird, wie sich die primäre Einkommensverteilung zwischen Lohnarbeit und Kapital durch die staatliche Umverteilung geändert hat. Hierbei dürfen dann nicht nur isolierte Effekte der Steuerreform Gegenstand sein, sondern auch die Effekte der Mehrwertsteuer, der Ökosteuer, des Sparpakets, der Sozialabgaben..

Im Jahre 1999 betrug die strukturbereinigte Brutto-lohnquote 72,7% gegenüber einer Bruttogewinn- und Vermögenseinkommensquote von 27,3% (Primärverteilung). Nach der sozialstaatlichen Umverteilung betrug der Anteil der Nettolöhne und -gehälter am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte 43,0%, jener der monetären Sozialleistungen 26,1% und jener der Gewinn- und Vermögenseinkommen 30,5% (Sekundärverteilung). (Vgl. Schäfer 2000, S. 746.)

Es ist also falsch , dass die Ungleichheit in der Primärverteilung zwischen Lohnabhängigen und den BezieherInnen von Gewinn- und Vermögenseinkommen durch die sozialstaatliche Umverteilung prinzipiell verringert würde. Der Anteil der Netto-Gewinn- und Vermögenseinkommen am verfügbaren Volkseinkommen ist vielmehr größer als der Anteil der Brutto-Gewinn- und Vermögenseinkommen am Volkseinkommen vor der Umverteilung. Sozialleistungen werden vor allem von den ArbeitnehmerInnen finanziert.

Auch der Hinweis, dass im Jahre 1999 der Anteil der Gewinn- und Vermögenseinkommen nach Umverteilung um 0,2 Prozentpunkte geringer und jener der SozialleistungsempfängerInnen um 0,2 Prozentpunkte höher lag als noch 1998 , ändert nicht, dass Umverteilung auch unter der rot-grünen Regierung im Wesentlichen innerhalb der Arbeiterklasse stattfindet. Die Behauptung , dass die Ungleichheit der Einkommen, die sich aus dem Marktprozess ergibt, durch Transferleistungen einerseits sowie Steuern und Sozialversicherungsbeiträge andererseits wesentlich reduziert werde, ist ungenau:

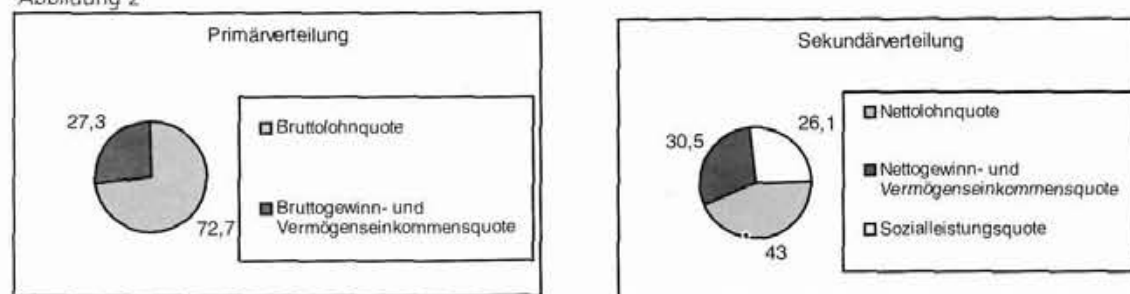
Die auf die gesamte Bevölkerung bezogene Ungleichheit wird zwar im Rahmen sozialstaatlicher Umverteilung

„Das Gejammer über die Grenzen des Sozialstaats wird von Jahr zu Jahr unglaubwürdiger und unerträglicher: Geld ist genug da, und es vermehrt sich in rasender Geschwindigkeit.“
(Wolfgang Belitz)

Abbildung 2: Primärverteilung und Sekundärverteilung in 1999

Quelle: Schäfer, Claus: Privater Reichtum um den Preis öffentlicher und privater Armut? Die Verteilungsentwicklung in 1999 und den Vorjahren, in: WSI-Mitteilungen 11/2000, S. 746.

Abbildung 2



erfolgreich reduziert; die Ungleichheit in der Primärverteilung zwischen Einkommen aus abhängiger Erwerbsarbeit und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wird jedoch durch den Sozialstaat tendenziell auf die Sekundärverteilung reproduziert (Vgl. Bischoff, /Lieber 2001, S. 9 f.). Letzteres zu ändern bleibt eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe.

g) Rente

Über ihre Rentenreform schreibt die Regierung: „Auch die nachhaltige Sicherung der Alterseinkommen und die Stabilisierung der Sozialversicherungsbeiträge sind ein zentrales Ziel der Bundesregierung.“ [S. XIX] Auch dies ist nur die halbe Wahrheit: Gesichert werden nur die Rentenversicherungsbeiträge der Arbeitgeber. Die Arbeitnehmer werden bei der Finanzierung der Rente belastet, indem ihre Beiträge von 11,8% auf 15% steigen (Vgl. Steffen 2001).

Auf der Leistungsseite wird das Nettorentenniveau von 69% auf 64,3% gesenkt. Dieser Sozialabbau soll durch Förderung kapitalgedeckter Vorsorge kompensiert werden: „Im Ergebnis werden diese beiden Alterseinkommen ein

höheres Absicherungsniveau gewährleisten als es heute allein durch die gesetzliche Rente möglich ist.“ [S. XX] Dieses Plus an Absicherungsniveau soll nur 215 DM pro Monat im Jahre 2030 betragen, wird jedoch durch Nettoeinkommenseinbußen um 2 Prozentpunkte für die Gesamtdauer der Beitragsjahre finanziert! Geringes Leistungsplus und deutliche Mehrbelastung bei der Finanzierung stehen in einem Miss-

verhältnis. (Vgl. Steffen, Johannes: Tatsachen zur rot-grünen Renten-„Reform“, <http://www.barkhof.uni-bremen.de/kua/memo/docs/m0012.pdf> (Stand: 18.01.2001). 215 DM in 2030 entsprechen übrigens unter Annahme einer durchschnittlichen jährlichen Inflationsrate von 1,5% einem heutigen Betrag von etwa 140 DM.)

Zudem bleibt zweifelhaft, ob die Riestersche Reform der Rente überhaupt ein Leistungsplus erzielt, denn die vorausgesetzte Rendite der Privatvorsorge von 4% p.a. muss in der Realwirtschaft verdient werden. Die zu verteilende Masse ist aber beim Kapitaldeckungs- nicht höher als beim Umlageverfahren, zumal bei Privatanlagen die Kapitalverwaltungsstellen die Renten um ihren eigenen Profit kürzen. Zudem gilt: Die mit der Kapitaldeckung erhoffte Wachstumssteigerung ist unwahrscheinlich (Vgl. hierzu Krupp 1997, S. 293), wegen des ungleichen Verhältnisses von Kapitalanlage und -auflösung drohen Entwertungsgefahren der Anlagen (Vgl. Zinn, 1999, S. 85), und bei Turbulenzen der Finanzmärkte sind die privaten Anlagen einem höheren Risiko ausgesetzt als Anwartschaften des umlagefinanzierten Rentensystems (Vgl. ebd., S. 86). Höchst problematisch ist, dass Privatanlagen höhere Risiken mit höheren Prämien bestrafen. Arme, Kranke und Frauen müssen tiefer in die Taschen greifen; Risiken wie Invalidität, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Kindererziehung werden durch private Anlageformen nicht berücksichtigt.

Die Einführung einer Kapitaldeckung ist falsch. Ärmere Personen werden trotz steuerlicher Förderung kaum Vorsorge treffen und geringere Renten erhalten als heute; mittlere EinkommensbezieherInnen werden kaum An-

derung bei den Renten erfahren, aber die steuerliche Förderung finanzieren dürfen; und wenige Reiche werden schließlich – am stärksten staatlich gefördert – rentable Anlagen tätigen, deren Rendite höher ist als die „Verzinsung“ beim Umlageverfahren. (Vgl. Welti 2001, S. 44 f.)

2. Was müsste aus diesem Bericht folgern?

Es wird nicht verwundern, dass die Stellungnahmen aus den Gewerkschaften kritisch waren: Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer forderte von der Regierung konkrete Maßnahmen, um die Verteilung der Vermögen, Einkommen und Lebenschancen zu verbessern auch Jürgen Peters (IG-Metall), kritisierte, dass sie aus der Analyse der ungleichen Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes keine politischen Schlussfolgerungen ziehe

Tatsächlich ist es unverständlich, dass die Regierung erst feststellt, wie ungleich Einkommen und Vermögen verteilt sind, um sich dann aller politischen Konsequenzen zu enthalten. Wir teilen Friedhelm Hengsbachs Verwunderung darüber, dass den EntscheidungsträgerInnen in dieser Situation nicht mehr einfällt „als der Verzicht auf die Vermögensteuer bzw. die Erwartung, dass die Vertreter der jungen Generation einen Teil des ererbten Vermögens den Ausgegrenzten und Armen freiwillig überlassen werden“ (Hengsbach 2001, S. 649). Statt den Armuts- und Reichtumsbericht als Ausgangspunkt einer öffentlichen Debatte über die Sozialpflichtigkeit des Eigentums im Allgemeinen und großer Vermögen im Besonderen zu nutzen, warnt die Regierung davor, „den in Deutschland vorhandenen Wohlstand und Reichtum (...) zu dämonisieren und Neiddiskussionen (...) Vor Schub zu leisten.“ [S. 3] Dieser immer wiederkehrende Vorwurf darf diejenigen nicht schrecken, die eine gerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen fordern. Wir sollten dem selbstbewusst eine fundierte Diskussion über die sozial-ethische Bedeutung einer gerechten, d.h. gleichmäßigeren Verteilung entgegenstellen. Wer Armut bekämpfen will, wird zwangsläufig die Interessen der Reichen (und Mächtigen) berühren.

Ob der Bericht zum „Kontrollinstrument“ für die Wirksamkeit der Regierungspolitik werden kann, wie es Konrad Gilges, Sprecher der Arbeitsgruppe Armut der SPD-Bundestagsfraktion, wünscht, wird die Zukunft zeigen. In den nächsten Jahren sollen zwar weitere Armuts- und Reichtumsberichte folgen. Umtatsächlich, die politischen Maßnahmen auf ihren Beitrag zur Bekämpfung der Armut und zur Verringerung der sozialen Spaltung zu überprüfen, müssen sie jedoch deutlich mehr Qualitäten entwickeln als der jetzt Vorliegende. Denn die Regierung hat erkennbar davor zurückgeschreckt, Informationen über den wirklichen Reichtum zusammenzutragen. Die zugrunde gelegten Daten bilden nur einen kleinen Teil der tatsächlichen Vermögen ab (Siehe u.a.: Rügemer 2000). Zukünftige Berichte werden nur wirklich Erhellendes zur Debatte beitragen können, wenn auf Seiten der Regierung die Bereitschaft entsteht, Konflikte mit den Reichen einzugehen, die sich bisher noch erfolgreich dagegen wehren, die Verhältnisse öffentlich werden zu lassen.

Noch in Oppositionszeiten zeigte die SPD-Bundestagsfraktion größeres Interesse: In einer Großen Anfrage zur Entwicklung der Vermögen und ihrer Verteilung (BT-Drucks. 13/3885) wollte sie Auskünfte über die Verlagerung von Vermögen ins Ausland, die Möglichkeiten von Selbständigen-Haushalte zur legalen und illegalen Steuervermeidung, mögliche Maßnahmen gegen spekulative Finanztransaktionen und die Steuerausfälle durch den Transfer von privatem

„Die Bestandsaufnahme und Analyse der Entwicklung in Deutschland bis 1998 macht in fast allen Lebensbereichen deutlich, dass soziale Ausgrenzung zugenommen und Verteilungsgerechtigkeit abgenommen hat.“

(Bericht der Bundesregierung)

Geldvermögen in das (benachbarte) Ausland erhalten. Diese Fragen, auf die sie damals unbefriedigende Auskünfte erhalten hatte, stellt sie heute erst gar nicht mehr.

Das unterstreicht, dass wir selbst die Initiative ergreifen, Vorschläge unterbreiten und daran mitwirken müssen, gesellschaftlichen Druck zu erzeugen.

(a) Ein erster bescheidener Fortschritt wäre, die folgenden Berichte durch unabhängige ExpertInnen erstellen zu lassen. Die Regierung sollte dann diesen Expertenbericht bewerten und zu ihm Stellung nehmen. Zudem sollte die Armuts- und Reichtumsberichterstattung auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Ist doch zu befürchten, dass die Neigung der Regierung, solche Berichte tatsächlich regelmäßig vorzulegen, um so mehr nachlassen könnte, desto mehr sie ihr Regierungshandeln kritisch gewürdigt sieht.

Gesellschaftlicher Druck muss darauf ausgerichtet sein, den Sozialstaat auszubauen und umzugestalten. Denn entgegen allen Unkenrufen ist der Sozialstaat ein erfolgreiches Instrument, um die dem Kapitalismus innewohnende gesellschaftliche Ungleichheit zu verringern (vgl. Zinn 2001, S. 22).

(b) Die Gewerkschaften müssen durch staatliche Maßnahmen unterstützt werden. Nur vitale Gewerkschaften sind in der Lage, die Ungleichheit der Primärverteilung zu verringern. Es gilt daher das Streikrecht zu verbessern und die Einhaltung von Flächentarifverträgen staatlich zu fördern, etwa durch Vergabegesetze bei staatlichen Aufträgen, die alle Anbieter zur Einhaltung von Qualitäts- und tariflichen Mindeststandards verpflichten. Eine effektive Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist unerlässlich, um Armut zurückzudrängen. Dies ist nicht ohne Abkehr von der neoliberalen Wirtschaftspolitik zu machen. Erforderlich sind Investitionsprogramme in Soziales, Ökologie, Bildung und Gesundheit, Ausdehnung öffentlicher Beschäftigung, deutliche Arbeitszeitverkürzung und Stärkung der Binnennachfrage über Anhebung staatlicher Sozialleistungen. Auch Arbeitsmarktpolitik ohne Repression ist wichtig.

(c) Die Regelsätze der Sozialhilfe müssen deutlich angehoben werden.

(d) Die gesetzliche Rentenversicherung muss auf Grundlage des Umlageverfahrens ergänzt werden durch eine Verbreiterung des Versichertenkreises auf Selbständige eine Wertschöpfungsabgabe sowie die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze bei unterproportionalem Anstieg der Höchstrente, um auch bei diskontinuierlichem Erwerbsverlauf größerer Teile der Erwerbsbevölkerung über angemessene Mittel zur Finanzierung der Renten zu verfügen.

(e) Um das Armutsrisiko innerhalb der Sozialversicherungssystem zu mindern, muss eine bedarfsorientierte Grundsicherung in alle Zweige der Sozialversicherungen eingeführt werden.

(f) Sozialstaatliche Leistungen sind auszudehnen, notwendig sind z.B. der Ausbau des ÖPNV, Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus, zusätzliche Kindergartenplätze für unter 3jährige und Hortplätze.

(g) Auch in der Finanzpolitik eine alternative Logik mit folgenden Maßnahmen notwendig: :

- Stärkere Besteuerung hoher Einkommen durch Anhebung des Spitzensteuersatzes.
- Wiedereinführung der Vermögensteuer unter Anwendung von Verkehrs- statt Einheitswerten.
- Anhebung der geltenden Erbschaftssteuersätze ebenfalls unter Anwendung von Verkehrswerten.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



- Entschiedene Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerverhinderung durch personelle Aufstockung der Finanzbehörden.

spw

Literatur:

- Belitz, Wolfgang: Sechs kurze Kommentare zum Thema Reichtum in Deutschland, in: Arbeitsgruppe „Umverteilen!“ (Hrsg.): Umverteilen! Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Dortmund 2000, S. 20
- Bischoff, Joachim / Lieber, Christoph: Gerechtigkeit im hochentwickelten Kapitalismus, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/2001, S. 1 – 30, hier: S. 9 f.
- Bundesregierung (Hrsg.), Armuts- und Reichtumsbericht Deutschland 2001, [soweit nicht anders vermerkt, beziehen sich die Seitenangaben auf den Regierungsbericht; römische Ziffern beziehen sich auf die Zusammenfassung, arabische auf den eigentlichen Bericht]
- Hanesch, Walter u.a.: Armut und Ungleichheit in Deutschland, hrsg. von der Hans-Böckler-Stiftung, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, Frankfurt 2000.
- Hengsbach, Friedhelm: Armut und Reichtum aus Regierungssicht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6/2001, S. 647 – 650
- Krupp, Hans-Jürgen: Ist das Kapitaldeckungsverfahren in der Alterssicherung dem Umlageverfahren überlegen?, in: WSI-Mitteilungen 5/1997, S. 293.
- Neumann, Udo / Hertz, Markus: Verdeckte Armut in Deutschland, Frankfurt 1998.
- Rügener, Werner: Vermögen in Deutschland: Wirklicher Umfang, Entstehung und (a)soziale Wirkung, in: AG „Umverteilen!“ (Hrsg.): Umverteilen! Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Dortmund 2000, S. 110 – 117
- Schäfer, Claus: Privater Reichtum um den Preis öffentlicher und privater Armut? Die Verteilungsentwicklung in 1999 und den Vorjahren, in: WSI-Mitteilungen 11/2000, S. 744 – 764, hier: S. 746.
- Steffen, Johannes: Tatsachen zur rot-grünen Renten-„Reform“, www.barkhof.uni-bremen.de/kua/memo/docs/m0012.pdf (vom: 18.01.2001).
- Welti, Felix: Was ist Generationengerechtigkeit?, in: spw. Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 117, 1/2001, S. 43 – 46, hier: S. 44 f.
- Zinn, Karl Georg: Sozialstaat in der Krise. Zur Rettung eines Jahrhundertprojekts, Berlin 1999, S. 85
- Zinn, Karl Georg: Gediegene Daten – problematische Rezepte. Zum „ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 6/2001, S. 20 – 29, hier: S. 23.

Freie Software

20 Thesen für eine andere Gesellschaft

Stefan Meretz

1. These: Denken. Die Freie Software denken heißt, jenseits der Marktwirtschaft denken.

Das Denken in Arbeit, Geld und Markt ist uns in Fleisch und Blut übergegangen. Freie Software ist darin nicht verstehbar. So erscheint unverständlich, dass Menschen etwas freiwillig tun ohne Geld dafür zu verlangen – von wem auch; dass die Hacker tun und lassen was sie wollen – und es kommt trotzdem etwas dabei heraus; dass sich jede/r Freie Software einfach nehmen kann – wo kommen wir denn da hin. Alle Versuche, diese Produktionsweise im Warenparadigma erklären zu wollen, scheitern. Die Hypothese von der „Aufmerksamkeits-Ökonomie“ wird nicht der letzte krampfhafteste Versuch sein.

2. These: Historie – Freie Software kommt aus der Wissenschaft.

Ende der Fünfziger waren die USA geschockt: Die UdSSR spottete per Sputnik aus dem All. Keynes musste ran: Mit Hilfe eines Programms zur Forschungsförderung sollte der imaginierte und der wirkliche (militär-) technologische Rückstand aufgeholt werden. Heraus kamen nicht nur das Betriebssystem Unix und das Internet, doch diese beiden Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung waren Voraussetzung für die Entstehung Freier Software.

3. These Wissenschaft. – Der Proprietär zersetzt die Wissenschaft.

Der wissenschaftliche Prozess lebt vom freien Austausch der Informationen, vom gesellschaftlichen Akkumulieren des Wissens. Wissenschaft ist damit nicht markt-

gänglich. Marktgängig sind nur Produkte, die knapp sind. Die verknappte Form gesellschaftlichen Wissens in Softwareform ist die proprietäre Software. Das ist Software, die einem Eigentümer gehört und anderen nicht. Proprietäres

Denken ist Standort-Denken. Jede Restriktion der gesellschaftlichen Wissensakkumulation ist standortlogisch funktional, doch systemlogisch dysfunktional. Aber das will keine/r mehr hören. Wenn einer im Kino aufsteht, sieht der gut. Wenn alle...

4. These: Freiheit. – Freiheit gibt es nur dort, wo Unfreiheit herrscht.

Der Begriff der Freien Software entstand erst mit der Exklusivierung gesellschaftlichen Softwarewissens. In heutiger Perspektive kann man natürlich auch sagen: Früher gab es nur freie Software. Damals machte das keinen Sinn. Aus der freien Software wurde Freie Software, weil unfreie, proprietäre Software entstand. Es war ein Akt der Verteidigung gegen die Einfriedung der Software-Allmende.



5. These: Geniestreich Nr. 1 – Aus Copyright wird Copyleft.

AT&T besaß die Rechte am Unix-Betriebssystem. Das lief der Firma auf, als sie zerschlagen wurde. Der Markt diktierte der Unix-Division: Nutze dein exklusives Verfügungsgewalt auch exklusiv. Wissenschaftler/innen konnten bis dahin mit dem Quellcode spielen. Nun sollten sie eine Nicht-Weiterverbreitungs-Erklärung (NDA) unterzeichnen, wenn sie Zugriff haben wollten. Diese Freiheitseinschränkung erzürnte Richard Stallman und andere sehr. Sie gründeten das GNU-Projekt. „GNU's Not Unix“ lautet die rekursive Abkürzung: GNU ist nicht Unix, sondern frei. Und besser. Der erste historische Geniestreich Freier Software bestand in der Schaffung einer Freien Softwarelizenz, der GNU General Public License (GNU GPL). Die GPL basiert auf dem Copyright, dreht deren Logik aber subversiv um: Software soll nicht exklusiv sein und nie wieder exklusiviert werden. Die GPL wird deswegen auch als Copyleft bezeichnet.

6. These: Softwarekrise – Unformalisierbares formalisieren.

Die Menschen-Welt ist informal und vielfältig-unbeschränkt. Software ist formal und algorithmisch-fixiert. Software zu entwickeln, bedeutet, Informales in Formales zu transformieren, Fließendes zu zementieren. Dabei kommt es auf die Perspektive der Formalisierer, Einschränker, Auswähler, Reduzierer, Zementierer und -innen an. Viele Entwickler/innen haben viele Perspektiven. Kommen gar noch Anwender- oder Auftraggeber/innen dazu, wird aus Softwareproduktion eine schier unschaffbare Herkulesarbeit. Ende der Sechziger Jahre war Hard- und Software-Technologie schließlich soweit: Die „Softwarekrise“ wurde konstatiert. Die Krise hält bis heute an, und die Antworten sind bis heute die gleichen geblieben: Das Chaos der Vielfalt muß in den Griff gebracht werden. Software solle nach klaren Methoden „ingenieurmäßig“ entwickelt werden.

7. These: Entwicklungsmodelle. – Formaler, definierter, hierarchischer – ingenieurmäßig.

Ingenieurmäßiges Vorgehen bedeutet, einen zu definierenden Problembereich nach formalen Kriterien aufzubereiten. Eine Lösung muss schrittweise top-down erarbeitet werden. Dabei scheint es „einfacher“ und „logischer“, Entscheidungsstrukturen zu Problemdefinition, Formalisierung und Konzeption zu hierarchisieren. Wie das Ingenieure eben so tun. Das entspricht der tayloristisch-fordistischen Produktionslogik, in der Mensch als Objekt und Rädchen im Getriebe verplant wird. Er darf dort nicht – oder nur in engen Bahnen – Individuum sein.

Die GPL basiert auf dem Copyright, dreht deren Logik aber subversiv um: Software soll nicht exklusiv sein und nie wieder exklusiviert werden.

Die Menschen werden dem physikalischen Ursache-Wirkungs-Prinzip der industriellen Maschinerie untergeordnet. Manchmal ist man heute schlauer.

8. These: Krise der Freien Software – Small is beautiful, but slow.

Die Freie Software wurde von der fordistischen Krise nicht verschont. Mit den überschaubaren GNU-Tools ging es ja noch relativ gut. Doch mit der zentralen Komponente des Betriebssystems, dem Kernel, haperte es. „Brooks Law“ schlug zu: lineare Zunahme der Personenzahl im Projekt bedeutet polynomial steigende Kommunikationsaufwände. Dieses Dilemma durch Hierarchie auszugleichen, bedeutet, den Teufel mit dem Beelzebub zu vertreiben. Also meinte das GNU-Projekt: Lass nur ein kleines Team am Hurd-Kernel hacken. Doch das dauert. Linux hat ihm inzwischen den Rang abgelassen. Linux, das sind ein paar Prozent des Betriebssystems – doch kennen fast alle nur noch diese Bezeichnung.

9. These: Geniestreich Nr. 2. – Individuelle Selbstentfaltung und kollektive Selbstorganisation.

Linus Torvalds stellte die fordistischen Dogmen intuitiv auf den Kopf. Anstatt die Kontrolle über jeden Schritt zu behalten, gab er sie aus der Hand. Neben das gängige Entwicklungsprinzip des „rough consensus – running code“ stellte er sein „release early – release often“. Grundlage des sogenannten Maintainer-Prinzips ist die individuelle Selbstentfaltung und die kollektive Selbstorganisation. Und natürlich die globale Vernetzung über das Internet. Die Selbstregulation ist entwaffnend einfach: Was funktioniert, das funktioniert. Die eigenen Bedürfnisse sind der Maßstab und die praktische Erfahrung: Die Entfaltung der anderen ist die eigene Entfaltungsbedingung.

10. These: Wertfreiheit. – Unknappes ist wertlos.

Selbstentfaltung und (Selbst-)Verwertung schließen sich aus. Die neue Produktionsweise braucht die strukturelle Wertfreiheit von Prozeß und Produkt. Dafür sorgt die GPL. Was woanders Hobby heißt, ist hier Spitze der Produktivkraftentwicklung. Freie Software ist unknapp und damit wertlos. Es muss schon Knappheit der Freien Software hinzugefügt werden, um mit ihr Geld zu verdienen: Karton, Buch, Service, Hardware etc. Auch Bill Gates macht inzwischen seinen Frieden mit Freier Software – nur gegen die GPL tobt er noch. Kein Wunder.

11. These: Antagonismus. – Arbeit und Kapital – zwei Aggregatzustände des Gleichen.

Die Traditionslinie kann sich ihren „antagonistischen Widerspruch von Arbeit und Kapital“ abschnüren. Praktisch hat sie das sowieso schon getan. Arbeit und Kapital sind Verschiedenes im Gleichen. Das Gleiche ist die kybernetische Selbstzweck-Maschine der Verwertung von Wert auf stets erweiterter Stufenleiter. Darin haben Kapital und Arbeit verschiedene Funktionen. Die Arbeit sorgt für den Wert, das Kapital für die Verwertung. Je flacher die Hierarchien, je kleiner der Betrieb, desto deutlicher vereinen sich beide Funktionen in einer Person. Auf die Freie Software geguckt wird klar: Der Antagonismus besteht zwischen Selbstentfaltung und Selbstverwertung. Nur außerhalb der kybernetischen Wertmaschine konnte sich die Freie Software entwickeln. Will Selbstentfaltung unbeschränkt sein, braucht sie einen wertfreien Kontext.

12. These: Produktivkraftentwicklung – Natur, Mittel und Mensch.

Obwohl oft behauptet: Produktivkraftentwicklung ist nicht Technikentwicklung. Die „Produktivkraft der Arbeit ist durch mannigfache Umstände bestimmt“ erklärt uns

Marx. Solcherlei Umstände entdeckte er viele: Naturbedingungen, technische Entwicklungen, die Kooperation der Arbeitenden, die Qualifikation, die Organisation der Arbeit, allgemeines Wissen etc. Statt eines dinglichen ist also ein Verhältnisbegriff erforderlich: Produktivkraftentwicklung ist das historisch sich ändernde Verhältnis von Natur, Mittel und Mensch bei der (Re-) Produktion des gesellschaftlichen Lebens. Ein klarer Begriff der Produktivkraftentwicklung hilft, die Freie Software zu verstehen.

13. These: Natur-Aspekt. – Die naturale Epoche personaler Herrschaft.

Jedes der drei Aspekte der Produktivkraftentwicklung ist in einer historischen Epoche dominant und bestimmt sie. Alle agrarischen Gesellschaften vor dem Kapitalismus gehören demnach zur naturalen Epoche. Die Bearbeitung des Bodens steht im Zentrum der (Re-) Produktion, Werkzeuge werden dabei nur mitentwickelt. Die *Vergesellschaftung* ist personal-konkret und herrschaftsförmig organisiert. Das bedeutet, dass die gesellschaftlichen Regulations-, Vermittlungs- und Verteilungsformen durch personale Herrschaft von Menschen über Menschen bestimmt sind.

14. These: Mittel-Aspekt – Die warenproduzierende Epoche abstrakter Herrschaft.

Die Arbeitsmittel-Revolution – auch industrielle Revolution genannt – bringt den Kapitalismus hervor. Güter werden hier in isolierter Einzelproduktion hergestellt. Erst der Markt vermittelt ihren Austausch. Sekundär kommt es zu den bedeutendsten Umwälzungen in der Landwirtschaft oder der Gewinnung von Bodenschätzen, die jedoch erst mit der Entwicklung der industriellen Produktion und der Naturwissenschaften möglich wurden. Die *Vergesellschaftung* wird nun durch die abstrakt-entfremdete Herrschaft der kybernetischen Wertmaschine strukturiert. Die Ironie der Geschichte: Der Kampf der Arbeiterbewegung gegen die Herrschaft des Menschen über den Menschen hilft bei ihrer Durchsetzung. Solidarität war das Mittel. Heute ist jeder einzeln seines Glückes Schmied in allgemeiner Entfremdung. Die Gesellschaft isolierter Warennomaden kommt auf den Punkt.

15. These: Mensch-Aspekt. – Die herrschaftsfreie Epoche der Selbstentfaltung des Menschen.

Die Geschichte ist nicht am Ende angelangt. In den Falten der Gesellschaft entsteht Neues. Der Mensch ist immer die Hauptproduktivkraft, meint Marx. – „an sich“. Die Entfaltung der Hauptproduktivkraft Mensch „für sich“, die Selbstentfaltung des Menschen, steht aus. Sie kündigt sich aber bereits an. Ihre Durchsetzung wird die abstrakt-entfremdete *Vergesellschaftung* aufheben und wieder personal-konkrete Vermittlungsformen etablieren – herrschaftsfrei und global vernetzt. Die Mittel dazu sind alle entwickelt. Die Vergesellschaftungsform ist die Widerspiegelung der Produktivkraftentwicklung. Die Keimformen der neuen Produktivkraftentwicklung bringt die neuen Widersprüche hervor. Die Selbstentfaltung der Hauptproduktivkraft Mensch als vernünftiger Selbstzweck ist mit dem irren Selbstzweck der kybernetischen Wertmaschine unverträglich.

16. These: Widersprüche – Der Neue im Gewande des Alten.

Auch die Kapitalfunktionäre haben die menschliche Individualität als ultimative Produktivkraft-Ressource ent-

Die eigenen Bedürfnisse sind der Maßstab und die praktische Erfahrung: Die Entfaltung der anderen ist die eigene Entfaltungsbedingung.

deckt. Und auch die Arbeitsfunktionierer, die abhängig Beschäftigten, entdecken neue Möglichkeiten der Entfaltung. Die zum Zerreißen gespannte Gemengelage hat Wilfried Glibmann auf den Punkt formuliert. Das Neue im Gewande des Alten hat das Motto: „Tut was ihr wollt, aber ihr müßt profitabel sein“. Kapital- und Arbeitsfunktion, Wertschaffung und Wertrealisierung rutschen zusammen, fallen in eine Person: „Die beiden Aspekte zerreißen mich geradezu, und ich erlebe dies als eine persönlich-sachliche Verstrickung“. Es gibt keine Auflösung: „Herrscher über die neue Welt ist nicht ein Mensch, sondern der Markt. (...) Wer seine Gesetze nicht befolgt, wird vernichtet.“ Treffender als Olaf Henkel hätte auch Marx die abstrakt-entfremdete totalitäre Herrschaft nicht illustrieren können.

17. These: Keimform. - Freie Software ist eine Keimform einer freien Gesellschaft. Bestimmende Momente einer freien Gesellschaft sind individuelle Selbstentfaltung, kollektive Selbstorganisation, globale Vernetzung und wertfreie Vergesellschaftung. All dies repräsentiert die Freie Software keimförmig. Das bedeutet: Freie Software „ist“ nicht die freie Gesellschaft sozusagen im Kleinformat, sie ist auch nicht „historisches Subjekt“ auf dem Weg zu einer freien Gesellschaft. Sie repräsentiert in widersprüchlicher und unterschiedlich entfalteter Weise die genannten Kriterien. Sie gibt damit die Idee einer qualitativ neuen Vergesellschaftung jenseits von Markt, Ware und Geld. Nicht mehr – aber auch nicht weniger.

18. These: Bewußtsein – Vom „an-sich“ zum „für-sich“

Es kommt darauf an, die Welt nicht nur zu verändern, sondern auch richtig zu interpretieren. Praktisch hat die Bewegung Freie Software neue Fakten jenseits des Marktes geschaffen. Dessen ist sie sich jedoch nur zum Teil bewusst. Die GPL schließt die Verwertung nicht direkt aus. Sie tut es indirekt, in dem sie der Knappheit den Boden

entzieht. Dies verleitet dazu, Freie Software auch wie ein verwertungsfähiges Gut zu behandeln, in dem man sie mit anderen knappen Gütern kombiniert. Damit wird hinterwärts hereingeholt, was vordergründig ausgeschlossen wurde: Abstrakte Arbeit als Selbstzweckveranstaltung zur Bedienung des „Terrors der Ökonomie“. Dabei ist Freie Software mehr: Sie ist GPL plus Selbstentfaltung – und Selbstentfaltung und Selbstverwertung schließen sich aus. Das ist schwer einzusehen, wo es doch nahe liegt, zu denken: Warum soll ich nicht mit dem Geld verdienen, was mir Spaß macht?

19. These: Verallgemeinern. – Die freie Gesellschaft denken.

Eine Garantie gibt es für gar nichts. Die Geschichte geschieht nicht im Selbstlauf. Am Kapitalismus gibt es nichts zu verbessern. Er ist dabei, sich zur Kenntlichkeit zu entwickeln: Die Totalisierung des abstrakten Verwertungsprinzips in allen Sphären des Lebens. Die abstrakte Arbeit zieht überall ein: Erziehungsarbeit, Beziehungsarbeit, Trauerarbeit. Wo alles Arbeit ist, herrscht nur noch das abstrakte und entfremdete Wertprinzip. Der Mensch ist nur noch Kostenfaktor. Ethik und ihre Kommissionen liefern Akzeptanz. Aber was tun, wenn nicht am Kapitalismus herumreformieren? Einfach: Dämme bauen und Schiffe bauen. Dämme bauen bedeutet, Erreichtes zu verteidigen, aber keinen Pfifferling zu geben auf den Kapitalismus. Schiffe bauen bedeutet, den Kapitalismus nicht nur gedanklich abzuhaken, sondern hier und heute Neues erfinden. Freie Software z.B., oder anderes.

20. These: Literatur und Links. Mehr lesen und kräftig streiten. spw

Literatur:

Folgende Texte beanspruchen, einige Gräben zwischen den Thesen zu füllen:
 Gruppe Gegenbilder (2000), Freie Menschen in freien Vereinbarungen, Projektwerkstatt Saasen, Internet: www.opentheory.org/proj/gegenbilder
 Meretz, S. (2000), Linux und Co. Freie Software – Ideen für eine andere Gesellschaft, AG-SPAK-Verlag, Internet: www.kritische-informatik.de/fsrevol.htm
 Meretz, S. (2000), „GNU/Linux ist nichts wert – und das ist gut so!“, in: Hoff, B., Sitte, P. (2001), Politikwechsel in der Wissenschaftspolitik?, Dietz Verlag, Internet: www.kritische-informatik.de/lxwertl.htm
 Meretz, S. (2001), Produktivkraftentwicklung und Aufhebung: Die „Keimform-Hypothese“ im Diskurs, in: Streifzüge 2/2001, Context Wien, Internet: www.kritische-informatik.de/pkeaufhl.htm
 Schlemm, A., Meretz, S. (2000), Zwischen Selbstverwertung und Selbstentfaltung. Zum neuen Charakter dezentral-vernetzter Produktionsweisen, Internet: www.kritische-informatik.de/paq_fsl.htm

Weitere Quellen:

Henkel, H.-O. (1996), Süddeutsche Zeitung, 30.05.1996
 Kurz, R. (1999), Schwarzbuch Kapitalismus: Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft, Eichborn-Verlag
 Marx, K. (1976/1890), Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Frankfurt/Main: Verlag Marxistische Blätter. Identisch mit Marx-Engels-Werke, Band 23, nach der von Friedrich Engels 1890 in Hamburg herausgegebenen vierten Auflage
 Spehr, C. (1999), Die Aliens sind unter uns! Herrschaft und Befreiung im demokratischen Zeitalter, Goldmann-Verlag.
 Weinhausen, H. (2001), Vom Dämmebau und Schiffbau, Beitrag im Workshop „Reibung erzeugt Wärme. Von der Verknüpfung des Widerständigen mit dem Perspektivischen“ auf der 1. Oekonux-Konferenz, vgl. www.oekonux-konferenz.de/programm/db/ox_event_03.html.

Link-Hinweise:

GNU-Projekt: www.gnu.org
 Projekt Oekonux (Ökonomie & GNU/Linux): www.oekonux.de
 Projekt open theory: www.opentheory.org
 Kritische Informatik: www.kritische-informatik.de

Bestimmende Momente einer freien Gesellschaft sind individuelle Selbstentfaltung, kollektive Selbstorganisation, globale Vernetzung und wertfreie Vergesellschaftung. All dies repräsentiert die Freie Software keimförmig.



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Der Beitrag entstand im Zusammenhang mit der vom WSI in der Hans Böckler Stiftung 1999/2000 durchgeführten Projekt „Ehrenamt und Erwerbsarbeit – Zeitbalance oder Zeitkonkurrenz?“. (Klenner/Pfahl/Seifert 2001). Es wurde vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Qualifikation und Technologie (MASQT) des Landes NRW gefördert.

Die ehrenamtliche Tätigkeit von Frauen ist anders als die von Männern. Sie bringt oft wenig Ehre aber jede Menge wenig anerkannte Arbeit ein. Es ist der Verdienst von Notz (1989, 1998), Backes (1987), Reihls (1995) und einigen anderen, das weibliche „Ehrenamt“ ins Blickfeld gerückt zu haben. Im Ergebnis einer umfangreichen empirischen Studie können wir heute für die von uns untersuchte Gruppe der abhängig Beschäftigten bestätigen: Nahezu alle Befunde sind geschlechtsspezifisch differenziert. In einem aber entsprechen sich Frauen und Männer: Beide sind an einer ehrenamtlichen Betätigung gleichermaßen interessiert.

Der Blick in unserem Forschungsprojekt richtete sich allerdings nicht auf das Ehrenamt schlechthin, sondern auf das Engagement von Erwerbstätigen. Anliegen war nicht, das weibliche Ehrenamt in seiner ganzen Breite zu betrachten, also auch das von Haus- oder Familienfrauen. Ebenso war es nicht unser Anliegen, ehrenamtliches Engagement als Alternative zur bezahlten Arbeit zu diskutieren, sondern – in bewusster Abgrenzung zu Konzepten wie der „Bürgerarbeit“ – die Bedingungen zu untersuchen, unter den das *Nebeneinander* unbezahlter ehrenamtlicher Tätigkeit und bezahlter beruflicher Arbeit bei Erwerbstätigen gelingt. Ziel war, mehr darüber zu erfahren, wie Ehrenamtliche, die zugleich einer beruflichen Tätigkeit nachgehen, die Anforderungen aus Beruf, Familie und Ehrenamt im Alltag vereinbaren. Es war zu vermuten und hat sich durch die Untersuchung bestätigt, dass dies in viel stärkerem Maße ein „Frauenthema“ ist. Da Beruf und Familie für Frauen immer noch mit einer speziellen, doppelten Zuständigkeit und Belastung verbunden ist, schaffen es viele Frauen nur dann „auch noch“ eine ehrenamtliche Tätigkeit zu übernehmen, wenn ihre Erwerbsarbeitszeit kürzer als Vollzeit ist. Der überwiegende Teil der weiblichen Ehrenamtlichen lebt denn auch in Partnerschaft oder Familie und ist teilzeiterwerbstätig. Noch immer wenden Frauen in Deutschland weit mehr als doppelt so viel Zeit für hauswirtschaftliche Tätigkeiten auf wie Männer. Männer dagegen werden in der überwiegenden Mehrheit nach wie vor durch ihre Partnerinnen von der täglichen Haus- und Sorgearbeit entlastet und können daher auch als Vollzeitbeschäftigte und Familienväter zeitlich umfangreiche ehrenamtliche Tätigkeiten übernehmen.

Die vorliegenden Ergebnisse sprechen dafür, dass das Ehrenamt von Frauen stärker durch ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen begrenzt wird als das der Männer. Und das bedeutet letztlich: Frauen übernehmen ehrenamtliche Tätigkeiten am ehesten dann, wenn sie die Vereinbarkeit der anderen Lebensbereiche (Beruf, Familie, Haushalt) bereits „gut im Griff haben“. Nur unter dieser Bedingung lässt sich aus ihrer Perspektive das Ehrenamt als weiterer Aktivitätsbereich neben beruflichen Tätigkeiten und Aufgaben in Haushalt und Familie in den Alltag einpassen.

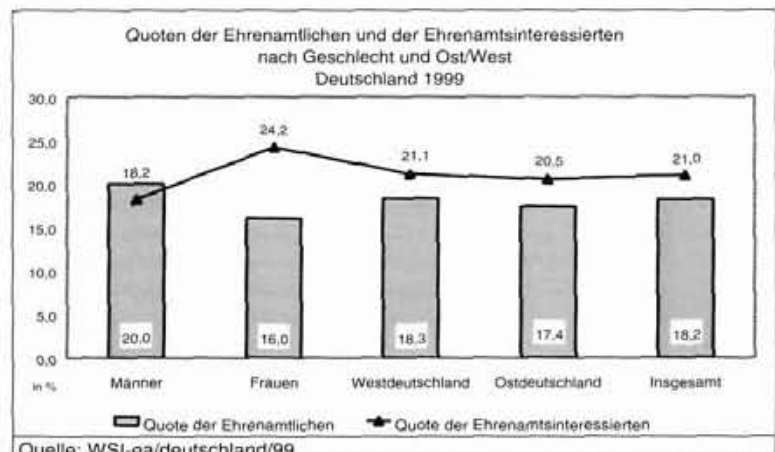
Trotzdem kommt es für die Frauen durch ihr Ehrenamt auch immer wieder zu Situationen, in denen der Alltag aufgrund der ehrenamtlichen Aufgaben umorganisiert werden muss und die Zeit knapp wird. „Normalerweise ist für mich samstags Vormittag Zeit zum Aufräu-

Zeitlich alles im Griff

Wie vereinbaren Frauen Beruf, Familie und Ehrenamt?

Von Christina Klenner und Svenja Pfahl

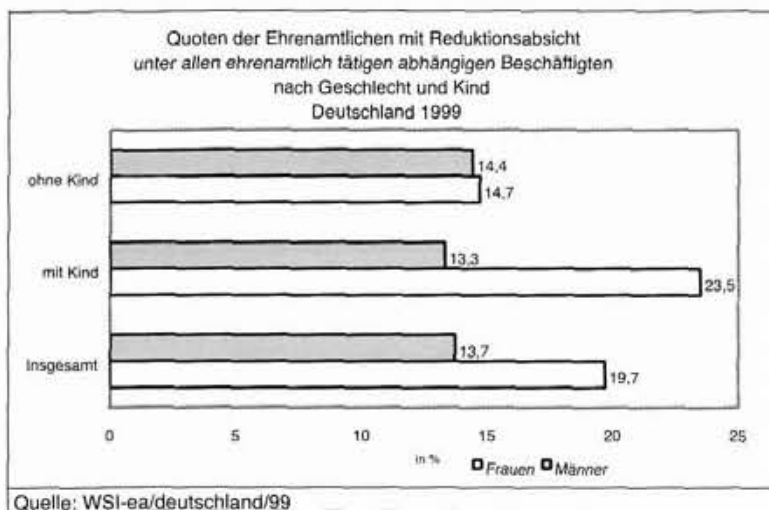
men. Wenn wir aber Sitzung haben, mache ich meine normale Hausarbeit dann am Freitag – dann natürlich auch etwas unter Druck“, berichtet Nadine Nußbaum (alle Namen von Interviewpartner/innen wurden anonymisiert), verheiratet, teilzeitbeschäftigt und ehrenamtlich engagiert in einer sozialen Initiative. Die Vereinbarkeit aller Tätigkeitsbereiche „gut im Griff“ zu haben, kann für ehrenamtliche Frauen auch bedeuten, sich gegen den Anspruch einer Rundum-Zuständigkeit für den Haushalt auch gegenüber dem Partner abzugrenzen. „Wie kommt



man so zurecht? Privatheit, Ehrenamt und Beruf, das sind drei Bereiche, die aufeinander treffen. Und wenn der Partner auch noch berufstätig ist, dann ist der Kühlschrank leer.“ Elke Eckert, vollzeitberufstätig und engagiert bei einem sozialen Verband bringt die Sache auf den Punkt. Wenn sie es nicht schafft, einkaufen zu gehen, „muss man halt sehen, wo man noch was zu essen her kriegt.“

Wo und in welchem Umfang sind Frauen engagiert?

Unter den abhängig Beschäftigten sind Männer (20%) etwas häufiger ehrenamtlich tätig als Frauen (16%), während zwischen Beschäftigten beiderlei Geschlechts in West- (18%) und Ostdeutschland (17%) kaum Differenzen bestehen (vgl. Schaubild 1). Auch wenn die Frauen



unter den abhängig Beschäftigten bisher etwas seltener ehrenamtlich aktiv sind, bedeutet das nicht, dass sie dem Ehrenamt distanzierter gegenüberstehen als die Männer. Vielmehr zeigt sich, dass gerade Frauen ein besonders großes Interesse an einer ehrenamtlichen Betätigung aufweisen, welches sie aber offensichtlich nicht immer verwirklichen können. Es ist offensichtlich, dass auch die Gründe hierfür in der geschlechtlichen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau und der Zuständigkeit der Frauen für die Arbeit in Haushalt und Familie liegen. Aus diesen Gründen investieren Frauen, wenn sie denn ehrenamtlich tätig sind, mit durchschnittlich 12,3 Stunden pro Monat auch rund fünf Stunden weniger in ihr Ehrenamt als Männer (17,3 Stunden).

Entgegen der oft gehörten Meinung, Frauen und Männer engagierten sich in völlig verschiedenen Bereichen ehrenamtlicher Tätigkeit, beschränken sich die Unterschiede nur auf einige, wenige Bereiche. Stark geschlechtsspezifisch geprägt ist einerseits der Rettungsdienst/ Katastrophenschutz (männlich) sowie andererseits das Engagement im Bereich Soziales, im Bereich Bildung/Erziehung sowie im Bereich Gesundheitswesen (weiblich). Im wichtigsten Ehrenamtsbereich – dem Sport – sind Frauen und Männer etwa gleich oft aktiv, dies gilt auch für den zweitwichtigsten Bereich Kultur/ Geselligkeit. Selbst im Bereich Politik engagieren sich unter den abhängig Beschäftigten in erheblichem Umfang auch Frauen bzw. im Bereich Kirche wird auch ein großer Teil der ehrenamtlichen Männer aktiv. Beide Bereiche können – was abhängig Beschäftigte betrifft – nicht als stark geschlechtsspezifisch geprägt gelten.

Ausgeprägter sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede, werden die Rahmenbedingungen des Engagements betrachtet. Da Aufwandsentschädigungen besonders in den Bereichen des Ehrenamts üblich sind, in denen sich verstärkt Männer engagieren (Rechtswesen, Politik, Rettungswesen/ Katastrophenschutz) erhalten 20% der ehrenamtlich tätigen Männer, aber nur 13% der Frauen eine Entschädigung für ihren (finanziellen) Aufwand im Zusammenhang mit dem Ehrenamt. Aufwandsentschädigungen gehen zudem verstärkt an Ehrenamtliche, die zeitlich umfangreiche Tätigkeiten ausüben. Ein solches

Engagement mit hohem Zeitaufwand wird unter den abhängig Beschäftigten eher von Männern als von Frauen geleistet. Frauen erweisen sich als besonders interessiert an Weiterbildungsangeboten im Zusammenhang mit dem Ehrenamt. Zwar nutzen Männer die Weiterbildungsangebote geringfügig häufiger als Frauen, dafür investieren Frauen aber wesentlich mehr Zeit in die Weiterbildung.

Alle Studien belegen, was sich auch in unserer Untersuchung zeigt: sind Kinder vorhanden, ist das ehrenamtliche Engagement von Männern und Frauen überdurchschnittlich hoch. Dies erklärt sich durch die stärkere soziale Einbindung von Eltern, die zum Teil über die Kinder gestiftet wird und sich nicht selten in einem über das Kind vermittelten, ehrenamtlichen Engagement niederschlägt, so z.B. wenn Eltern ehrenamtliche Aufgaben in Kindergarten oder Schule ihrer Kinder übernehmen oder wenn sich Mütter als Übungsleiterin einer Mutter-und-Kind-Sportgruppe betätigen. Unsere Untersuchung hat aber noch einen weiteren Zusammenhang sichtbar gemacht: Ehrenamtliche leben weitaus häufiger in Partnerschaft als Nichtehrenamtliche; Singles, aber auch allein Erziehende sind deutlich unterdurchschnittlich aktiv. Ehrenamtliches Engagement scheint zu einem großen Teil auf dem Paararrangement der (leicht) modernisierten Versorgungsehe (Pfau-Effinger 1998) zu basieren, von dem das Engagement beider Partner profitiert.

Kurz und vereinfacht gesagt: SIE hält ihm dem Rücken frei für Vollzeit + Überstunden + Ehrenamt und arbeitet selbst weniger als Vollzeit. Fast 2/3 der ehrenamtlichen Frauen mit Kindern kombinieren Ehrenamt, Familie und Berufstätigkeit auf der Basis von Teilzeit (63%). ER verdient einen großen Teil des Familienunterhalts, entlastet sie damit von der finanziellen Notwendigkeit vollzeiterwerbstätig zu werden (und verschafft ihr damit Zeit für eine ehrenamtliche Betätigung), greift aber andererseits auf ihre Zeitreserven zur Organisation von Haushalt und Familie zurück. So auch beim ehrenamtlichen Übungsleiter im Sport Stefan Sassen, verheiratet, drei Kinder: „Dann fordern die Kinder auch irgendwo ihr Recht. Irgendeiner muss ja kürzer treten. Und bei uns ist das dann eben meine Frau. Wenn die im gleichen Umfang tätig wäre – das würde gar nicht klappen.“ Die häusliche Entlastung von der Hausarbeit gilt für fast alle Männer. Nach unseren Ergebnissen beteiligen sich in Nordrhein-Westfalen nach eigenen Angaben ein Viertel der ehrenamtlichen Männer mit einem Anteil von bis zu 10% an der Hausarbeit, drei Viertel stufen den eigenen Anteil nur auf bis zu 30% ein. Frauen können auf solche Möglichkeiten, Zeitressourcen für ehrenamtliche Tätigkeit zu gewinnen, nicht zurückgreifen.

Die Arbeits- und Lebenssituation, in die sich die ehrenamtliche Betätigung bei vielen abhängig Beschäftigten einbettet, lässt sich damit folgendermaßen zusammenfassen: Ein Großteil der männlichen Ehrenamtlichen hat Kinder und eine Ehefrau, arbeitet beruflich regelmäßig länger (wobei die Überstunden entweder gar nicht oder in Geld ausgeglichen werden), ernährt mit überdurchschnittlichem Einkommen seine Familie und beteiligt sich nur in geringem Umfang am Haushalt. Der überwiegende Teil der weiblichen Ehrenamtlichen ist teilzeitbeschäftigt, lebt in Partnerschaft oder Familie, deren Existenzgrundlage überwiegend der Partner erwirtschaftet. SIE hat in der Arbeitszeit weitaus geringere Dispositionsspielräume, wählt aber vor allem ehrenamtliche Tätigkeiten, die sich mit der Arbeitszeit nicht überschneiden

Frauen übernehmen ehrenamtliche Tätigkeiten, wenn sie die anderen Lebensbereiche „gut im Griff haben“ – bei Männern ist das ganz anders.

(können). SIE passt das Ehrenamt ihren Lebensumständen und Zeiten an, nachdem sie ihre Arbeitszeit bereits den Belangen des Mannes und der Familie angepasst hat.

Ehrenamtliches Engagement wächst für Frauen mit kürzeren Arbeitszeiten – für Männer dagegen mit längeren Arbeitszeiten

Ehrenamtlich tätige Frauen im Westen arbeiten mehrheitlich Teilzeit (54%), nicht selten unter 20 Wochenstunden. Die Teilzeitquote unter den ehrenamtlichen Frauen ist deutlich höher als unter nicht engagierten Frauen (40%). Anders in Ostdeutschland: hier verbinden ehrenamtliche Frauen das Ehrenamt ganz überwiegend mit einer Vollzeitberufstätigkeit. Die Ost-West-Differenz dürfte verschiedene Ursachen haben, darunter die lange Tradition weiblicher Vollzeitarbeit sowie geringere Einkommen in Ostdeutschland. In Westdeutschland wirken sich hingegen die geringere Verfügbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen und die weit höhere Akzeptanz von Teilzeitarbeit aus, wodurch Vollzeitarbeit mit Kindern hier nur eine marginale Rolle spielt. Da aber ehrenamtliche Aktivität besonders häufig von Eltern ausgeübt wird, liegen dem ehrenamtlichen Engagement eben auch die unterschiedlichen Lebenskonzepte der Frauen und typischen Paararrangements in West und Ost zugrunde.

Doch während Teilzeitarbeit eine gute Voraussetzung für zusätzlich unbezahlte, ehrenamtliche Arbeit von Frauen ist, schaffen es die Männer – und zwar insbesondere diejenigen mit Partnerin oder Familie – auch ohne verkürzte Arbeitszeiten. Die ehrenamtlichen Männer arbeiten nicht nur fast ausschließlich Vollzeit (wie alle anderen Männer). Sie arbeiten, wenn sie ehrenamtlich sind, zudem oftmals sogar noch deutlich mehr als im Tarifvertrag bzw. Arbeitsvertrag vereinbart ist. Fast die Hälfte der ehrenamtlichen Männer in abhängiger Beschäftigung arbeitet im Durchschnitt mehr als 40 Stunden pro Woche; das gilt für Männer ohne Ehrenamt längst nicht in gleichem Maße.

Wie kann der Zusammenhang zwischen langen Arbeitszeiten von Männern und verstärkter Beteiligung am Ehrenamt erklärt werden? Erstens kann er über die Stellung im Beruf und das berufliche Prestige vermittelt sein. Regelmäßige Überstundenarbeit ist häufig gekoppelt mit einer höheren beruflichen Position (die von Männern vergleichsweise häufiger als von Frauen erreicht werden). Bekanntlich steigt aber gerade mit der schulischen Qualifikation, der beruflichen Stellung und dem Einkommen die Beteiligung am Ehrenamt. Zweitens ist eine höhere berufliche Position mit größerer Handlungsautonomie und individueller Zeitsouveränität verbunden (Vgl. Bundesmann-Jansen /Groß /Munz 2000, S.184.), so dass selbst bei Überstundenarbeit die Vereinbarkeit von Beruf und ehrenamtlicher Tätigkeit für Männer noch möglich ist. Drittens entlasten sich Männer, die in Partnerschaft leben, weitgehend von sonstigen unbezahlten Tätigkeiten im Reproduktionsbereich über ihre Partnerinnen. Ihnen verbleiben daher außerhalb der beruflichen Arbeit trotz langer Arbeitszeiten noch zeitliche Ressourcen für Ehrenämter. Dies trifft auch auf Udo Ulmer zu (verheiratet, Vater von drei Kindern), der sich mit hohem Zeitaufwand ehrenamtlich betätigt: „Im Haushalt mithelfen, das gebe ich offen zu, das ist schon mal am Wochenende. In der Woche passiert das kaum. Aber das hängt auch damit zusammen, dass meine Frau nicht berufstätig ist...“.

Welche Entlastung Männer mit Ehrenamt durch Frauen oft erfahren, zeigt sich auch daran, dass sich un-

günstige Arbeitszeiten wie Wochenend-, Schicht und Nachtarbeit nicht etwa reduzierend auf ihre ehrenamtliche Beteiligung auswirken. Arbeitszeiten am Wochenende oder Schicht- bzw. Nachtarbeit sind für Frauen, aufgrund ihrer Verantwortlichkeit für die Reproduktionsarbeit, ohnehin schon schwer mit Familie und Haushalt zu vereinbaren. In dieser Situation – und solange die Verantwortlichkeit für die Reproduktionsarbeit von den Frauen nicht zur Disposition gestellt wird – erschweren solche Arbeitszeiten die Beteiligung an ehrenamtlichen Aktivitäten für Frauen deutlich. Frauen mit Schichtarbeit engagieren sich nur halb so häufig ehrenamtlich wie Frauen ohne Schichtarbeit. Dies gilt in etwas geringerem Ausmaß auch für die Samstags- und Sonntagsarbeit (vgl. Schaubild 3).

Männer verfügen häufiger über formelle und informelle Erleichterungen der Vereinbarkeit

Flexibilitätsspielräume am Arbeitsplatz wie auch ehrenamtliche Freistellungsrechte, d.h. gesetzliche oder tarifliche Rechte auf bezahlte Freistellung von der Arbeit für wichtige ehrenamtliche Aufgaben, gehören zu den wichtigsten Faktoren, die abhängig Beschäftigte bei der Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf unterstützen. Durch sie profitieren Männer allerdings stärker als Frauen.

Gut ein Drittel der abhängig beschäftigten Ehrenamtlichen kann auf formelle Regelungen zu flexiblen Arbeitszeiten zurückgreifen, um sich bei Gelegenheit für ehrenamtliche Belange frei zu nehmen. Frauen (26%) müssen auf solche Möglichkeiten etwas häufiger verzichten als Männer (21%). Insgesamt müssen die Wirkungen flexibler Arbeitszeiten auf das Nebeneinander von Ehrenamt und Beruf jedoch als ambivalent eingestuft werden, die stark von der Ausgestaltung der jeweiligen Arbeitszeitform abhängen. Für diejenigen, denen es bereits gelingt, Beruf und Ehrenamt zu vereinbaren, erweisen sich Arbeitszeitkonten zwar als günstig für eine zeitliche Integration von Aktivitäten. Andererseits stellen die beruflichen Arbeitszeiten – auch die Arbeitszeitkonten – für die bisher nicht ehrenamtlich Aktiven, eine der wichtigsten Hürden für eine ehrenamtliche Betätigung dar. Auch wenn die Flexibilisierung der Ar-

Beim Ehrenamt unterscheiden sich Frauen und Männer in den beruflichen und familiären Rahmenbedingungen dafür.

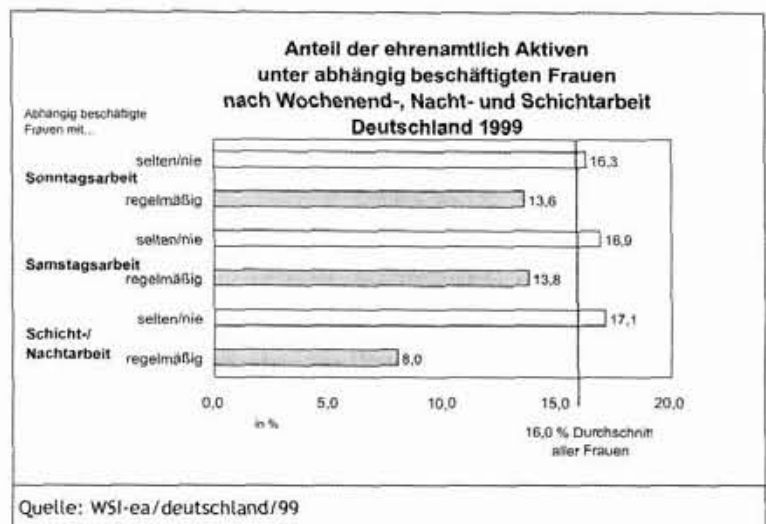


Schaubild 3

beitszeiten der letzten Jahre von der Mehrheit der Ehrenamtlichen überwiegend positiv oder neutral bewertet wird, ergeben sich für andere doch erhebliche Schwierigkeiten. Die Frauen gehören dabei mit zu den Beschäftigten, die von den positiven Aspekten flexibler Arbeitszeiten tendenziell weniger profitieren. Daher bewerten Frauen die Auswirkungen flexibler Arbeitszeiten auf die Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf auch etwas weniger positiv (29%) als ehrenamtliche Männer (41%). (Die letztgenannten Zahlen gehen auf die quantitative Befragung von Ehrenamtlichen in Nordrhein-Westfalen zurück (WSI-ea/nrw/99). An Beschäftigte, deren Arbeitszeiten sich innerhalb der letzten fünf Jahre verändert hatte, wurde dazu die Frage gestellt: „Können Sie seit der veränderten Arbeitszeitregelung ihre ehrenamtliche Tätigkeit mit der beruflichen Tätigkeit besser oder schlechter in Einklang bringen?“)

Noch wichtiger sind daneben aber die *informellen*, praktisch gelebten Möglichkeiten der Arbeitszeitgestaltung. Informelle Erleichterungen und ein Entgegenkommen durch Vorgesetzte und Kollegen sind im betrieblichen Alltag entscheidender für die Ehrenamtlichen und auch noch verbreiteter. „Wenn ich einen Kollegen habe, von dem ich weiß, er engagiert sich“, so auch Franziska Fränkel, die eine soziale Einrichtung leitet und selbst ehrenamtlich tätig ist, „und er kommt zu mir und sagt, ich muss aber immer alle 14 Tage Dienstags ab 19.00 Uhr da und da hin, dann kann man ja in einem kleinen Team von sechs Leuten absprechen, dass er halt nicht immer ausgerechnet am Dienstag im Spätdienst ist.“ Von solchen informellen Formen der Flexibilität profitieren 56% der ehrenamtlichen Männer, aber nur 39% der Frauen. Dies hat (zumindest teilweise) mit dem vergleichsweise höheren beruflichen Status von Männern zu tun, da informelle Möglichkeiten mit steigendem beruflichen Status zunehmen.

Auch von ehrenamtlichen Freistellungsrechten können Männer häufiger als Frauen profitieren: 23% der Männer aber nur 13% der Frauen verfügen über ein solches Freistellungsrecht.

Diese Unterschiede haben zum einen mit den Bereichen zu tun, in denen sich Männer und Frauen jeweils verstärkt engagieren (Spitzenreiter der Freistellungsrechte ist der „typisch männliche“ Bereich Rettungsdienste/ Kata-

strophenschutz), aber auch mit der Art der jeweiligen ehrenamtlichen Tätigkeit (Freistellungsrechte gibt es verstärkt für Wahlämter z.B. in Politik oder Gewerkschaften). Die Ehrenamtlichen gehen insgesamt sehr verantwortlich mit ihren beruflichen Aufgaben um und nehmen ihr Recht auf Freistellung nur dann tatsächlich in Anspruch, wenn dadurch der betriebliche Ablauf nicht gestört wird. „Wenn ich nachmittags mit meinem Chef alleine in der Praxis bin, dann ist klar, dass ich nicht weggang, sonst würde er ja ganz alleine dastehen“ erklärt Arzthelferin Lydia Landert, die bei der Freiwilligen Feuerwehr aktiv ist.

Frauen erhalten – aber erwarten auch weniger – Unterstützung von anderen, um ihre ehrenamtliche Tätigkeit mit beruflichen und familiären Verpflichtungen verknüpfen zu können. Sie erfahren weder in nennenswertem Umfang häusliche Entlastung durch den Partner; auch Freistellungsrechte oder informelle Möglichkeiten erleichtern ihnen nur in geringerem Maße die Koordination der verschiedenen Tätigkeiten.

Frauen haben nicht realisierbare Engagementwünsche

Die Gruppe der „verhinderten Ehrenamtlichen“, d.h. von Beschäftigten, die an einem Ehrenamt interessiert sind, dieses Interesse aber bisher noch nicht verwirklicht haben, ist fast ebenso groß wie die der aktiven Ehrenamtlichen. Vor allem Frauen – und verstärkt solche mit Kindern – würden sich gerne noch häufiger ehrenamtlich betätigen (vgl. Schaubild 1). Die Hinderungsgründe, die einer Verwirklichung dieses Interesses entgegenstehen, lassen sich zu drei Gruppen zusammenfassen: Auf dem ersten Platz berufliche Gründe (berufliche Arbeitszeiten und allgemein berufliche Belastungen), auf dem zweiten Platz finden sich Gründe, die im Ehrenamt selbst begründet sind (man findet z.B. keine geeignete ehrenamtliche Beteiligungsmöglichkeit) und auf dem dritten Platz Vereinbarkeitsprobleme zwischen Ehrenamt und Familie/Partner. Aber: Für Frauen sind die Vereinbarkeitsprobleme zwischen Ehrenamt und Familie/Partner ein wesentlich wichtigerer Hinderungsgrund (28%) als für Männer (17%). Für ehrenamtliche interessierte Frauen mit Kindern ist dies sogar der wichtigste Grund überhaupt (53%; Männer mit Kindern: 30%). Frauen fühlen sich offenbar sehr viel stärker als Männer daran gebunden, erst die häuslichen Verpflichtungen und die Bedürfnisse der Haushaltsmitglieder zu erfüllen, bevor sie sich ihren Wunsch nach ehrenamtlichem Engagement erfüllen.

Auch der Blick auf diejenigen, die ihr Ehrenamt reduzieren oder es beenden wollen, gibt Aufschlüsse über bestehende Hindernisse. 16% der abhängig Beschäftigten tragen sich mit der konkreten Absicht in der nächsten Zeit ihr ehrenamtliches Engagement einzuschränken, oder es sogar ganz zu beenden. Diese Absicht ist unter den Frauen mit Kindern ganz besonders stark ausgeprägt.

Frauen verweisen nicht nur unter den Hinderungsgründen, sondern auch bei den Gründen für die geplante Beendigung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeiten häufiger als Männer auf Vereinbarkeitsprobleme zwischen Ehrenamt und Familie bzw. Partner. Der wichtigste Reduktionsgrund – für Frauen und Männer – liegt aber in der zeitlichen Überlastung der Beschäftigten. „Wir haben jetzt eine, die ist 40 und die ist Krankenschwester, und sie sagt, es geht nicht mehr, ich schaffe es nicht mehr,“ konkretisiert Dora Distel, ehrenamtlich tätig in einem Wohlfahrtsverband, die typische zeitliche Überlastungssituation von Ehrenamtlichen. „Sie hat uns jeden Freitag geholfen. Und die hat auch noch drei kleine Kinder und ist im Schichtdienst und da sagt sie, es geht einfach nicht mehr.“ Auch das Problem einer zu hohen zeitlichen Gesamtbelastung verweist letztlich auf Vereinbarkeitsprobleme im Zusammenspiel der verschiedenen Lebensbereiche, die umso dramatischer ausfallen, je umfangreicher die zu leistende Reproduktionsarbeit ist und je unsozialer die eigenen beruflichen Arbeitszeiten der Frauen ausfallen.

Zukunft ehrenamtlicher Tätigkeiten ohne Zukunft des Familienernährermodells?

Ehrenamtliches Engagement profitiert nach unseren Ergebnissen von der typischerweise (im Westen) mit dem Vorhandensein von Kindern verbundenen traditionelleren Ausgestaltung des Geschlechterarrangements in Partnerschaften. Ein Teil des ehrenamtlichen Engagements basiert auf dem Paararrangement des leicht modernisierten Familienernährermodells, bei dem der vollzeiterwerbstätige Mann den Hauptteil des Haushaltseinkommens erwirt-

SIE hält ihm dem Rücken frei, ER verdient den Familienunterhalt und ermöglicht ihr ehrenamtliche Betätigung.

schaftet, während die nichterwerbstätige oder höchstens teilzeitbeschäftigte Frau in erster Linie für die Organisation von Haushalt und Familie zuständig ist. Dieses Modell verliert aber zukünftig an normativer Kraft, da eine wachsende Zahl von Frauen größeren Wert als frühere Frauengenerationen auf ihre eigenständige Existenzsicherung legt. Sie setzen somit auch andere Prioritäten bezüglich ihrer Erwerbsbeteiligung. Auf der anderen Seite wird das Familiennährermodell auch durch die Destabilisierung männlicher Erwerbsbiografien untergraben, die Männer zu immer weniger verlässlichen Familiennährern werden lässt.

Wenn angenommen wird, dass sich langfristig das bestehende Geschlechterverhältnis ändert, können auch die darauf basierenden Phänomene ins Wanken geraten. Es ist vorstellbar, dass die Beschäftigung von Frauen in Teilzeitverhältnissen mit Arbeitszeiten unter 20 Wochenstunden in mittelfristiger Perspektive abnimmt und folglich das Potenzial der Teilzeit-Frauen, die daneben noch ein Ehrenamt übernehmen, schrumpft. Zwar ist bei den beruflich hoch qualifizierten Frauen auch heute schon Vollzeitarbeit plus Überstunden üblich. Während gerade dieses Modell vielen Männern ehrenamtliche Tätigkeit aber gut ermöglicht, dürfte es für den Großteil der Frauen in der Regel nicht nachahmbar sein, solange sie nicht dieselbe häusliche Entlastung erfahren, wie bisher schon die Männer. Vollzeitbeschäftigte Frauen sind daher im Westen unterdurchschnittlich ehrenamtlich aktiv.

Das ehrenamtliche Engagement klassischen Zuschnitts könnte aber auch von der anderen Seite unter Druck geraten, wenn in Zukunft Frauen weniger selbstverständlich den Männern den Rücken für ein Modell „Vollzeit + Überstunden + Ehrenamt“ freihalten. Bei einer partnerschaftlichen Teilung der Haus- und Sorgearbeit in Kombination mit einer existenzsichernden Erwerbstätigkeit beider Partner werden ehrenamtlichen Aktivitäten stärker Grenzen gesetzt werden, wenn nicht zugleich die Arbeitszeit für beide Geschlechter zurückgefahren wird.

1. Die „Alternative Neue Mitte“ schlägt zurück?

„Der Tod ist der einzige Termin, der nicht in ihrem Organizer steht“ lässt Frédéric Beigbeder, der französische Autor des aktuellen Bestseller-Romans „39,90“ seinen Helden zu Beginn sagen. Octave Parango ist ein so genannter Kreativer bei einer Pariser Werbeagentur. Eines Tages hat er die zynische Werbewelt satt und dreht durch: „Ich werde lieber von einer Firma entlassen, als vom Leben. Denn ich habe Angst.“ Der Begriff der „Angst“ zieht sich auch durch die neue Platte der Hamburger Gruppe Blumfeld, dem Flaggschiff des deutschen Intelligenz-Pops: „Ich habe Angst vor dem Stillstand / Und Angst vor zuviel Bewegung / Davor dass wir uns verlieren / Angst in jeder Beziehung.“

Schlägt die „Alternative Neue Mitte“ zurück? High Potentials als Totengräber des Kapitalismus? Oder sind es einzelne Beiträge durchgeknallter Künstler? Gut-menschelnde Randphänomene? Beides falsch. Die Welt der Popkultur tut das, was überfällig ist. Sie reflektiert die Frage der Identitätsbildung im flexiblen Kapitalismus, den Widerspruch zwischen Turbo-Kapitalismus, Beschleunigung, Leistung, erweiterter Ausbeutung der Ware Arbeitskraft auf der einen – Selbstverwirklichung, Zugehörigkeit, Lebensführung, gesellschaftlichem Zusammenhalt und der Suche nach dem „guten Leben“ auf der anderen Seite.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Angesichts dieser keineswegs unrealistischen Erwartungen lässt sich davon ausgehen, dass den Bedingungen der Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt künftig noch stärkere Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. spw

Literatur:

- Gertrud Backes (1987): *Frauen und soziales Ehrenamt. Zur Vergesellschaftung weiblicher Selbsthilfe*, Augsburg.
- Vgl. Bundesmann-Jansen, Jörg/Groß, Hermann/Munz, Eva (2000): *Arbeitszeit '99*, Köln, S.184.
- Erlinghagen, Marcel/ Rinne, Karin/ Schwarze, Johannes (1997): *Ehrenamtliche Tätigkeiten in Deutschland – komplementär oder substitutiv? Analysen mit dem sozio-oekonomischen Panel 1985 bis 1996*, Diskussionspapier der Ruhr-Universität Bochum, Nr. 97/10, Bochum
- Gisela Notz (1989): *Frauen im sozialen Ehrenamt. Ausgewählte Handlungsfelder: Rahmenbedingungen und Optionen*, Freiburg i.Br.
- dies. (1998): *Die neuen Freiwilligen. Das Ehrenamt – Eine Antwort auf die Krise?*, Neu-Ulm;
- Pfau-Effinger, Birgit (1998): *Arbeitsmarkt- und Familiendynamik in Europa – Theoretische Grundlagen der vergleichenden Analyse*, in: Geissler, Birgit/ Maier, Friederike/ Pfau-Effinger, Birgit (1998): *FrauenArbeitsMarkt. Der Beitrag der Frauenforschung zur sozio-ökonomischen Theorieentwicklung*, Berlin
- Sigrid Reihls (1995): *Im Schatten von Freiheit und Erfüllung. Ehrenamtliche Arbeit in Bayern*, Bochum.

It's the work-life-balance, stupid!

Die Lebensführung wird zu einer politischen Schlüsselfrage des aktuellen Jahrzehnts

Von Benjamin Mikfeld

2. Kulturrevolution „New Economy“

Wer von Anfang an in der „New Economy“ nichts anderes als die illusionäre Hoffnung auf immerwährende Prosperität oder leistungslosen Aktien-Reichtum an den Neuen Märkten gesehen hat, sieht sich durch die jüngste Entwicklung zu Recht bestätigt – Neue Wirtschaft als Erfindung der Wirt-

Benjamin Mikfeld, Sozialwissenschaftler, Mitherausgeber der spw und Mitglied des SPD-Parteivorstandes, lebt in Bochum

schaftsmagazine. Wer aber von Anfang an den Blick auf die sich umwälzenden Unternehmensstrukturen, Wertschöpfungsketten und Formen der Arbeitskraftnutzung gerichtet hat, erkennt, dass wir den Übergang zu einer neuen kapitalistischen Formation erleben, deren Arbeits- und Lebensrealitäten sich grundlegend von der fordistischen Nachkriegsepoch unterscheiden. Die Neue Wirtschaft ist – so diagnostiziert Klaus Dörre zu Recht – auch ein kulturelles Phänomen: „Sie ist Geburtshelferin von Lebensstilen, die in den lokalen Geflechten aus After-Work-Clubs, Freizeiteinrichtungen, Geschäften, Restaurants über die Symbole der neuen Technik, über zur Schau gestellte Risikobereitschaft, demonstrativen

„Die feste Moderne war die Ära der gegenseitigen Bindung. Die flüssige Moderne ist die Epoche der Ungebundenheit, der Unbestimmtheit, des leichten Entkommens und der hoffnungslosen Jagd.“

(Zygmunt Bauman)

Zukunftsoptimismus oder auch über die Partizipation am Aktienbesitz kulturelle Distinktionskraft entfalten“ (Dörre 2001). Doch die BoBo's, die bourgeois Bohemians, sind auch nur ein Ausschnitt der kulturellen Dimension. Der Autor des Wirtschaftsmagazins brand eins, Wolf Lotter, sieht in der Neuen Wirtschaft einen Generationenkonflikt, „der ganz andere Qualitäten hatte, als jene, die man aus der jüngeren Vergangenheit kannte.“ Die neuen Schlüsseltechnologien (v.a. das Internet) sind so verstanden die materielle Basis für die Herausbildung einer neuen, gegen die verkrustete und hierarchische Logik der alten Wirtschaft. Eine neue junge Generation ergreift die einzige Chance, die sie hat: sie baut etwas Neues auf und versucht sich mit eigenen Ideen in die Gesellschaft einzuschreiben. (Lotter 2001).

3. Zwischen Selbstverwirklichung und Selbstausbeutung – Das Beispiel „Neue Selbstständige“

Eine in den letzten Jahren wieder entdeckte Sozialfigur ist der oder die so genannte „Neue Selbstständige“. Dabei ist die so neu gar nicht. Der Begriff wurde bereits Anfang der 80er Jahre mit Blick auf die alternativökonomischen Existenzgründungen in die wissenschaftliche Debatte eingeführt. (Vonderach 1980). Gemeint waren damit neue Formen der Selbstständigkeit, die sich von der alten Selbstständigkeit darin unterscheiden, dass sie weder auf erheblichem Eigentum an Produktionsmitteln bzw. der Vererbung von Eigentum – wie beim klassischen Unternehmertum – noch auf einer formalisierten Ausbildung – wie bei den freien Berufen – beruhen. Verbunden war damit ein in zweierlei Hinsicht neuer Typ von Arbeitsorientierung. Zum einen löste sich in diesen Formen die klare zeitliche und räumliche Trennung zwischen Arbeit und Leben auf. Zum anderen richtete sich die „neue Selbstständigkeit“ auch gegen die Rationalität der industriellen Produktionsweise.

Die Zunahme der Selbstständigkeit in den 90er Jahren in den Internet-Buden und Kleinst-Dienstleistern der Neuen Wirtschaft zeigt eine soziologische und z.T. ökonomische Verwandtschaft mit den alternativökonomischen Milieus der 70er und frühen 80er Jahre sowie.

Die Neuen Selbstständigen stehen in einem engen Zusammenhang mit der aktuellen Umstrukturierung der Wertschöpfungsbeziehungen. „Der neue Selbstständige übernimmt dabei Arbeiten, die bisher von den großen Unternehmen intern erledigt und jetzt outgesourct wurden oder neue Tätigkeiten, die erst gar nicht den Weg in die Großunternehmen gefunden haben, z.B. Web-Designer.“ (Enquete Kommission 1998, S. 42) Gegenüber klassischer Selbstständigkeit fehlen oft bestimmte Merkmale, wie eine gesicherte

Kapitalausstattung, Beschäftigung von mehreren Angestellten, hohes Einkommensniveau und ein bürgerlicher Lebensstil (Geissler 2000).

4. Kulturkämpfe um die Frage der Lebensführung

Die (teilweise!) Auflösung fordistischer Erwerbsmuster hat ihren Ausdruck auch in der Herausbildung neuer Formen der Lebensführung. Den Versuch einer ganzheitlichen soziologischen Betrachtung der Lebensführung unternahmen u.a. die WissenschaftlerInnen um den Chemnitzer Soziologen Günther Voß. Mit dem Konzept der „alltäglichen Lebensführung“ wird der Tatsache Rechnung getragen, dass der Lebensalltag von Menschen gekennzeichnet ist durch die Ausbalancierung unterschiedlicher Anforderungen und Notwendigkeiten, in der die Erwerbsarbeit einen wichtigen Teil einnimmt, aber der Reproduktionssphäre zugeordnete Tätigkeiten nicht nur „spill-over der ökonomischen oder administrativen Logik“ (Voß 2000a) sind, sondern eine Eigenständigkeit aufweisen, die wiederum auf die Erwerbsarbeit zurückwirken. (nach Voss „das individuelle System der Tätigkeiten des Alltags“) ist die Art und Weise, wie man sich im Alltag mit Sozialsphären arrangiert und dies zu einem funktionierenden Ganzen verbindet. Sie ist das Arrangement der sozialen Arrangements einer Person.“ (Voß 2000a) Traditionale Formen der Lebensführung basieren auf „Selbstverständlichkeit“, d.h. es wird ein hoher alltagspraktischer und symbolischer Aufwand zur Sicherstellung von Sicherheit und Regelmäßigkeit betrieben. Dieser wird aber im Zuge der Modernisierung der Boden entzogen. Entgrenzte Arbeitsformen sind mit stark gewohnheitsgeprägten Typen der Lebensführung nicht vereinbar. Reflexive, d.h. strategisch-planerische aber auch situativ-flexible Formen der Lebensführung nehmen zu – und damit auch die Anforderungen an das Selbst- und Alltagsmanagement.

So wird durch die Veränderung von Arbeitszeitmustern die Schnittstelle zwischen „Arbeit“ und „Leben“ tendenziell verflüssigt und der Prozeß der sozialen Differenzierung und Individualisierung vorangetrieben. „Es ist die Zeitordnung des neuen Kapitalismus, mehr als die High-Tech-Daten oder der globale Markt, die das Gefühlsleben der Menschen außerhalb des Arbeitsplatzes am tiefsten berührt.“ (Sennett 1998). Zudem bedeutet der zunehmend ganzheitliche Zugriff auf die Arbeitskraft, dass außerberufliche Tätigkeiten zum „Hinterland“ der Erwerbsarbeit werden. „Ein großer Teil der jetzt vermehrt betrieblich interessierenden Potenziale von Arbeitskräften (Emotionen und Visionen, Fantasie und Kreativität, Sozibilität und Verantwortungsbereitschaft, systemisches Denken und intellektuelle Flexibilität, Lernbereitschaft und Lernfähigkeit, Ästhetik und Stil, Ethik und Moral u.v.a.m.) sind besonders tief liegende, situationsübergreifende, allgemeine und diffuse Persönlichkeitseigenschaften. (...) Zudem werden diese Eigenschaften in hohem Maße außerhalb der Erwerbsarbeit herausgebildet und reproduziert, so dass diese Lebensbereiche für die Erwerbsarbeit instrumentalisiert werden“ (Voß 2000b, S. 319)

Diese Entwicklung in Richtung Beschleunigung und Entgrenzung verläuft in sozialer und kultureller Hinsicht doppelt gespalten. Sie hinterläßt Gewinner und Verlierer. Und auch ein Teil der Gewinner stellt Fragen. Der von Peter Glotz prognostizierte „Kulturkampf“ um die „gefühlbeladene Frage der Lebensführung“ (Glotz 1999), also zwischen einer Logik der Beschleunigung und einer der Verweigerung gegen die Beschleunigung ist demnach nicht ausschließlich eine Auseinandersetzung zwischen gesellschaftlichen Lagern – also den vermeintlich neoliberalen Yuppies und der kollektiv-solidarischen Arbeiterklasse. Dieser Kulturkampf ist im wesent-

chen auch eine Herausforderung, die einen wachsenden Teil der Erwerbstätigen selbst erfaßt; d.h. die Anforderung an Beschleunigung und der Wunsch nach Entschleunigung im Rahmen der alltäglichen Lebensführung individuell ausbalanciert werden müssen.

5. Krise der Zugehörigkeit: Identitätsbildung im flexiblen Kapitalismus

Für Zygmunt Bauman ist ein Schlüsselbegriff der der „Sicherheit“. Er zerlegt den deutschen Begriff der Sicherheit in die drei englischen Begriffe Security (Das Gefühl der Sicherheit), Certainty (Gefühl der Gewißheit) und Safety (Gefühl geschützt zu sein). Das Fehlen eines dieser Elemente führt zum Schwinden von Selbstvertrauen und Angst. „Die Schinderei der Identitätsbildung“ (Bauman 2000) erscheint grenzenlos und ihr Ende unabsehbar. Auch Richard Sennett beschreibt mit Blick auf den „flexiblen Kapitalismus“ der Vereinigten Staaten den Verlust innerer Sicherheit bzw. einen „Zustand des Dahintreibens“ (ebd. 22). Einerseits sehen die hochqualifizierten und -flexiblen Erwerbstätigen Unsicherheit durchaus als Herausforderung. Andererseits brechen sich die neuen Formen der Arbeit am Bedürfnis nach langfristiger Verlässlichkeit und Sicherheit. Den Chancen des sozialen Aufstiegs und der Realisierung der eigenen Ansprüche an Erwerbstätigkeit stehen die Risiken der Flüchtigkeit von Freundschaften, der Vernachlässigung der Familie und der Unsicherheit über die eigene Zukunft gegenüber. Berufliche Mobilität ist erwünscht, ist aber „in der heutigen Gesellschaft häufig ein undurchschaubarer Vorgang“. Dies wiederum ruft zunehmend in der ehemals stabilen gesellschaftlichen Mittelschicht eine doppelte Angst des Scheiterns hervor: „Der Markt auf dem der Gewinner alles bekommt, wird von einer Konkurrenz beherrscht, die eine große Zahl von Verlierern erzwingt. Betriebsverschlankungen und Umstrukturierungen setzen die Mittelschicht plötzlichen Katastrophen aus, die im früheren Kapitalismus sehr viel stärker auf die Arbeiterklasse begrenzt waren. Sennett faßt diesen Widerspruch in Frageform zusammen: Wie kann ein Mensch in einer Gesellschaft, die aus Episoden und Fragmenten besteht, seine Identität und Lebensgeschichte zu einer Erzählung bündeln?“

Die Anonymisierung der Ausbeutungsverhältnisse und die Krise der Großorganisationen im flexiblen Kapitalismus verschärfen diese Problematik. Sie führen – so Michel Aglietta – zu einer Krise der Zugehörigkeit: Diese „zieht eine Zersplitterung der Ungleichheiten nach sich, die nicht mehr durch gemeinsame Normen und kollektive Forderungen geordnet werden, die geeignet sind, zum Gegenstand der öffentlichen Debatte zu werden. Sie ruft zudem einen allgemeinen Niedergang der Solidarität hervor. Daraus ergibt sich ein Legitimationsverlust der Gewerkschaften und der politischen Parteien, denen es nicht gelingt, Vorstellungen von der sozialen Bindung zu formulieren in denen Verantwortung für die Konflikte übernommen und Kompromisse ausgehandelt werden“ (Aglietta 2000) In der Klassengesellschaft ohne Klassen geht der „elektrisierende Blitz des Gemeinschaftsgefühl“ (Bauman, S. 10) ebenso verloren wie die „Kunst, privates Leid in öffentliche Anliegen zu transformieren“.

6. Recht auf Sicherheit (Security + Certainty + Safety)

Doch es zeichnen sich auch zaghaft ernsthafte Orte der öffentlichen Debatte ab. In der gesellschaftspolitischen Diskussion wird die Frage der neuen Qualität von Arbeit und Leben zunehmend zum Thema. Neben den bereits zitierten wis-

enschaftlichen Forschungen und Beiträgen stehen dafür ebenso neuere publizistische Projekte unterschiedlicher Dimension wie das Wirtschaftsmagazin brand eins oder Internetseiten wie ChangeX.de oder konturen.net.

Immer mehr werden die Fragen nach Sinnhaftigkeit, verlässlichen Strukturen, gesellschaftlichem Zusammenhalt, dosierter Entschleunigung. Ständig wiederkehrende politische Stichworte lauten: bürgerschaftliches Engagement oder Grundeinkommen. Man muss nun nicht zwangsläufig – ob aus grundsätzlichen oder taktischen Erwägungen – überzeugter Anhänger der Forderung nach einem allgemeinen Bürgergeld sein, um sich ernsthaft mit diesen zaghaften „Gegenentwicklungen“ zum Workoholic-Kult auseinanderzusetzen.

Bill Clinton hat das Comeback der amerikanischen Demokraten mit dem Satz „It’s the economy, stupid“ eingeleitet. Ebenso wie später Tony Blair und Gerhard Schröder mußte er das Mitte-Links-Spektrum in wirtschaftlichen Umbruchzeiten vom Verdacht befreien, über keine Kompetenz in Sachen Wirtschaft zu verfügen. Vielleicht sollten die Macher des „Modernen Regierens“ künftig von ihren wissenschaftlichen Vordenkern mehr lesen als die Klappentexte. Anthony Giddens schrieb schon 1994: „Der Sozialstaat beschränkt sich weitgehend auf ökonomische Gelegenheiten und läßt andere

Fragen außer acht, zu denen auch emotionale, sittliche und kulturelle Belange gehören. Der Konservative ist bestrebt, mit diesen Fragen hauptsächlich durch die Verteidigung der Tradition zu Rande zu kommen. Diesen Weg können die Sozialisten aufgrund ihrer fortschrittlichen Gesinnung nicht einschlagen. Daher sind Sozialisten im allgemeinen nicht darauf eingestellt, Probleme der Politik der Lebensführung zu behandeln, obwohl diese eigentlich ganz wesentlich zu den Fragen der Wohlfahrt gehören.“ Mit anderen Worten: die „Neue Mitte“ hat nichts gegen niedrige Steuersätze und Lohnnebenkosten – aber ihre Vorstellung vom „guten Leben“ sieht anders aus. It’s the work-life-balance, stupid! spw

Anders als glücklich / Ich melde Zweifel an / Irgendwas stimmt nicht / Und das so lang ich denken kann / Irren ist menschlich / Jeder geht seinen Weg / Anders als glücklich / So lang bis nichts mehr geht.

(Blumfeld)

Literatur:

- Aglietta, Michel (2000): Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand, Hamburg, S. 56
 Dörre, Klaus (2001): Arbeit und Partizipation in der New Economy (Thesen). http://www.edupolis.de/konferenz_2001/texte/forum1_referententext1.php
 Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“, BT-Drucksache 13/11004, 1998, S. 42
 Geissler, Birgit (2000): Unabhängige Gründer oder neues Proletariat? Anmerkungen zu sozialen Ursachen und Folgen neuer selbstständiger Erwerbsformen, Frankfurter Rundschau vom 20./21. April 2000
 Glotz, Peter (1999): Die beschleunigte Gesellschaft. Kulturkämpfe im digitalen Kapitalismus, München, S. 131
 Lotter, Wolf (2001): Der Memory-Effekt, brand eins 4/2001
 Sennett, Richard (1998): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin, S. 29
 Vonderach, Gerd (1980): Die neuen Selbstständigen – Zehn Thesen zur Soziologie eines unvermuteten Phänomens, in: MittAB 2/1980, S. 153 – 169
 Voß, Gerd Günter (2000a): Zur sozialen Differenzierung von „Arbeit und Leben“. Überlegungen aus der Perspektive des Konzepts „Alltägliche Lebensführung“, in: Kudera/ders. (Hg.): Lebensführung und Gesellschaft, S. 72
 Voß, Gerd Günter (2000b): Das Ende der Teilung von „Arbeit und Leben“? An der Schwelle zu einem neuen gesellschaftlichen Verhältnis von Betriebs- und Lebensführung, in: Kudera / ders. (Hg.), S. 322

Sind Nazis Pop?

Zur kulturellen Symbolik und Identitätsbildung in der rechtsradikalen Jugendbewegung

Von Oliver Kaczmarek

Im Moment ist ihre Tätigkeit etwas weniger im Vordergrund, aber in den Herbst- und Wintermonaten werden die zahllosen Initiativen gegen Rechts, die sich im vergangenen Jahr vor dem Hintergrund einer erstarken Nazi-Szene gebildet haben, zweifellos mehr Gehör finden. Oft aus einem eher bürgerlichen Milieu kommend und mit starkem jugendlichen Einschlag haben diese Initiativen, welche die nordrhein-westfälische Landesregierung beispielsweise mit 1 DM pro Einwohner an Projektmitteln unterstützt, wenig mit der Antifa-Bewegung der 80er und Anfang der 90er Jahre gemeinsam. Die Aktionen sind breit angelegt und versuchen nicht zu dämonisieren, sondern auch die „schwierigen Jugendlichen“ mit ins Boot zu nehmen, sprich mit ihnen zu diskutieren und sie vom eigenen, besseren Entwurf der Zivilgesellschaft zu überzeugen. Somit weicht auch die gelegentlich etwas angestaubte Protestkultur, mit Schweigemärschen oder betroffenen „Nazis raus!“-Rufen, einem bunten Beteiligungsprotest mit vielfältigen Aktionsformen und positivem Bezugspunkt. Denn es soll auch Spaß machen, gegen

Rechts aktiv zu sein. Es wird demonstriert, dass man die öffentlichen Plätze nicht kampfflos an die Nazis preisgeben will.

Eine neue Gegenbewegung? Zunächst einmal trifft die Bewegung eben auch auf eine veränderte Nazi-Bewegung. Die Altnazis, wie man

sie noch aus den 60er und 70er Jahren kennt, taugen oft nur noch als Karikatur der Rechten. Die rechtsradikale Szene zieht ihren Erfolg insbesondere bei Jugendlichen aus einer intelligenten Vernetzung und einer identitätsstiftenden kulturellen Symbolik: „Nazis sind Pop“ meint zumindest der Berliner Publizist Burkhard Schröder („Nazis sind Pop“, Espresso-Verlag Berlin 2000).

Seine These ist, dass die rechte Szene nicht mehr die bekannten Mittel politischer Vermittlung nutzt, sondern durch Beeinflussung der Jugendkultur und deren Interpretation ihren Platz im gesellschaftlichen Mainstream erobert hat. Nazis sind Teil der Alltagskultur geworden. Politische Inhalte wie rechte Wertesysteme werden transportiert durch der Zeit angemessenere Mittel als Parteiprogramm und Flugblätter: „durch Musik, durch Sprachcodes, durch Ikonographie.“ (S. 47). Schröder untersucht dazu drei identitätsbildende Bereiche rechter Subkultur. Der rechte Dresscode und seine strengen Regeln sind dabei ebenso Thema wie die symbolhaltige Musikszene, deren unterschiedliche kulturellen Wurzeln er aufzeigt. Das Internet als Instrument ergänzt die unterschiedlichen Vermittlungswege. Kulturelle Symbole sind dabei die Hülle

für die Vermittlung rechter Inhalte und stiften Identität nach innen. Aber auch von außen werden bestimmten Ausdrucksformen eindeutige politische Positionen zugeordnet. So werden Nazi und Skinhead fast synonym für rechte Gewalttaten verwendet.

Ein Beispiel mag den Mechanismus besser verdeutlichen. Zu den Schulzeiten des Verfassers während der 80er Jahre haben an seiner Schule in Westfalen junge Menschen im Parka und mit Palästinenser-Tüchern den Ton angegeben und das politische Klima bestimmt. Sie haben nie die Mehrheit gestellt, waren aber, weil politisch orientiert, in diesem kleinen Lebensraum durchaus hegemonial. An der gleichen Schule werden heute, nach Auskunft einiger Lehrer, nicht nur die bekannten „Pitbull“, „Dobermann“ usw. -Shirts getragen, sondern auch rechte Musik getauscht. Nun kommt dieser Gruppe keine Hegemonie zu, aber zumindest haben sie es geschafft, Teil der Alltagskultur zu werden. Rechte Skins an den Schulen sind irgendwie normal und gehören zum Bild.

Die Rechte bietet ihre eigenen kulturellen Symbole an und nutzt sie für die politische Sozialisation. Insofern war es auch ein Trugschluss, zu glauben, Popkultur sei per se jugendlich und links. Schröder hält dazu treffend fest: „Pop war und ist nie links gewesen. Auch nicht gut, denn „Nazis sind Pop“ bedeutet im strengen Sinn der Worte nur, dass rassistische und antisemitische Ideen auch Teil populärer Kultur oder Musik sein können. Pop konnte nicht wegen der Botschaft als links „gelten“, sondern nur wegen der Art und Weise, wie diese konstruiert war.“ (S. 67f.). Und weiter: „Eine der wichtigsten Entwicklungen ist, dass die rechte Subkultur nicht mehr primär politisch organisiert ist, sich ihre Stärke also nicht am Wahlverhalten messen lässt, sondern dass sie als soziale Bewegung alle Bereiche der Alltagskultur bestimmt und dominiert. Sie ist ein Konglomerat aus Musik, Mode, Treffpunkten, gemeinsamen überregionalen Aktionen... sowie Ideologiefragmenten.“ (S. 132).

Die politische Wirkweise ist so originell nicht. Wir wissen schon lange, dass die tradierten Formen der Politikvermittlung und politischen Diskussion gerade in der jungen Generation kaum noch Rückhalt genießen. Gerade die öffentlichen Institutionen der Politik werden als nicht mehr glaubwürdig angesehen. „Die neonazistischen Aktivistinnen haben erkannt, dass Politik nicht mehr automatisch über soziale Milieus, über Parteiprogramme oder über Propaganda per Hauswurfsendung oder Plakat vermittelt werden kann, sondern auf Emotionen beruht, die eingeübt werden können.“ (S. 61). Dabei kommt der rechten Szene zugute, dass gerade in den modernisierten Milieus, in denen politische Traditionen und deren Vermittlungsformen weggebrochen sind, der Boden für ihre Vermittlungsweisen vorhanden ist.

Die Forderung nach Verboten oder rigidem Durchgreifen verharrt demgegenüber an der Oberfläche, da damit die alltagskulturellen Elemente von Rechtsextremismus, womit nicht der alltägliche und seit langem bekannte Rassismus allein gemeint ist, nicht beseitigt werden können. Vielmehr ist ein Kampf um die alltagskulturellen Deutungsformen notwendig. Hier setzt auch eine fundamentale Kritik an der Antifa-Bewegung durch den Autor ein: „Die Antifa diskutiert immer noch auf dem Niveau der Multikulti-Debatte der siebziger Jahre. Sie krankt an ihrer oft gezeigten Affinität zur völkischen Folklore à la Kurdistan und reproduziert mit ihren standardisierten und sinnfreien Appellen – „Nazi-Aufmärsche verhindern“, „(das jeweils Böse) verbieten“ – an die schlechtesten Tradi-

tionen des deutschen Obrigkeitsstaates. „Mit Antifa allein ist keine linke Politik zu machen.“ (S. 146)

Mit Symbolik und kultureller Zugehörigkeit werden also Interpretationsketten ausgelöst. So steht am Ende die nackte Symbolik auch für den Inhalt. Dass dieses auch zu umstrittenen und vielleicht sogar unverhältnismäßigen Interpretationen führt, soll am Schluss noch an einem Beispiel gezeigt werden. So gehört die Gruppe „Rammstein“ sicher zu den zur Zeit umstrittensten Phänomenen der deutschen Musikszene. Musikalisch u.a. von Trendsetter David Bowie hoch gelobt, fallen Rammstein doch eher durch äußerste Provokation auf, wie nicht nur die Wahl des Namens nach dem Unglück auf einer Flugschau im pfälzischen Ramstein zeigt. Ihre Auftritte inszenieren Rammstein oft martialisch, garniert mit Körperkult und Feuersbrunst. Spätestens seit der Verwendung von Bildern aus Leni Riefenstahls Film über die Olympischen Spiele 1936 für ein Video zu einer Version von Depeche Modes „Stripped“ konnte man sich bei der Band aus dem Milieu des Prenzlauer Berges nicht mehr so sicher sein. Die logische Verkettung von aggressiver Musik, provokativem Verhalten, zweideutigen Texten und martialischen Auftritten schien in Verbindung mit der Verwendung der Bilder Riefenstahls eindeutig auf die Vermittlungsmuster der Rechten hinzuweisen. In einem Interview für eine Sendung des Musiksenders MTV vor einigen Wochen sprechen Rammstein über die ihnen entgegengebrachte Skepsis. Sie seien aufgefordert worden, doch mal klar Stellung zu ihrer politischen Haltung zu beziehen. Da ihr Medium die Musik sei, hätten sie auch zu einer musikalischen Antwort gefunden und auf der neuen CD findet sich somit ein Lied „Links 2 3 4“, in dem es heißt „Sie wollen mein Herz

am rechten Fleck, doch sehe ich dann nach unten weg, dann schlägt es links!“. Für die Gruppe soll das als politische Klarstellung reichen. Ihr komme es ansonsten eher auf die ästhetischen Stellungnahmen in ihrer Musik und in ihren Darstellungsformen an. Und sicher werden ihre Provokationen auch dazu führen, dass sich die Verkaufszahlen steigern. Letztes Beispiel ist die aktuelle CD „Mutter“, auf deren Cover ein toter Embryo zu sehen ist. Allerdings verbleibt die Symbolik eher auf einem oberflächlichen Niveau. Den eigenen, hochgesteckten Ansprüchen kann man nicht gerecht werden. Politisch gesehen verbleiben Rammstein „in der Inszenierung gefangen, wie ein Hamster in einem Laufrad.“, wie Schröder (allerdings ohne Kenntnis der Stellungnahme der Gruppe zu o.g. Lied) meint.

Der Gedanke, dass Rechtsextremismus deshalb an einigen Stellen so massiven Zulauf erhält, weil seine politischen Träger Eingang in die Alltagskultur gefunden haben, scheint noch nicht ganz ausgereift. So wird der interessierte Leser mit Vorliebe für empirische Belege und saubere theoretische Herleitung auch nicht viel Spaß mit Schröders Buch haben. Dennoch öffnet es den Blick für eine zeitgemäße Interpretation des Phänomens Rechtsextremismus. Die Gegenstrategien müssen die Wirkweise dieses Alltagsphänomens in den Blick nehmen und angemessen darauf reagieren, ohne aus dem Blick zu verlieren, dass es sich bei aller alltagskultureller Betrachtung um eine teils hoch aggressive und gewaltbereite Szene handelt.

spw

Literatur:

Burkhard Schröder, Nazis sind Pop, Berlin 2000 (Espresso-Verlag)

Die folgende Situation hat wohl jeder schon einmal erlebt, der regelmäßig mit der Bahn fährt: „Aufgrund eines kleinen Defektes wird sich die Weiterfahrt ihres Zuges um wenige Minuten verzögern – wir bitten um ihr Verständnis.“ Meistens werden dann aus wenigen viele Minuten und die wartenden Fahrgäste sehr ärgerlich.

Seltener ist es aber wohl der Fall, dass jemand in dieser Zeit den Grundstein für eine Schriftstellerkarriere und den Spitzenplatz unter den weiblichen Topverdienerinnen in Großbritannien legt. Genau dieses Meisterstück ist aber angeblich Joanne K. Rowling gelungen, als ihr die Figur und die Geschichte des kleinen Zauberers Harry Potter 1990 in einem steckengebliebenen Zug zwischen Manchester und London King´s Cross quasi „zuflog“. Darauf folgten dann zwar noch fünf Jahre harter Arbeit, bis das Manuskript zum ersten Teil „Harry Potter und der Stein der Weisen“ fertig war, der Rest ist allerdings Geschichte.

Seit 1996 der englische Verlag Bloomsbury das Manuskript akzeptierte und den ersten Band veröffentlichte, wurde die heute 36jährige Autorin mit Preisen überhäuft. Der zweite Band, „Harry Potter und die Kammer des Schreckens“ stieg 1998 direkt auf dem ersten Platz der Bestsellerlisten ein und die Fortsetzung „Harry Potter und der Gefangene von Askaban“, die 1999 erschien wurde mit 64.000 Stück in drei Tagen das bis dahin am schnellsten verkaufte Buch in Großbritannien, Trotzdem war 2000 bei Erscheinen des vierten Teils „Harry Potter und der Feuerkelch“ immer noch eine Steigerung möglich: im Herbst

Harry Potter – Alles Hokus Pokus?

von Katja Pohl

2000 startete er mit der Rekordauflage von einer Million Exemplaren in Deutschland. Weltweit wurden bisher mehr als 35 Millionen der Potter-Abenteuer verkauft. Nebenbei soll der Verkauf der Film- und Merchandisingrechte nur für Teil eins und zwei Mrs. Rowling eine siebenstellige Summe eingebracht haben. Die Verfilmung des ersten Bandes wird im Herbst 2001 in den deutschen Kinos zu sehen sein. Es wird also noch einiges auf uns zukommen in Sachen Harry Potter, wenn man bedenkt, dass der Zauberinternats-Zy-

Grundlegend für den „Erfolg“ sind Werte wie Gerechtigkeit, Solidarität und Fairness. Aber auch Selbstbewußtsein und Selbstreflexion spielen eine entscheidende Rolle.

Katja Pohl ist Vorsitzende des JusO-Bezirks Westliches Westfalen, sie studiert und lebt in Münster

klus von vornherein auf sieben Bände angelegt ist – einen für jedes Schuljahr Harrys auf dem Weg zum Zaubererabitur, dem U.T.Z. („Unglaublich toller Zauberer“) im Internat Hogwarts. Das ist aber nur die eine, die kommerzielle Seite des Potter-Kultes. Neben den unglaublichen Verkaufszahlen spielen sich aber noch viele andere außergewöhnliche, um nicht zu sagen sonderbare Dinge ab. Die Veröffentlichung des vierten und bisher letzten Potter-Bandes wurde nicht nur gleichsam von Kindern wie Erwachsenen sehnsüchtig erwartet, sondern fast überall auch frenetisch gefeiert. Kaum ein Buchladen der es sich nehmen ließ Sonderaktionen zum P-Day am 14. Oktober 2000 wie Mitternachtslesungen und -parties – natürlich mit Verkauf! – durchzuführen. Schon im Juli hatten große und kleine Harry-Fans in Berlin eine 600 Personen starke Potter-Parade initiiert und einige große Bahnhöfe und Museumsbahnen verwandelten sich für die Nachwuchsmagier in das sagenhafte Gleis 9 3/4 des Londoner Bahnhofs King 's Cross und ließen hier den Howarts-Express starten. Mit anderen Worten: die Fangemeinde des Harry Potter ist ebenso riesig, wie auch bunt gemischt. Längst braucht kein Erwachsener sich mehr zu schämen, mit einem vermeintlichen Kinderbuch „erwischt“ zu werden.

Aber was ist es dann? Märchen, Thriller, Gruselgeschichte oder gar Bildungsroman, wie Rowling ihr Werk selbst gern verstanden wissen möchte? Weder der Plot, noch die Erzählform sind außergewöhnlich oder besonders innovativ. Ein bisschen männliches Aschenputtel, viel Internatsgeschichte und über allem ein Hauch Artussage. Den Pepp zieht die Geschichte des kleinen Waisenjungen, der nach 11 elenden Jahren bei seiner nicht-magischen Verwandtschaft erfährt, dass er ein Zauberer ist – und ein ganz Besonderer dazu! – aus der Gegenüberstellung der Zauberer- und der Muggel-Welt, also unserer Welt. Einmal, weil viel komisches Potenzial in diesem Kontrast steckt, wobei sich die nicht-magische Welt meist als die Absurdere zeigt, und weil die Parallelität und zeitweilige Vermischung beider Realitäten die Distanz bei den Leserinnen schrumpfen lässt und die Geschichte so – allen Verfremdungen zum Trotz – glaubhaft wird! Den klassischen, chronologischen Erzählstil macht die Autorin allemal durch ihre lebendige Sprache und die schier unerschöpflich scheinende Phantasie, die durch unzählige Details Figuren und Orte glasklar vor dem geistigen Augen entstehen lässt, wett. Natürlich folgt sie dabei auch schlichten Spielregeln: vorrangig ist in allen Teilen der immerwährende Kampf des Guten gegen das Böse.



Foto: Christian Kiel (Berlin)

In der Welt des Harry Potter gelingt der (jeweils kurzzeitige) Sieg aber nicht in erster Linie durch Zauberei, wie man ja leicht annehmen könnte, oder physische oder intellektuelle Stärke. Grundlegend für den „Erfolg“ sind hier Werte wie Gerechtigkeit, Solidarität und Fairness. Aber auch Selbstbewußtsein und Selbstreflexion spielen eine entscheidende Rolle. In einer verwirrenden und ständig neuen Welt erarbeitet sich Harry Potter Respekt und Freundschaft – nicht dadurch, dass er ein bekannter Zauberlehrling ist, sondern dadurch, dass er an sich selbst ständig und beharrlich arbeitet. Die englische Kritikerin Elizabeth D. Schafer fasst es so zusammen: „Harry repräsentiert die Suche danach, sich selbst zu verstehen und die Kräfte, die die Welt gestalten und bewegen, in der er lebt. [...] Unabhängig von ihrem Alter, kulturellen Hintergrund oder sozioökonomischen Status werden die Leserinnen und Leser weder Harry vergessen noch, was er ihnen beibrachte über den Glauben an sich selbst, und ihrem Alltag werden Einfallsreichtum, Phantasie, Sinn für das Wunderbare und das Gefühl der Menschlichkeit Platz finden, um die Welt zu bereichern.“

Auch wenn man diesen Enthusiasmus nicht teilen kann, gibt es in jedem Fall viele Gründe die Bücher über Harry zu lesen und vor allem sie zu mögen! Auf der einen Seite spickt Rowling ihre Geschichten mit Verweisen auf konkrete soziale und gesellschaftliche Probleme, wie z.B. das Thema Rassismus, das in vielfältiger Form auftaucht, auf der anderen Seite hält sie aber beispielsweise konsequent technischen Fortschritt und alles Industrielle, wie Computer oder auch nur Elektrizität, bis auf kleine ironische Seitenhiebe, aus der Zaubererwelt heraus. Aber vielleicht machen ja gerade diese kleine Widersprüche und Ungereimtheiten die Geschichte von Harry Potter so massentauglich? Für die einen weißt die Handlung weit über die Zaubererstory hinaus, und gewinnt dadurch gesellschaftliche, wenn nicht gar politische Brisanz, die anderen schätzen die Geborgenheit, die die zum Teil zur Schau getragene konservative Verlässlichkeit bietet. Muss man Joanne K. Rowling deshalb den Vorwurf machen, dass sie sich nicht für eine „Sichtweise“ entschieden hat oder es vielleicht gar nicht wollte? Vielleicht ist es ja gerade das Geheimnis von Harrys Erfolg: alle dürfen sich wiederfinden, aber niemandem wird vorgeschrieben wo.

Es kann also noch spannend werden, wie es weitergeht – in jeder Hinsicht! amazon.de hat den fünften Band auch schon angekündigt, „Harry Potter und der Auftrag des Phönix“. Jetzt kann man es wahrscheinlich noch schaffen die Vorgänger zu lesen ... Es lohnt sich. spw

Literatur:

- Joanne K. Rowling, *Harry Potter und der Stein der Weisen*, Carlsen-Verlag, Hamburg 1998
 Joanne K. Rowling, *Harry Potter und die Kammer des Schreckens*, Carlsen-Verlag, Hamburg 1999
 Joanne K. Rowling, *Harry Potter und der Gefangene von Askaban*, Carlsen-Verlag, Hamburg 1999
 Joanne K. Rowling, *Harry Potter und der Feuerkelch*, Carlsen-Verlag, Hamburg 2000
 Friedhelm Schneidewind, *Das ABC rund um Harry Potter*, Schwarzkopf & Schwarzkopf Verlag, Berlin 2000

Im Internet:

- www.harrypotter.de (Carlsen-Verlag)
www.bloomsbury.com/harrypotter
www.scholastic.com/harrypotter
www.harrypotter.com (Time Warner)
<http://harrypotter.warnerbros.com>
www.hpfc.de (Deutscher Fanclub)



So könnte zumindest ein alternativer Titel des Buches „No Logo Der Kampf der Global Players um Marktmacht. Ein Spiel mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern“ der kanadischen Journalistin Naomi Klein lauten. In einer gut lesbaren Mixtur aus persönlichen Erfahrungsbericht, journalistischer Recherche und Analyse zeigt sie die heutigen Möglichkeiten eines alternativen politischen Verhaltens jenseits der überall drohenden kommerziellen Vereinnahmung des öffentlichen Raumes und kulturellen Lebens durch eine über Individualisierung und Lifestyle gespeiste Markenutopie auf. Sie will die kulturellen und wirtschaftlichen Bedingungen dieser Entwicklung aufspüren und bringt dabei eine einfache, nichtsdestotrotz bestechende Kombination lokaler und globaler Wirkungsweisen zusammen.

Ihre ‚Entzauberung der Markenwelt‘ fußt auf der Grundthese, dass die Erkenntnis, nicht mehr Produkte, sondern Marken seien zu verkaufen, zu einer folgenreicheren Entwicklung in der Privatisierung des öffentlichen Raumes mitsamt einer Beschneidung der Bürgerrechte führt. Darüber hinaus stünde eine (nicht ganz) neue Struktur der Beschäftigung an. Die Generierung der Markenutopie ist in der kapitalistischen Entwicklung für sie die perfideste Art der Manipulation und Ausbeutung; die entwickelte Welt stünde der Dritten gegenüber. Produktion interessiere dabei niemanden mehr, da sie outgesourct in die Sweatshops der Dritten Welt verbannt sei. Dabei nimmt sie insbesondere Nike, Tommy Hilfiger und GAP in den Blick. Diesem Schritt zur Markenutopie und zum Großkonzern ohne eigene Produktion misst die an Literaturtheorie und postmodernen Debatten der frühen Neunziger geschulte Autorin große Bedeutung bei, da durch die neuen Marketingstrategien der Großkonzerne ein Quantensprung in der Vereinnahmung des öffentlichen Raumes, d.h. an der Vereinnahmung und dadurch Umformung unterschiedlichster Jugendkulturen und kulturtheoretischer Ansätze wie z.B. die des „universitären Feminismus“ vollzogen würde. Anhand der Sport und Musikindustrie bzw. ihrer kulturellen Phänomene stellt sie dar, wie sehr die scheinbare Vielfalt der Trends auf eine Vereinheitlichung und mentale Einflussnahme durch die Großkonzerne hinauslaufe. Aus Sicht der Linken mag ein besonderes Augenmerk darauf geworfen werden, dass diese Markenutopie daherkommt, sich in die Lebenswelten der (jungen) Menschen einschreibt und somit auch in sogenannten „Gegenkulturen“ bewusstseinsbildend wirkt.

In der Kolonialisierung mentaler Räume gerade bei Jugendlichen sieht sie die eigentliche Gefahr des Markenfetischismus, der sich auch auf dem Körper „auswirkt“ (das Tattoo mit dem Nike-Swoosh ist ein häufig zitiertes Beispiel). Aus der Distanz betrachtet, mutet diese Aussage

Widerstand ist möglich!

Von Anja Kruke und Björn Böhning

zwar etwas bürgerlich-humanistisch in der Tradition der Aufklärung an, entpuppt sich aber bei näherer Betrachtung als fruchtbarer Versuch, der üblicherweise rein ökonomisch argumentierenden Kapitalismuskritik den Strang der kulturtheoretisch ausgerichteten Analyse hinzuzufügen.

„No Logo“ kann dabei als wichtiger Beitrag angesehen werden, die gegenwärtig in den Feuilletons geführten Diskussionen um eine Privatisierung der Kultur durch die Markenumwelten um eine Analyse und Reformperspektive erweitert zu haben. In einer linear erzählten Analyse der Geschichte des Markennamens filtert sie eine neue Motivation für Widerstand gegen „Markensteuerung“ heraus, auch wenn dies angesichts der schnellen Vereinnahmung von kulturellen Trends und als Gipfelpunkt deren ironische Brechung im Moment ihres Entstehens kaum noch möglich scheint. Bei ihr motiviert sich Widerstand durch ganz basale Empfindungen wie Wut und Misstrauen, die in eine konzernkritische Haltung und Aktion münden. Durch die Beschreibung der ökonomisch motiviert handelnden Großkonzerne, die bei ihr zu Scheinriesen werden, wird auf angenehm klare Weise die Lifestyle und Individualisierungsmanie der achtziger und neunziger Jahre auf ihren wahren Kern, nämlich einem auf sozialen Bedürfnissen ruhenden kommerziell ausgeschlachtetem Modetrend, reduziert. Indem sie einen ‚echten‘ Protest statt ironischer Subversion einfordert, rechnet sie auch mit den postmodernistischen Debatten über Repräsentanz und den Gender-Debatten an nordamerikanischen Hochschulen ab. Sie, die selber daran beteiligt war, wirft den Diskutanten im nachhinein vor, gescheitert zu sein, da sie nicht in der Lage waren, klare Gedanken zu formulieren. Dass der herkömmliche Aufbau des Buches im klassischen Dreiklang ‚Ausgangslage, Analyse, Handlungsmöglichkeiten‘ nicht übermäßig auffällt, liegt an der peppigen Überschriftengebung, die auf die unterschiedlichen Räume der Kommerzialisierung und ihrer Folgen verweist und an ihrer flüssigen und anschaulichen Erzählweise, die psychologisch geschickt verquickt auf der persönlich motivierten und der analytischen Ebene besteht. Ihre durchweg positiv konnotierten Aktivisten lassen sich als Summe aller Globalisierungsgegner fassen und ergeben doch mehr, weil sie für Klein die Hoffnungsträger einer neuen, den global agierenden Konzernen durch ihre Vernetzung gleichwertigen Bewegung sind.

Man muss sich nach der Lektüre des Buches fragen, ob dieser ‚Diskurs der neuen Aufklärung‘ dazu geeignet ist, eine neue soziale Bewegung adäquat zu beschreiben. Aber zumindest um diese Bewegung zu unterstützen, hat Naomi Klein dieses hoffnungsvolle Buch geschrieben. **spw**

Naomi Klein; „No Logo“. Riemann-Verlag 2001, 512 S., 48 DM

Anja Kruke, Historikerin, promoviert z. Z. an der Uni Bochum, Björn Böhning, stellv. Juso-Bundesvorsitzender, lebt in Berlin, beide sind Mitglied der spw-Redaktion

Cool Britannia?

Von Catherine Gregori

Mit großer Mehrheit wurde Tony Blair im Juni als Premierminister Großbritanniens wiedergewählt. Allerdings ist die Freude über dieses Wahlergebnis verhalten, weil die mit 59% niedrigste Wahlbeteiligung seit 1918 zum einen das Funktionieren des demokratischen Systems, zum anderen aber das Blairsche Politikkonzept in Frage stellt.

Vom Wert der Demokratie

Wie bereits 1997 hat Labour mit 412 (-6) der insgesamt 659 Sitze eine komfortable Mehrheit im britischen Unterhaus. Liberale und Konservative konnten je fünf Sitze hinzugewinnen, wobei die Liberalen davon profitierten, dass Labour-Anhänger taktisch liberal wählten um konservative Kandidatinnen zu verhindern.

Wenig erfreulich war hingegen die Wahl aus Sicht der Frauen, die im neuen Parlament nur 17,45 % der Abgeordneten stellen, 115 (-6) Abgeordnete insgesamt und davon 95 in der Labour-Fraktion, wobei hier u.a. die niedrige Mobilisierung der Frauen zu Buche schlug.

Labour und die Regierung sind aber kein monolithischer Block, wie der Blick auf den Wahlsieg vermuten ließe. Im Gegenteil, dass in Großbritannien Blair und seine Politik in der Partei und außerhalb umstritten sind, macht der Blick auf einige Wahlkreise deutlich. In Wyre Forest wurde ein unabhängiger Arzt gewählt, der sich einzig für die Wiedereröffnung eines Unfallkrankenhauses einsetzt und damit einen Labour-Staatssekretär aus dem Amt jagte. Im sicheren Labour-Wahlkreis St. Helens South wurde der Millionär Shaun Woodward gewählt, der noch 97 für die Konservativen ins Unterhaus eingezogen war und später



zu Labour überlief. Gleich drei linke Kandidaten, zwei davon früher selbst Labour-Mitglieder, sorgten dafür, dass dort die Labour-Mehrheit um 50% reduziert wurde. Und erschreckend waren die Ergebnisse in Oldham, wo die Britische Nationalpartei (BNP) 16% der Stimmen bekam – dort war es im Vorfeld der Wahlen zu Ausschreitungen zwischen weißen und asiatischen Jugendlichen gekommen, die maßgeblich von der BNP angeheizt worden waren.

Erschwert hat der Wahlausgang außerdem den ohnehin schwierigen Friedensprozess in Nordirland, dort konnten die radikalen Parteien Sitze hinzugewinnen.

Mit Sicherheit das größte Problem war die mit nur 59% äußerst niedrige Wahlbeteiligung, die damit um 10% geringer war als 97. Blairs Regierung stützt sich jetzt auf weniger als ein Viertel aller Wahlberechtigten. Anlass zu besonderer Sorge ist dabei die Wahlbeteiligung der JungwählerInnen (38%), die der v.a. aus den ärmeren Milieus stammenden Frauen sowie die der Labour-Stammwählerschaft, die in den sicheren Labour-Wahlkreisen daheim blieben.

Die Gründe für die Wahlabstänze sind vielfältig und im Mehrheitswahlsystem, den nur marginalen Unterschieden zwischen den Parteien, dem lange vorher feststehenden Wahlausgang, einer zunehmenden Entfremdung von den immer pragmatischer werdenden PolitikerInnen, dem subjektiven Gefühl, nicht ernst genommen zu werden, der Einschätzung, dass Wahlen nichts ändern und dem Wegfallen traditioneller Milieus zu suchen. Der wichtigste Grund ist jedoch, dass Schein und Sein in der britischen Politik weit auseinanderfallen und die von Medien und Politik inszenierte Realität nichts mit den Lebensrealitäten vieler Menschen zu tun hat.

Was war, was ist, was wird sein?

Obwohl Blair und seine Politik des Dritten Weges gerne als Vorbild für andere sozialdemokratische Parteien dargestellt werden, hat sich in Großbritannien nicht der große Bruch mit der Ära Thatcher vollzogen. Die Erregenschaften der Regierung Blair werden allgemein überschätzt, denn zwar wurde das Kindergeld auf knapp 50 DM pro Woche für das erste Kind angehoben und hat die Regierung einen Mindestlohn eingeführt, der ist aber mit knapp 12 DM recht gering. Positiv zu verbuchen sind v.a. eine Änderung des Steuerrechts, die Familien höhere Freibeträge eingeräumt hat und höhere Beihilfen für Familien. Allerdings sind viele dieser Unterstützungen nur Darlehen und helfen den Betroffenen nicht dauerhaft.

Der vielgerühmte „New Deal“, das Programm mit dem Arbeitslosigkeit bekämpft werden soll, enthält repressive Elemente und verpflichtet z.B. Alleinerziehende einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Die vielgepriesene Bekämpfung der Kinderarmut wurde v.a. über diese Verpflichtung der Eltern zur Arbeit erzielt, weil damit mehr Geld in die Haushaltskassen geflossen ist. Und Arbeitslosen, die weder Schreiben noch Lesen können, soll die Unterstützung gestrichen werden, wenn sie sich weigern, an Lese- und Rechtschreibkursen teilzunehmen.

Die Renten wurden nur geringfügig erhöht, Vizekanzler Prescott selbst hat zugegeben, dass er von der gesetzlichen Mindestrente nicht leben könnte. Die Ankoppelung an die Entwicklung der Nettoeinkommen wurde – trotz eines Beschlusses des Parteitags 2000 – nicht wiederhergestellt.

Kaum Fortschritte wurden im Bereich der öffentlichen Dienste erzielt.

Catherine Gregori, geb. 1978, stellvertretende Juso-Bezirksvorsitzende WW, Studentin an der Ruhr-Uni-Bochum, Anglistik im HF mit Schwerpunkt cultural studies.

Das Institut für Steuerforschung (IFS) hat nachgewiesen, dass die öffentlichen Ausgaben für die Infrastruktur, Krankenhäuser und Schulen auf dem niedrigsten Stand seit dem 2. Weltkrieg sind, und während die Nettoinvestitionen im öffentlichen Sektor 1979 noch 2,7% des BIP betragen und in der Ära der Konservativen noch 2%, waren es unter New Labour gerade noch 0,5%. Das ist nur logisch, war es doch das zentrale Projekt Finanzminister Browns, den Haushalt zu sanieren – und tatsächlich sank die Verschuldung von 52% auf 41%.

Auch für Frauen, die Labour den Wahlsieg 1997 beschert hatten, hat sich nicht viel geändert. Trotz des Rekordanteils an Frauen im britischen Unterhaus von 1997-2001 haben Fraueninteressen kaum Eingang gefunden in die britische Politik, männliche Abgeordnete und die Presse haben sich extrem feindlich gegenüber den als „Blair Babes“ diskreditierten Frauen gezeigt und eines der Ergebnisse ist, dass 2001 deutlich weniger Frauen Interesse zum einen an einem Sitz im Parlament, zum anderen an den Wahlen überhaupt gezeigt haben.

Auch was die europapolitische Bilanz der Regierung Blair anbelangt, kann von einem Paradigmenwechsel keine Rede sein. Zwar wurde die europäische Sozialcharta unterzeichnet, diese hat in der Realität jedoch kaum Auswirkungen auf den Alltag der ArbeitnehmerInnen. Und obwohl die Regierung Blair sicherlich offener für Europa ist, wollen sich die Briten so manche ihrer Privilegien wie bspw. das Vetorecht für Fragen der Erweiterung der EU, einer gemeinsamen Steuerpolitik oder Sozialstandards nicht nehmen lassen. Statt tatsächlich für ein Mehr an Transparenz zu sorgen, spricht Blair ständig vom Europa der Menschen, ohne das jedoch zu unterfüttern – im Gegenteil führt er einen in Teilen doch sehr nationalen Diskurs der „one nation“ im eigenen Land und hat im Wahlkampf immer wieder betont, wie stolz er sei, ein Brit zu sein.

In der zweiten Amtsperiode will Blair nun die „radikalen“ Reformen durchsetzen, was dringend nötig ist: der steuerfinanzierte Gesundheitsdienst NHS ist chronisch unterfinanziert, die Wartelisten für Operationen sind lang, die PatientInnen tragen hohe Kosten für die Erstversorgung, für Rezeptzuzahlungen sowie Beteiligungen an Behandlungen und Ope-

rationen. Und Personal wird aus Übersee rekrutiert, weil in GB nicht genügend ausgebildet wird.

Im Bildungswesen sieht es nicht viel besser aus, einige Schulen unterrichten seit dem letzten Winter nur noch vier Tage, es fehlt an LehrerInnen, die Klassen platzen aus allen Nähten, der Abstand zwischen privaten und staatlichen Schulen ist weiterhin groß und die von Labour eingeführten Studiengebühren erschweren den Zugang zu den Hochschulen.

Die Menschen selbst haben ihre Prioritäten klar gemacht: Über die Hälfte der Bevölkerung ist bereit, höhere Steuern zu zahlen, wenn dadurch eine bessere Ausstattung der öffentlichen Dienste gewährleistet würde. Aber Blairs Zauberwort für die Lösung aller Probleme ist privates Engagement im öffentlichen Sektor – gleichgültig ob über Public Privat Partnerships (PPP) oder Private Finance Initiatives (PFI), wie es v.a. auch der Blair nahestehende Think Tank Institute for Public Policy Research (IPPR) vorschlägt. Über das Ausmaß der Privatisierungen wird noch gestritten, so soll etwa das Management aus dem privaten Sektor rekrutiert werden, oder die Dienste öffentlich finanziert und privat bereitgestellt werden. Insgesamt zeigt sich also recht deutlich wo die Probleme der britischen Regierung liegen: Labour hat viel versprochen, diese Versprechen aber nur teilweise eingelöst. Das alleine wäre nicht so schlimm, würde nicht auch die Inszenierung der eigenen Erfolge für einen Großteil der Menschen nicht mit den erfahrenen Realitäten übereinstimmen.

Die Partei, die Partei, die hat immer recht...

Aber auch mit dem eigenen Klientel versteht Blair es sich zu verscherzen, die Basis von Labour wurde weitestgehend entmacht.

Inhaltlich konzentrierte sich Labour wie auf dem Parteitag 2000 angekündigt stark auf die Themen Steuern und öffentliche Ausgaben. Der Wahlkampf war auf Blair zugeschnitten, betonte den „Dritten Weg“, Patriotismus, und v.a. gegen Ende des Wahlkampfs die traditionellen Werte Solidarität und soziale Gerechtigkeit, und rückte ganz zuletzt den Aufruf Wählen zu gehen in den Vordergrund.

Die Schwierigkeit für Labour bestand im Wahlkampf darin, sowohl die konservativen Mittelschichten, die ihnen den Wahlsieg 1997 beschert

www.sozialismus.de



Joachim Bischoff/Fritz Fiehler: Berlin: Krise – Kollaps – Neubeginn? Bernhard Müller: »Casinokapitalismus« oder »Wir-Gesellschaft«; Ralf Krämer: Kapitulation vor der »neuen Mitte«; J. Bischoff: Die rot-grüne Koalition und ihre Konjunkturdelle; Karl Georg Zinn: Schlafmützigkeit im Wirtschaftsabschwung

Bernd Niklas: Eine Bewährungsprobe für ver.di: Tarifpolitik bei Lufthansa; Peter Balluf: Vereinte Dienstleistungen? Axel Gerntke: Aktive statt aktivierende Arbeitsmarktpolitik

Florian Weis: Großbritannien nach den Wahlen; Richard Detje: Tony's Honeymoon ist vorbei; Bernhard Sander: Umwälzungen in der französischen Gesellschaft; Daniel Bensaïd: Niemand weiß, wie die Revolutionen des 21. Jahrhunderts aussehen werden; Klaus Dieter Lühn: Berlusconi an der Macht; Paolo Ciofi: Der Cavaliere und die (versunkene) Welt der Arbeit; Theodor Bergmann: Patt im Nahostkonflikt; Lennart Laberenz: Kubas zweite Transition; Dieter Boris – der Sieg des »unbekannten Teufels«; Denis Goldberg: Impressionen und Erinnerungen an Südafrika; Stichwort: Wladimir Iljitsch Uljanow gen. Lenin (Hansgeorg Conert)

Supplement: Mario Keßler/Heinz Deutschland: Hermann Duncker

Abo: DM 120,- (erm. DM 85,-) Probeheft: Redaktion Sozialismus St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg Fax 040/280 505 68 e-Mail: redaktion@sozialismus.de

hatten, als auch ihre Stammwähler zu bedienen.

Deshalb wurden die Themen Steuern und Ausgaben auf die Agenda gesetzt und gleichzeitig ein hartes Vorgehen gegen Kriminelle, insbesondere randalierende Jugendliche, in Aussicht gestellt. Auch die Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die allesamt Zwangselemente enthalten, bedienen das Klientel von „middle Britain“ und unterstreichen Blairs Credo vom Ende der „something for nothing“ Kultur.

Inner- und außerparteilich gab es im Wahlkampf Kritik an Labour: Einmal mehr hatte Millbank, die Parteizentrale, in einigen Wahlkreisen ihre KandidatInnen gegen den Willen der örtlichen Partei durchgesetzt. Das ist in GB möglich, weil nach der Ausrufung der Wahlen Millbank bei der KandidatInnenwahl besondere Befugnisse hat. In Kenntnis dieser Regelung hatten einige Unterhausabgeordnete ihren Abgang bewusst erst nach Bekanntwerden des Wahltermins angekündigt, und so der Zentrale Gelegenheit gegeben, „moderne“ KandidatInnen durchzudrücken.

Auch die Wahlkampfstrategie Labours stieß nicht nur auf Gegenliebe. So hatte Labour den 1997 formulierten Anspruch, keine rein männlichen Wahlkampfveranstaltungen abzuhalten, 2001 aufgegeben und Kandidatinnen waren bei Wahlkampfver-

anstaltungen öffentlich nicht sichtbar.

Zudem basierte der Wahlkampf einmal mehr auf „spin“, auf der Inszenierung von Politik und Events, was als arrogant wahrgenommen wurde und deutlich machte, dass der Abstand zwischen der Darstellung der Wirklichkeit durch die Partei und der subjektiven Wahrnehmung der Wirklichkeit durch die Menschen sich noch vergrößert hat. Darin liegt eines der größten Probleme von Labour: dass „Cool Britannia“, das moderne Image, das Blair seinem Land geben wollte, eben nicht für alle Bevölkerungsteile, sondern nur für einen kleinen Teil erfahrbar ist.

Allerdings scheint sich inzwischen Widerstand zu regen gegen die Willkür der Parteispitze: ob der undemokratischen Auswahlverfahren beginnen sich Linke in und außerhalb der Partei neu zu formieren. Die traditionell enge Bindung der Gewerkschaften an Labour wurde teilweise seitens der Gewerkschaften aufgebrochen; so hat die Feuerwehrgewerkschaft mit einer Satzungsänderung beschlossen, KandidatInnen im Wahlkampf auch finanziell zu unterstützen, die nicht Labour angehören.

Von GB lernen heißt siegen lernen?

Interessant ist die Wahl in GB aus mehreren Gründen; weil GB ein wichtiger Partner in Europa ist und weil

der Labour-Regierung eine Schlüsselrolle in einem sozialdemokratischen Zeitalter zukommt; nicht zuletzt aber auch, weil die deutsche Parteiführung ein gewisses Interesse an der Organisationsform der Schwesterpartei und der Regierungspolitik Blairs gezeigt hat und die dortigen Erfahrungen in ihre Konzepte einbezieht.

Es macht allerdings keinen Sinn, Labour unreflektiert zum Vorbild zu nehmen, und m.E. hat die Wahl mehrere Dinge recht deutlich gezeigt:

Wo die Diskrepanz der Inszenierung von Politik und der Lebensrealität so groß wird wie in GB entfernt sich die Politik zunehmend von den Menschen und hat letztlich die Demokratie ein Legitimationsproblem, wie die niedrige Wahlbeteiligung gezeigt hat. Politik wird dann nicht mehr als Mittel wahrgenommen, um die eigenen Lebensverhältnisse zu verbessern, bzw. um überhaupt Reformen in einer Gesellschaft herbeizuführen.

Politik heißt Entscheidungen treffen und eine Regierung muss sich sehr wohl überlegen, welche Klientel sie bedienen will. Eine Strategie, die nicht nur scheinbar sondern tatsächlich Werte der Thatcher-Ära umfasst, kann für eine Labour-Partei nicht richtig sein, und so muss sich Labour entscheiden, für wen sie Politik machen und mit wem sie die nächste Wahl gewinnen wollen.

Eine Partei ist immer nur so stark wie ihre Mitglieder. Wo die Mitglieder permanent übergegangen und an programmatischen und inhaltlichen Debatten nicht mehr beteiligt werden, oder einzig als willige (oder in diesem Falle unwillige) Kampftruppen im Wahlfall eingesetzt werden, tut sich ein Abgrund auf zwischen Spitze und Basis, der auch der Bevölkerung nicht verborgen bleibt und eine Partei an Glaubwürdigkeit einbüßen lässt.

Ob die Linke innerhalb der Labour-Party stark genug ist, um ihre Ansprüche durchzusetzen, bezweifle ich derzeit. Trotzdem stellt sich die Frage, ob dieses sozialdemokratische Zeitalter etwas mehr Chancen für einen Linke bietet, als es die britische Politik derzeit zeigt.

Zwar hat Labour mit diesem Konzept diese Wahl noch gewonnen, das ist jedoch keine Garantie dafür, dass das das nächste Mal auch gelingen wird. Wären die Tories stärker und erstzunehmende Gegner gewesen, hätte das Ergebnis auch knapper ausgehen können. Und es stellt sich die Frage, wie tragfähig das Blairsche Politikkonzept langfristig ist.

spw

ISW

institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e. V.

analysen
fakten & argumente

Nach dem Goldrausch

Der Absturz des HighTech-Sektors und die Folgen für die Gesellschaft



ISW REPORT NR. 47

Der Absturz des HighTech-Sektors und die Folgen für die Gesellschaft

Ist die Informationsgesellschaft schon zu Ende, bevor sie richtig gestartet ist? Welche Rolle spielt die Informationstechnologie inzwischen für die Gesamtwirtschaft? Und was bleibt übrig von all dem Neuen, das das Internet-Zeitalter bringen sollte?

Der Autor Wolfgang Müller hat lange als Softwareentwickler in amerikanischen IT-Konzernen gearbeitet und ist seit zwei Jahren bei der IG Metall Bayern zuständig für Siemens und die IT-Branche.

KRIEG aus dem All?

Die Raketenabwehrpläne der USA



ISW SPEZIAL-NR. 14

Hintergründe und Folgen der Raketenabwehrpläne der USA
isw-spezial 14, Juni 2001
(in Zusammenarbeit mit IML e.V.)
DM 5,- zzgl. Versand

isw-report 47, Juni 2001, DM 5,- + Versand

Bestellungen
Gesamtprogramm

isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.
Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München. fon: 089-130041
fax 089-168 94 15, email: isw_muenchen@t-online.de

In der Nacht vom 28. auf den 29. Juni 2001 kommt es zur Adhocauslieferung des ehemaligen jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milošević an das sog. Internationale Kriegsverbrecher-Tribunal in Den Haag. Die Lobpreisungen der internationalen Akteure des Westens überschlagen sich: Ein „couragierter“ Schritt, ein „Beweis der Verantwortung“ o.ä. geben den Tenor der Kommentare wieder. Der serbische Ministerpräsident Zoran Djindjic verantwortet eine politische Aktion, die von manchen gefordert, von vielen gewünscht und von ebenso vielen abgelehnt wird. Die Folgen dieser spontanen Auslieferung sind frappierend: Die Existenz der BR Jugoslawien (BRJ) wird in Frage gestellt, die aufstrebende Entwicklung Serbiens gestärkt und dennoch sägt Djindjic am eigenen Ast.

Der Beginn vom Ende Jugoslawiens

Am 23. Juni erlässt die jugoslawische Regierung ein Dekret, das die Auslieferung von Kriegsverbrechern an internationale Strafverfolgungsorgane ermöglichen soll – konkret gemünzt auf den seit dem 01. April in Belgrad inhaftierten ehemaligen Präsidenten Slobodan Milošević. In der öffentlichen Auseinandersetzung häufen sich die Spekulationen über den Zeitpunkt der Auslieferung. Für Milošević bietet die Verfassung der BRJ aus dem Jahr 1992 die juristische Grundlage, um gegen eine drohende Auslieferung vorzugehen, denn die jugoslawische Verfassung schützte alle Staatsbürger/-innen vor einer Auslieferung in einen anderen Staat zu Zwecken der Strafverfolgung. Die Verabschiedung eines Dekrets war aus Sicht des Verfassungsjuristen und jugoslawischen Präsidenten Dr. Vojislav Koštunica erforderlich, da eine Verfassungsänderung in beiden parlamentarischen Kammern nicht zustande kam. Am 28. Juni hat eine Verfassungsklage von Milošević vor dem jugoslawischen Verfassungsgericht Erfolg, das Richteramt des Gerichts verfügt ein zweiwöchiges Auslieferungsverbot, um in dieser Zeit den Fall genauer zu überprüfen.

Im Laufe des 28. Juni überschlagen sich die Ereignisse: Der jugoslawische Präsident Koštunica erklärt, die jugoslawische Regierung würde sich an den Richterspruch halten, dennoch ruft der serbische Ministerpräsident Djindjic sein Kabinett zusammen, um die Lage zu prüfen. Überraschend

berichten die Medien noch am selben Tag, dass sich Milošević um 20 Uhr in einem Fahrzeug der serbischen Polizei auf dem Weg nach Tuzla (Bosnien) befände, um dort der SFOR übergeben zu werden. Den Befehl zur Auslieferung erteilte der Ministerpräsident Serbiens offensichtlich ohne Konsultation des jugoslawischen Präsidenten, Koštunica erfuhr lediglich durch die Medien von den Geschehnissen. In einer eilig eingerufenen Pressekonferenz spricht er von einem illegitimen Eingriff des serbischen Ministerpräsidenten und vergleicht dessen Politikstil mit dem von Milošević. Djindjic wiederum stützt sich in einer Pressekonferenz auf die serbische Verfassung, auf realpolitische Zwänge und auf seine Leitspruch „wo gehobelt wird, fallen Späne“. Gegen 24 Uhr trifft Milošević im Gefängnis in Scheveningen (Niederlande) ein, das internationale juristische Verfahren gegen ihn und seine Machenschaften während der Sezessionskriege in der ehemaligen SFR Jugoslawien wird aufgerollt. Er wird vermutlich wegen Völkermordes angeklagt werden.

Am 30. Juni verkündet der serbische Ministerpräsident Djindjic ein mögliches Ende des föderativen Staates Jugoslawiens, nach dem der jugoslawische Ministerpräsident Djindjic aus Protest ein Tag zuvor sein Mandat niederlegt hat.

Mögliche Beweggründe

Die Motive Zoran Djindjics für ein solches Vorgehen mögen vielschichtig aber auch offensichtlich sein: (1.) am 29. Juni fand in Brüssel eine sog. „Geberkonferenz“ im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa statt. Auf dieser Konferenz wurden rund 1,3 Milliarden Euro für eine wirtschaftliche Stabilisierung Jugoslawiens akquiriert. Wenige Tage vor dieser Geberkonferenz verlautbarten unterschiedliche Akteure, insbesondere die amerikanische Regierung, sie würden erst den Geldhahn öffnen, wenn Milošević noch vor der Konferenz nach Den Haag ausgeliefert würde. Dies zeigt eine mögliche Parallelität zur Verhaftung Miloševićs: Amerika zahle die zugesagten Dollars zur Stabilisierung erst, wenn Milošević bis zum 30. März in Belgrad inhaftiert wird. Bis zur Geberkonferenz wurde das Geld noch nicht gezahlt – Zoran Djindjic kann nur hoffen, dass nach der Geberkonferenz auch tatsächlich der Euro fließt. Der serbische Ministerpräsident sah sich unter Druck entwe-

„Svaka Cast, Gopodine Djindjic! Jugo gotovo je“

Alle Ehren, Herr Djindjic – Jugoslawien ist beendet

Von Mark Vasic

der sofort zu handeln, oder den ökonomischen Anschluss Serbiens an Europa zu verpassen. Auf internationalem Parkett sah sich Djindjic in der Not, sich als zuverlässiger Partner zu profilieren, der gewillt sei mit dem alten Regime aufzuräumen und eng mit (West-) Europa zusammenzuarbeiten.

(2.) Djindjic wollte sich auch im Kompetenz-Streit zwischen der Bundesregierung Jugoslawiens und der Regierung der Republik Serbien profilieren. Ein stark ausgeprägtes Kompetenz-Wirr-Warr ist ein Vermächtnis der damaligen Regentschaft von Milošević, der zunächst serbischer und später jugoslawischer Präsident war, denn in beiden Funktionen wollte dieser maßgeblich das politische Geschehen beeinflussen. Die politischen Kompetenzen sind seit dem Regimewechsel im Oktober (Koštunica wird jugoslawischer Präsident) und Dezember 2000 (Djindjic wird serbischer Ministerpräsident) weiterhin unklar und die Akteure dieser Ebenen konkurrieren mit ihren Machtansprüchen. Djindjic sah in dieser Situation die Möglichkeit, als möglicher Sieger aus diesem Konflikt hervor zu gehen.

Freispruch von der Schuld

Der scheinbare Übeltäter für die Sezessionskriege in Slowenien, Kroatien,

Warum konnte Milošević mit seinem Konzept der ethnozentristischen Manipulation mehr als 10 Jahre die politischen Fäden ziehen?

Bosnien-Herzegowina und in Kosovo-Metohija sitzt in Den Haag hinter Gittern, ihm wird in Jugoslawien kein Prozess gemacht. Die Berichterstattung im Ausland und in Jugoslawien ist einhellig: Die Personifizierung alles Bösen ist dort, wo es hingehört.

Die jüngste Geschichte wird auf Grund von Leichenfunden (Massengräber, in der Donau versenkte LKWs etc.) verstärkt zum Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung. Man hofft in Serbien mit der Auslieferung Milošević, den Verantwortlichen für die grausamen Taten während der drei tragischen „Brüderkriege“ gefunden zu haben. Damit würde die serbische Bevölkerung a priori von der individuellen Schuld in den nationalistischen Auseinandersetzungen befreit. Wenn Milošević als Drahtzieher für die Handlungen zur Verantwortung gezogen wird, verdrängt die Bevölkerung die Verantwortung für mitverschuldeten Vorkommnisse. Eine tatsächliche Auseinandersetzung mit der neuesten Vergangenheit bleibt gegenwärtig aus.

Es muß sich auch die Frage gestellt werden, warum Milošević mit

seinem Konzept der ethnozentristischen Manipulation mehr als 10 Jahre die politischen Fäden in Serbien und Jugoslawien ziehen konnte. Die Auslieferung Milošević darf kein „Schlußstrich“ unter der Schrecklichkeit vom (serbischen) chauvinistischen Nationalismus sein, sondern soll Anregung für die Auseinandersetzung sein. Auch wenn Belgrader Tageszeitungen am 29. Juni unisono titelten: „Endlich ein Ende“, „Ende in Haag“ usw., darf die Ära Milošević nicht zu den Akten gelegt werden, sie muß unter politischen Implikationen aufgearbeitet werden.

Djindjic destabilisiert Jugoslawien, in dem er die Existenz des Bundesstaates mit seinem Handeln und seinem ungestümen, illegalen „Hau-drauf“-Vorgehen negiert. Wenn etwas am 29. Juni wirklich endete, dann war das die Bundesrepublik Jugoslawien, die ihre Zukunftsperspektive als förderativer Staat verloren hat. Djindjic unterscheidet sich nur graduell von dem politischen Stil seiner Amtsvorgänger und der althergebrachten Kader der Sozialistischen Partei Serbiens, er mißachtet den

noch jungen in der Veränderung begriffenen Rechtsstaat. Scheinbar steht er über dem Gesetz – so wie Milošević bis zum 01. April 2001. Sein am 30. Juni proklamiertes Ende Jugoslawiens bedeutet sein politisches Ende, denn sein Rückhalt in der Wahlbevölkerung Serbiens sinkt in dem Maße, in dem er die föderative Einheit Jugoslawiens in Frage stellt. Alle Ehren, Herr Djindjic, sie haben es geschafft! spw

Literaturhinweise

- Gowan, Peter: Die NATO-Mächte und die Balkan-Tragödie In: Z – Marxistische Erneuerung, Jg. 1999, H. 38, S. 53-87.
- Mihailović, Srećko: Legitimitet političkog sistema treće Jugoslavije Kako građani evaluiraju politički režim Aus: Mihailović, Srećko (Hrsg.): Između Osparavanja i Podrške Javno mnjenje o legitimitetu treće Jugoslavije; Beograd: (IDN) 1997. S. 7-41.
- Mihailović, Srećko: Between Disappointment and Hope Public Opinion in Serbia, September 1999; Beograd: 1999.
- Sekelj, Laslo: Ethnische Distanz, Xenophobie und ethno-nationalistische Manipulation in der BRJ In: SÜDOSTEUROPA, 49. Jg. (2000), H. 5-6, S. 291-307.
- Vasić, Mark: Zivilgesellschaftliche Demokratisierungsprozesse in der Bundesrepublik Jugoslawien Perspektiven nach dem Kosovo-Konflikt; Frankfurt: (Lang) 2000.

Djindjic unterscheidet sich nur graduell von dem politischen Stil seiner Amtsvorgänger und der althergebrachten Kader.

Konjunktur für rechte Politikangebote

Berlusconi & Co, soziale Umbrüche und Krisensymptome in westeuropäischen Gesellschaften

Von Thomas Rausch*

Italien nach der Parlamentswahl: Der prophezeite Machtwechsel ist vollzogen, haushohe Mehrheiten für das rechte Wahlbündnis „Casa delle libertà“ (Haus der Freiheiten) in beiden Kammern. Wie ist es zu der neuen politischen Konstellation gekommen?

Stabile politische Lager

In der Berichterstattung über den fulminanten Sieg der Rechten ist ein wesentliches Moment vielfach untergegangen: die relative Stabilität der politischen Lager. Die Grundorientierungen der Wählerinnen und Wähler, die sich in der ersten Hälfte der 90er Jahre herausgebildet haben, sind weitgehend unverändert. Damit ist der Rechtsruck auf der politischen Bühne nach den Wahlen im Mai ohne Entsprechung in der Wählerschaft.

Nach dem Zusammenbruch von Democrazia Cristiana (DC) und Sozialistischer Partei schafften Berlusconi & Co den gesellschaftlichen Durchbruch. Im Frühjahr 1994 mündete er in ihren ersten Wahlerfolg. Das seither zu beobachtende Auf und Ab parlamentarischer Mehrheiten hat wenig mit gewandeltem Wählerverhalten, sehr viel aber mit Koalitionspolitik zu tun. Letztere ist das A und O jedes Wahlsiegs, seit drei Viertel der Mandate nach dem Mehrheitswahlrecht vergeben werden. Bei der Parlamentswahl 1996 scheiterte das rechte Parteienbündnis an der Lega Nord, die sich einer Zusammenarbeit verweigerte. 2001 da-

gegen ließ sie sich integrieren. Der Mitte-links-Block „Ulivo“ (Ölbaum) wiederum trat 1996 zusammen mit der Rifondazione Comunista an – und siegte. 2001 jedoch gelang es nicht, mit den Kommunisten im Rahmen des „Ulivo“ zusammenzuarbeiten. Auch Ex-Staatsanwalt Antonio Di Pietro, einer der profiliertesten Berlusconi-Gegner, versuchte mit seiner Gruppierung „L' Italia dei Valori“ (Italien der Werte) den Alleingang.

Ein Blick auf die prozentualen Stimmenanteile der Parteien verdeutlicht den Stellenwert dieser Bündnis-konstellationen. 2001 brachten es die Parteien des Rechtsbündnisses zusammen auf 49,5 % der Wählerstimmen; 1996 erreichten sie etwa 2 % mehr – sofern man die Lega Nord mitzählt, die 1996 außerhalb des Bündnisses antrat. Das heißt: Leichte Stimmungschwankungen bedeuten wenig, ein möglichst breit getragenes Wahlbündnis dagegen viel. Genauso sind die Ergebnisse der Mitte-links-Parteien zu verstehen: Es gab zwar Verschiebungen innerhalb dieses Spektrums, doch war die Zustimmung zu Mitte-links insgesamt im

* Dr. Thomas Rausch, Politologe und freier Autor, Köln

Mai 2001 ebenso groß wie 1996, der Abgang der Rifondazione Comunista aus dem „Ulivo“ demnach wahlentscheidend. Interessant ist, dass die starke Ausrichtung des Wahlkampfes auf die beiden Spitzenkandidaten Berlusconi und Rutelli zu keinen nennenswerten Verschiebungen zwischen den Lagern führte – wenn auch zu Gewinnen und Verlusten innerhalb von „Ulivo“ und „Casa delle libertà“.

Politikangebot der Rechten

Kein gesellschaftlicher Rechtsruck, sondern Stabilisierung von Bindungen zum rechten oder Mitte-links-Lager: Ist dies ein wesentlicher Befund zum italienischen Wahlergebnis, so ist er beunruhigend genug. Die Rede ist schließlich von einer Konsolidierung des rechten Wähleranteils auf hohem Niveau. Die von DC und Sozialisten hinterlassene Leerstelle im politischen System wird damit auf längere Sicht von dem neuen Rechtsblock gefüllt.

Mehrheitsfähig ist damit ein Ministerpräsident Berlusconi, der in Korruptionsaffären tief verstrickt und im Begriff ist, das staatliche Fernsehen als Instanz politischer Kontrolle auszuhebeln. Wo ein Spitzenpolitiker dabei ist, ein in demokratischen Staaten beispielloses Maß an medialer Macht anzusammeln, verwundert es auch nicht, dass auf einen Wahlparteitag der Berlusconi-Partei Forza Italia kurzerhand verzichtet wird: Das Parteivolk könnte ja in dieser oder jener Frage uneinig sein. Demokratische Prozesse sind eine zu vernachlässigende Größe, Kandidatinnen und Kandidaten der Partei haben auf selbstverständliche Gestaltungsspielräume zu verzichten. So kann ein Parteichef Berlusconi verfügen, dass außer seinem eigenen Konterfei kein Kandidatenplakat geklebt wird. Politische Inhalte sind variabel – je nach Zuhörerschaft, öffentlicher Stimmung, Bedarf. Was Franz Schandl für die FPÖ feststellt, gilt auch für Forza Italia: „Die Partei ist keine Gesinnungs- und Interessengemeinschaft mehr, sondern gleicht einem Betrieb, dessen Zweck darin besteht, Einfluss und Stimmen zu akkumulieren. Inhalte dienen vor diesem Hintergrund nur noch als diffuse Schablonen, sie sind austauschbare Identifikationsmomente“ (vgl. Schandl 2000). Hierin knüpft Forza Italia also an bekannte Muster des internationalen Rechtspopulismus an. In Sachen Entdemokratisierung und autoritäre Machtausübung hingegen entwickelt die Berlusconi-Partei eine besondere, neue Qualität.

Nicht weniger bedrohlich ist der politische Cocktail, den die Partner von Forza Italia anbieten. Die postfaschistische Alleanza Nazionale, die den Zentralstaat stärken will, und die regionalistische bis separatistische Lega Nord haben eigentlich konträre Ziele. In rassistischen Ressentiments und Ausgrenzung von Migrantinnen und Migranten finden sie jedoch den Kitt, der ihre brüchige Gemeinsamkeit zusammenhält.

Rechtspopulismus im internationalen Kontext

Der Erfolg der populistischen Rechten in Italien ist nur das jüngste Beispiel einer internationalen Entwicklung. Bereits in spw 113 (Mai/Juni 2000) hat Frank Decker eine Landkarte des neuen Rechtspopulismus in Westeuropa und Nordamerika gezeichnet (vgl. Decker 2000). Wenige Länder bleiben dabei weiße Flecken.

Allerdings ragt die italienische Situation im westeuropäischen Kontext heraus: Nirgendwo sonst stellt eine rechtspopulistische Partei den Regierungschef. Nirgendwo sonst hat die populistische Rechte derart günstige Voraussetzungen, einen nachhaltigen Wandel der politischen Kultur und des politischen Systems durchzusetzen. Die besondere Konstellation in Italien ist erklärbar. Schließlich war in keinem anderen Land Westeuropas eine so totale Delegitimierung der jahrzehntelang bestimmenden Parteien zu beobachten, wie sie Italien in der ersten Hälfte der 90er erlebte: eine Gelegenheit par excellence für populistische Kräfte. Die extreme politische Krisensituation verband sich mit gesellschaftlichen Problemlagen, die auch in anderen Ländern mit dem Prozess der Modernisierung einhergehen. Nicht zu vergessen ist, dass der populistischen Rechten in Italien auch eine von vielen als charismatisch erlebte Führungspersönlichkeit zur Verfügung stand. Damit war eine weitere entscheidende Bedingung für den Erfolg rechtspopulistischer Parteien gegeben. Berlusconis privilegierter Medienzugang fügt sich in dieses Szenario (vgl. Deckers 2000).

Modernisierungskrise, rassistische Reaktionen, rechte Bewegungen

Welche gesellschaftlichen Probleme im Einzelnen stehen hinter der Konjunktur von Rassismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, die sich

in ganz Westeuropa abzeichnet? Die Versuche, den Boom rassistischer und rechter „Lösungen“ zu erklären, sind vielfältig.

Wachsende Akzeptanz findet der Ansatz, der soziale Desintegration als zentrale Ursache ansieht. Demnach überfordert der rasche gesellschaftliche Wandel viele Individuen. In schneller Folge werden zuvor oftmals nicht hinterfragte Überzeugungen, Normen und Handlungsmuster obsolet. Es entsteht eine unübersichtliche gesellschaftliche Situation, die vielfach als eine Auflösung von Ordnung, als Anomie empfunden wird. Zugleich werden soziale Bindungen brüchig, Identitäten in Frage gestellt. Viele erfahren in dieser Situation Ohnmacht und Vereinzelung.

Auf der Suche nach Halt und Orientierung werden sie anfällig für einfache Freund-Feind-Schemata, wie Nationalismus und Rassismus sie bieten. Diese Ideologien sind Quelle von Gemeinschaft und Identität – durch Abgrenzung von den Anderen. Die (Über-)Identifikation mit der eigenen nationalen Zugehörigkeit hat den „Vorteil“, dass sie als „naturgegeben“ erscheint. Auch rasanter gesellschaftlicher Wandel kann sie nicht beeinträchtigen. Zugleich lässt sich aus der eigenen Nationalität Stolz ableiten. Damit tritt Selbstbewusstsein an die Stelle von Unsicherheit und Ohnmachtsgefühl. Die Abwertung des Fremden dient der Aufwertung des eigenen Selbst: Migrantinnen und Migranten finden sich in der Opferrolle wieder. Aber auch Behinderte, sexuelle Minderheiten, Arbeitslose oder „der Kommunismus“ stehen als Feindbilder zur Verfügung.

Als Ursache von Desintegration und Zufluchtsuche bei rechten Ideologien lässt sich allerdings nicht nur Anomieempfinden anführen. Soziale Ausgrenzung, Arbeits- und Perspektivlosigkeit können sich ähnlich auswirken. Wer sich hierdurch in seinem Selbstgefühl beschädigt sieht, greift u. U. nach dem beschriebenen Mechanismus: Selbsterhöhung durch die Erniedrigung der Anderen. Da egalitäres Denken heute gesellschaftlich im Hintertreffen ist, liegen Ideologien der Ungleichheit als Erklärungsmuster vielfach näher.

Konkurrenzgesellschaft und Ungleichheitsideologien

Auch verschärfte Konkurrenz und radikalisiertes Leistungsdenken können das Aufkommen von Ungleichheits-

Die Grundorientierungen der Wählerinnen und Wähler, die sich in der ersten Hälfte der 90er Jahre herausgebildet haben, sind weitgehend unverändert.

www.sozialismus.de



Redaktion Sozialismus: Das Charisma der neuen Rechten; Heinz Bierbaum: Neoliberaler Populismus – zu den Wahlen in Italien; Gespräch mit Peter von Oertzen über Rot-Grün und die gesellschaftliche Spaltung; Joachim Bischoff: Zum Entwurf eines neuen PDS-Grundsatzprogramms;

Michael Wendt: Kritik des Frühjahrsgutachtens 2001 der Wirtschaftsforschungsinstitute; Joachim Bischoff: Bush: »Lass die Staaten in Konkurs gehen«;

Michael Schlecht: Die Riester-Rente – was tun? Günther Reschke u.a.: Back to the roots oder vorwärts in welche Zukunft? (Zur IG Metall-Zukunftsdebatte); Rudolf Ratlos: DGB-Rechtsschutz; Ewald Wehner: Mitbestimmung als Kostenfaktor; Anne Rieger: Paradoxon Bundeswehr – weniger, kleiner, teurer;

Rolf Sieber: Die ersten 100 Tage Außenpolitik der USA; Theodor Bergmann: USA rüsten gegen China; Hilal Onur: Wie die Türkei in die Krise manövriert wurde; Nachrufe: Mario Keßler über Hans Mayer; Fritz Fiehler über Marie Jahoda; Stichwort: Georg Lukács

Supplement:
Richard Detje/Dierck Hierschel/
Karl Georg Zinn, Reichtum & Armut

Einzelheft: DM 12,-; Abo: DM 120,-
Redaktion Sozialismus
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 HH
Fax 040/280 505 68
e-mail: artikel@sozialismus.de

ideologien begünstigen. Der Einfluss neoliberaler Wettbewerbspolitik untergräbt soziales Verantwortungs- und Solidarität. Kosten-Nutzen-Kalküle kommen vor Menschlichkeit, weniger leistungsfähige, alte oder kranke Menschen erscheinen vor allem als Last. In diesem Umfeld gedeihen Überlegenheitsgefühle ebenso wie Ausgrenzungsstrategien. So nutzen relativ privilegierte Rassismus und ähnliche ideologische Konstrukte, um andere Gruppen von Menschen in der Konkurrenz um soziale Positionen und Ressourcen auszuschalten. Zugleich kann die Verinnerlichung von Leistungs-ideologie ausgeprägte Versagensängste mit sich bringen. Und latente Angst vor Statusverlust kann in ein Bedrohungsgefühl gegenüber Einwanderern und Einwanderinnen münden.

Kulturelles Erbe, institutionalisierte Ungleichheit, mediale Diskurse

In der Analyse dieser Problemlagen darf nicht übersehen werden, dass das Denken in Kategorien der Überlegenheit gegenüber Minderheiten kein Phänomen der letzten Jahrzehnte ist. Aktuelle Entwicklungen können der Ausgrenzung von Minderheiten einen Schub geben, doch sind solche Mechanismen kulturell vorgeprägt. Birgit Rommelspacher beschreibt diesen Zusammenhang mit dem Begriff der „Dominanzkultur“ (s. Rommelspacher 1992). Das Gefühl der Überlegenheit gegenüber anderen Kulturen ist ein Grundmuster der westlichen, weißen, christlichen Kultur, das sich historisch weit zurückverfolgen lässt. In diese geschichtliche Kontinuität sind u. a. Kolonialismus, Antisemitismus und Nationalsozialismus einzuordnen. Die Hierarchisierung von Menschen- und Gruppen durchdringt alle sozialen Beziehungen in westlichen Gesellschaften. So sind Männer angesehen, Frauen, Akademiker höher geachtet als Nicht-Akademiker usw.

Gehört Ungleichheitsdenken zum kulturellen Vorrat westlicher Gesellschaften, so hängt es dennoch vom sozialen Geschehen der Gegenwart ab, in welchem Maß es zutage tritt. Egalitäre Strukturen oder Ungleichheit zwischen sozialen Gruppen: Beides hinterlässt Spuren in den Köpfen. In Deutschland ist die Ungleichbehandlung von Staatsangehörigen und „Ausländern“ im Ausländergesetz, Asylbewerberleistungsgesetz und vielen weiteren Regelungen insti-

tutionalisiert. Wenn eine Asylsuchende materiell schlechter gestellt ist als eine Sozialhilfeempfängerin mit deutschem Pass, dann kann Letztere sich als höherwertig ansehen. Ähnlich wirkt sich z. B. die rechtliche Diskriminierung von homosexuellen Paaren aus.

Neben solchen gesellschaftlichen Bedingungen beeinflussen auch medial vermittelte Diskurse das Massenbewusstsein. Einige Politiker betätigen sich gern als Stichwortgeber für Alltagsdiskurse voller Ressentiments. Umgekehrt greifen solche Politiker gern Versatzstücke rassistischer oder rechter Alltagsvorstellungen auf, um sie mit scheinbar rationaler Begründung zu präsentieren (vgl. Jäger 1992). Politische Feindbildproduktion ist ohne das Zusammenspiel mit ressentimentgeladener Alltagskommunikation schwer vorstellbar – ob es sich um die angebliche Bedrohung durch eine „Asylantenflut“ oder um vorgeblich schmarotzende Arbeitslose handelt.

Gemeinsames Europa, gemeinsame Ressentiments

Die hier für Westeuropa diskutierten sozialen Bedingungen sind in weiten Teilen auch in osteuropäischen Gesellschaften wiederzufinden. Ungleichheitsideologien und Hass auf Minderheiten sind derzeit auf dem ganzen Kontinent brisant. Die Frage, in welcher Weise diese gesellschaftliche Problematik auf die politische Landschaft osteuropäischer Länder durchschlägt, bedarf einer gesonderten Analyse, die an anderer Stelle erfolgen muss. Ist jedoch gesellschaftlich das Feld für rechtspopulistische Kräfte bereitet, dann brauchen diese zum Erfolg nur noch politische Gelegenheiten und charismatisches Führungspersonal. spw

Literatur

- Decker, Frank (2000), Der neue Rechtspopulismus in Westeuropa. Eine vergleichende Analyse, in: spw, Heft 113/2000, S. 27 ff.
Jäger, Siegfried (1992), Der Diskurs des Rassismus, in: Margret Jäger/Siegfried Jäger (Hg.), Aus der Mitte der Gesellschaft (I). Zu den Ursachen von Rechtsextremismus und Rassismus in Europa, Duisburg/Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung
Rommelspacher, Birgit (1992), Rechtsextremismus und Dominanzkultur, in: Andreas Foitzik u. a. (Hg.), Ein Herrenvolk von Untertanen. Rassismus – Nationalismus – Sexismus, Duisburg/Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung
Schandl, Franz (2000), Die FPÖ – ein postfaschistisches Projekt. Jörg Haider als Prototyp einer extremistischen Mitte, in: Widerspruch, Heft 39/2000, S. 115

Die Gründung des „Netzwerks 2010“ und dessen Gründungsauftrag hat auch für die Linke das Thema des Generationsaufbaus mal wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Nach Veröffentlichung des Gründungsauftrages erreichten die spw-Redaktion kritische Reaktionen, die sich sowohl auf die Einrichtung des Netzwerks von oben, die Annäherung der Erklärung an den neoliberalen Duktus und die Teilnahme von VertreterInnen der SPD-Linken aus DL21 sowie dem spw-Zusammenhang bezogen. Die Kritik konzentrierte sich auf die Befürchtung, dass der Gründungsauftrag inhaltlich geeignet sei, den Boden für eine SPD/FDP-Koalition nach der Bundestagswahl im Herbst 2002 vorzubereiten, dass die Orientierung auf Jugend ohne den Zusammenhang zur älteren PolitikerInnen-Generation zu thematisieren in der Öffentlichkeit mit „alt“ gleich „out“ gleichsetzt und dass die Selektionspraxis des Parteivorstands die Konditionierung auf Kanzlerworte gewissermaßen zum herausragenden Kriterium für politische Karriere mache.

Die spw-Redaktion ist der Meinung, dass die pragmatische Entscheidung von Mandatsträgern, die sich der Linken zurechnen, beim Netzwerk mitzumachen, politisch richtig ist: Zum einen deshalb, um den auch heute noch praktizierten Ausgrenzungsbemühungen derjenigen entgegen zu treten, denen die kritische Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse schon immer ein Dorn im Auge waren, zum anderen aber auch um das parteipolitische Terrain sicherzustellen, auf dem radikalreformerische Positionen, wie sie im spw-Kontext entwickelt werden, ihren realpolitischen Resonanzkörper finden.

Im Gegensatz zu anderen linken Projekten hat spw die Kritik an den bestehenden Verhältnissen nicht vor allem als akademische Übung (und Selbstbestätigung) betrieben, sondern war immer auch um die realpolitische Verankerung seiner Schlussfolgerungen daraus bemüht.

Der Generationswechsel in der SPD, der in den Vorständen wie in den Parlamenten zunehmend stattfindet, bietet zudem die Chance, dass sich damit auch neue und bessere Ideen auch bei denjenigen etablieren lassen, die von der Verlängerung unproduktiver Strömungsausgrenzungen gelangweilt sind. Diese Chancen sollten die SPD-Linken aus DL21 und spw nutzen, denn sie verfügen sowohl über die aktuelleren Fragestellungen als auch die ernsthafteren Diskursfähigkeiten. Kurzum: wer aus der ihm zugewiesenen politischen

Subalternität ausbrechen will, sollte sich nicht an die Klagemauer zurückziehen, sondern sich an die Spitze der Veränderungswilligen setzen.

Gleichwohl ist uns bewusst, dass das Eis, auf dem dieser Kampf stattfindet, sehr dünn ist: wir wissen sehr wohl um die strukturellen Zwänge des politischen Systems, die auch aus einstigen RadikalreformerInnen weichgespülte Gutmeinende macht. Andererseits trägt auch immer der politische Zusammenhang ein gehöriges Maß an Verantwortung dafür, wenn sich MandatsträgerInnen zwischen kollektiven Erwartungen und persönlichen Handlungsmöglichkeiten zerrieben fühlen. Um die Reibungsverluste so gering wie möglich zu halten, ist ein offener Diskurs über Erwartungen und Handlungsmöglichkeiten notwendig, damit man nicht enttäuscht ist, weil man sich letztlich doch nur selbst getäuscht hat.

Die spw-Redaktion war deshalb der Meinung, dass wir die Diskussion um den Generationswechsel in der SPD zum Anlass nehmen sollten, diesen notwendigen Diskurs wieder aufzunehmen. In diesem Heft beginnen wir mit einem Beitrag von Andrea Nahles und Benjamin Mikfeld über die Notwendigkeit einer Politisierung des Generationenaufbaus in der SPD sowie den Perspektiven der Arbeit von DL21 und dem Netzwerk 2010, dem ein Beitrag von Horst Arenz mit Erwartungen an die Linken aus DL21 und spw gegenübersteht. Horst Heimann, ein Vertreter der älteren SPD-Linken, kritisiert in seinem Beitrag die Netzwerk-Erklärung und hebt die Bedeutung der ideologischen Auseinandersetzung um „große Entwürfe“ für den Prozess der Generationsbildung und des politischen Handelns hervor.

Diese Beiträgen sollen den Auftakt zu einem Diskurs bieten, in dem wir u. a. folgende Fragestellungen thematisieren wollen:

- Ist es vertretbar, an den Parteistrukturen vorbei von oben ein „Karrierenetzwerk“ als organisatorischen Kern des Wechsels der politischen Führungsgeneration aufzubauen - oder stellt dies möglicherweise auch eine transparentere Form des Generationswechsels dar als die traditionellen Seilschaften?
- Ist dieser Weg geeignet, auch sogenannte „Young Professionals“ für ein parteipolitisches Engagement und politische Karriere zugewinnen?
- Baut die Idee der Netzwerkpartei nicht gerade darauf auf, den innerparteilichen Willensbildungsprozess so zu öffnen, dass zwischen der neuen Gene-

Wie erneuert sich die SPD im Generationswechsel?

Zum künftigen Umgang von SozialistInnen mit politischer Macht

von Horst Peter und Reinhold Rünker

ration der SPD und dem gesellschaftlichen Generationswechsel ein Zusammenhang hergestellt wird?

- Ist nicht die Herstellung eines Auswahlprozesses von unten mit alternativen inhaltlich identifizierbaren Kandidaturen für Mandate und Funktionen die denkbare linke Alternative zum Karrierenetzwerk von oben?
- Welche inhaltlichen Schlussfolgerungen zieht die Parteilinke gegenüber dem eher desorientierten Gründungsauftrag?
- Welche Rolle übernehmen die JungsozialistInnen im Prozess des Generationenaufbaus?
- Wie lösen andere Parteien oder andere Länder den notwendigen Generationswechsel in der politischen Führung?
- welche Erwartungshaltungen richten kritische Linke innerhalb und außerhalb der SPD an die Parteilinke /DL 21, die inner- und außerparlamentarische Interventionsfähigkeit der Jusos und an die spw als den publizistischen Träger des die Linken in der SPD einschließenden Diskurses?

Wir haben für die Hefte 121 bis 124 Personen aus unterschiedlichsten Bereichen angesprochen, sich zu den genannten Fragestellungen rund um den Generationsaufbau in der SPD zu äußern und bitten die LeserInnen, sich ebenfalls an diesem Diskurs mit eigenen Beiträgen zu beteiligen.

spw

Horst Peter, geb. 1937, war von 1980-1994 Mitglied des Deutschen Bundestages, lange Jahre Koordinator des Frankfurter Kreises der SPD-Linken, er ist heute Mitherausgeber der spw und Vorsitzender des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung, lebt in Kassel

Reinhold Rünker, geb. 1964, war von 1991-1995 Mitglied im Juso-Bundesvorstand, führte bis April 2000 die Geschäfte des Juso-Landesverbandes NRW, Mitglied der spw-Redaktion, arbeitet jetzt als Organisationsberater und lebt in Leichlingen

Generationen- umbruch und Netz- werke in der Sozialdemokratie

Von Benjamin Mikfeld und Andrea Nahles

1. Das Jahrzehnt des Generationenumbruchs

In der SPD bahnt sich langsam aber sicher ein Generationenumbruch an. Die starke Generation der so genannten „Enkel Willy Brandts“, deren politische Biografie in den frühen 70ern begann, erreicht noch in diesem Jahrzehnt das Rentenalter. Nach ihrem Marsch in (!) die Institutionen haben die „Enkel“ den Zugang Jüngerer in politische Verantwortung lange blockiert. Diese Zeit ist allmählich vorbei. Die jetzt etwa 20-35jährigen werden im Vergleich zu den Jusos der 80er Jahre - trotz zahlenmäßiger Schwäche; von den 750.000 SPD-Mitgliedern sind nur noch 80.000 unter 35 Jahren bzw. 40.000 unter 30 Jahren - leichter in politische Führungsfunktionen nachrücken können. Immer mehr lokale Gliederungen der SPD suchen händeringend nach jungen Funktionsträgerinnen oder Kandidatinnen für Kommunalparlamente.

Dass der Generationenumbruch kommt, steht also außer Frage. Auffallend ist der Mangel an Auseinandersetzung darüber, was er politisch mit sich bringt. Es ist nicht mehr die Veränderungswut einer politisierten Jugendbewegung, die sich ihren Platz in der SPD freiboxt. Längst sind alle angekommen. Diesmal läuft es anders. Nahezu geräuschlos inkorporiert sich die altgewordene Partei ehemaliger Jugendbewegter ein Stück „Jugend“. Mehr noch als die vage Erkenntnis, daß die eigene Aktivenzeit ausläuft, treibt die Enkel der Wunsch, sich mit den selbst gewählten Nachfolgern keine politisch unliebsamen Debatten mehr „ins Haus“ zu holen.

Aber das ist nur die eine Seite der Medaille. Wofür eine neue Generation steht, kann und muss sie letztlich nur selbst bestimmen.

2. Wofür steht die neue junge Generation ?

Die „Enkel“ waren der in der SPD organisierte Ausdruck des Lebensgefühls und der politischen Anliegen einer Generation. Auch in den 80ern existierte noch eine „organische“ Verbindung zwischen aktiven Jusos und den fortschrittlichen Teile der Jugend in den Neuen Sozialen Bewegungen, aber auch den gewerkschaftlichen Aktivitäten. Dies hat sich im Laufe der 90er Jahre geändert.

Im strengeren Sinne sind wir gar keine Generation - uns Jüngere in der SPD verbindet kein gemeinsames Schlüsselerlebnis. Wir sind selbst kaum noch geprägt durch die sozialdemokratische Arbeiterkultur oder die linke Alternativbewegung. Wir sind Teil einer doppelt gespaltenen Generation: 16 Jahre Kohl und die Dynamik des Strukturwandels haben eine sozial gesplante Generation hinterlassen. Auch haben Jugend Ost und Jugend West nach wie vor unterschiedliche Geschichten und Lebenserfahrungen.

Die Feuilletons und Bestsellerlisten erleben eine Inflation der Plastikbegriffe für unsere Generation: angefangen von den 89ern und die Generation X über die Generation Berlin, die Generation @ bis hin zur Generation Golf oder gar der „Generation Guido“. Alle diese Etiketten spiegeln aber eher die Befindlichkeiten der jeweiligen meist jung-dynamischen Autoren wieder - mitnichten aber der gesamten Gesellschaft der Altersgleichen. Eine kleine Elite von liberalen Medienschaffenden, postmodernen Meinungsmachern, dynamischen Ich-Unternehmern und rot-grünen Jung-Abgeordneten hat sich nach der 98er Bundestagswahl selbst als neue Generation ausgerufen. Zwischen ihnen gibt es Gemeinsamkeiten: sie kommen als „junge Pioniere“ in Führungspositionen gesellschaftlicher Schlüsselbereiche und halten sich insofern für die Vorhut von etwas Neuem. Über die selbst ernannte „Generation Berlin“ schrieb Richard Herzinger in der Zeit: „Nicht zufällig identifizieren sich daher vor allem junge Journalisten, die jetzt in die Kommentarspalten liberaler und liberalkonservativer Blätter vorrücken, mit dem Mythos von der 'Generation Berlin'. Damit meinen sie vor allem sich selbst. Die ideelle Leere ihrer Selbstinszenierung kompensieren sie durch den Gestus des Tabubruchs.“

Das ist klug gesagt. Doch wer macht ihnen die Selbstausrufung als die kommende Elite streitig? Wer macht die ideelle Leere sichtbar? Wenig

„Organisiertes“ steht als wahrnehmbare Alternative dagegen. Notwendig erscheint deshalb, daß auch die Linke erkennbar Position bezieht und auch zukünftig ihren Platz in der SPD beansprucht. Das Gegenteil war in den letzten 10-15 Jahren der Fall.

3. Funktionswandel der politischen Institutionen

Viele hochrangige Juso-Funktionärinnen der 90er Jahre finden sich nicht in den SPD-Landesvorständen und Parlamenten wieder. Dort sitzen immer noch überwiegend die Jusos der 70er. Aber dies ist nicht allein den blockierten Zugängen in die politischen Führungsfunktionen geschuldet. Vielmehr wächst der Anteil derer, die gar keine politische Biografie anstreben. Viele engagierte, kreative und intellektuell innovative Jusos steigen nach der Beendigung der Berufsausbildung und dem Studium aus der Politik aus und widmen sich der Organisation der beruflichen Perspektive.

Dies spiegelt die Sichtweise der jungen Generation auf die politischen Institutionen wieder. Sie begreift Parteien immer weniger als einen Ort der sozialen bzw. kulturellen Heimat und schon gar nicht als Selbstzweck. Sie verlangt flexible und erfolgversprechende Möglichkeiten der Beteiligung und hat erstens erkannt, dass Parteistrukturen der gesellschaftlichen Entwicklung meilenweit hinterher hinken. Dies führt jedoch nicht zur Entfaltung von Druck auf die Modernisierung dieser Strukturen, weil sie zweitens ein ausgeprägtes Gespür dafür hat, an welchen gesellschaftlichen Orten Meinungsmache stattfindet: die Parteien sind dies immer weniger. Und so erscheint es wenig überraschend, dass berufliche Tätigkeiten im Bereich der Beratungsagenturen oder auch der Medien für viele Ex-Jusos den Vorzug vor Parteifunktionen erhalten.

4. Doppeltes Repräsentationsproblem in der SPD

Die Konsequenz der letztgenannten beiden Thesen ist nun ein doppeltes Repräsentationsproblem der SPD. Erstens stellt sich die Frage, für wen oder was die zukünftige Führungsgeneration in der SPD eigentlich steht. Was als „postideologisches Freidenkertum“ daherkommt, ist bei Lichte betrachtet im besten Falle langweiliges Mainstream-Nachgeplapper, ohne jeden eigenen originellen Beitrag aus Sicht einer jungen Generation. Vielfach ist es eher so, dass jede von den publizistischen Meinungsmachern durchs

Dorf getriebene Sau - von der New Economy bis zur neuen Familiende-batte - bereitwillig im Namen der Sozialdemokratie aufgenommen wird, ohne jedoch einen eigenen Zugang zum Thema zu entwickeln. Neue Themen kommen bei ihnen immer erst dann an, wenn sie Titelstory im Spiegel oder der Wirtschaftswoche waren. Gesellschaftsanalyse? Pfui! Statt Vordenker zu sein, rennen so manche sozialdemokratischen Jung-Hasen dem Igel des sprunghaften Medien-Diskurses hilflos hinterher ohne jemals anzukommen. Der bemühte Pragmatismus einiger Vorzeige-Jung-Politiker der SPD ist daher kaum in der Lage, eine Vision für das 21. Jahrhundert bzw. die Erneuerung des sozialdemokratischen Projekts im „flexiblen Kapitalismus“ zu entwickeln.

Zweitens nimmt in den politischen Funktionen über den Generationenwechsel der Typus des - zumeist männlichen - strebsamen, technokratischen Funktionärs ohne jede Bewegungserfahrung und Konflikterprobung zu, für den Politik eher eine Managementaufgabe als die Durchsetzung von gesellschaftlichen Anliegen darstellt. So mancher Jung-Funktionär stellt sich gar nicht mehr die Frage, welche Interessen die SPD in der Gesellschaft zu vertreten hat. Beide Faktoren tragen dazu bei, dass sich die „Parteiwelten“ noch weiter von den differenzierter werdenden „Lebenswelten“ entfernen.

5. Generationenaufbau muss organisiert werden - Netzwerke als Ergänzung tradierter Partei-strukturen

Die Organisation einer „Sozialdemokratie der nächsten Generation“ wird weniger hierarchisch und mehr netzwerkförmig organisiert sein müssen. Wenn wir neue Formen der Beteiligung wollen, gilt es, auch die Möglichkeiten der demokratischen Willensbildung stärken. Das immer noch dominierende Territorialprinzip muss zugunsten flexiblerer und offenerer zurückgebaut werden, ohne den demokratischen Aufbau der Partei damit infrage zu stellen.

Erforderlich sind zum einen politische Beteiligungsformen, die vereinbar mit zeitlich und räumlich flexiblen Arbeits- und Lebensrealitäten sind. Parteien dürfen nicht nur eine Veranstaltung für SchülerInnen, Studierende, Beamte und RentnerInnen sein. Zum anderen geht es um die Vernetzung von SozialdemokratInnen außerhalb des politi-

schen Bereichs im engeren Sinne. Viele junge sozialdemokratische „Young Professionals“ in Instituten, Agenturen oder Redaktionen verfügen über Kompetenzen und Ideen, die von der Partei nicht abgefragt werden. Eine politische Generationenformierung ist jedoch nur denkbar, wenn MeinungsführerInnen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen bzw. an den zentralen kommunikativen Orten der Zivilgesellschaft einen neuen progressiven Diskurs z.B. über die zukünftige Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates tragen.

6. Eine „Sozialdemokratie der nächsten Generation“

Mit der „Vernetzung“ ist aber noch nicht die Frage nach dem politischen Projekt einer neuen Generation beantwortet. Der Kampf um die Köpfe und damit auch die Zukunftsfähigkeit der Linken entscheidet sich über den Generationenwechsel entlang der Sozialstaatsfrage gerade in den modernen ArbeitnehmerInnenmilieus. Entweder es gelingt, die neuen Arbeits- und Lebensrealitäten zum Ausgangspunkt für ein modernes fortschrittliches Gesellschaftsprojekt zu machen, oder die individuelle Flucht aus dem Wohlfahrtsstaat wird zunehmen. Die strategische Herausforderung für die Zukunft linker Politik besteht darin, der sich entlang der Sozialstaatsfrage vollziehenden Spaltung der jungen Generation gemeinsame Anknüpfungspunkte für eine solidarische und emanzipatorische Politik entgegenzustellen. Ein von der jungen Generation zu tragendes Emanzipationsprojekt müßte die erfahrbaren Widersprüche zwischen Ansprüchen auf der einen und die blockierten Realisierungschancen auf der anderen Seite thematisieren.

Zwar haben die alten und neuen sozialen Bewegungen der Nachkriegszeit einschließlich ihrer Symbole an Ausstrahlungskraft eingebüßt. Auch wird politische Zugehörigkeit längst nicht mehr über die sozialen Milieus vererbt. Dennoch halten wir die These vom Ende politischer Ideen für falsch - unsere Generation ist auf der Suche nach neuen Orientierungen. Ein aktuelles Beispiel ist die Thematisierung der „Sozialstaatsfrage“ auf internationaler Bühne. So sind es die so genannten - überwiegend jungen - „Globalisierungsgegner“ (Attac etc.), die den Keim einer neuen Selbstverständigung globaler Wohlfahrtsstaatlichkeit herausbilden. Während die Grünen in den 80ern um die Ecke einen Dritte-Welt-Laden eröffnet haben, reisen politisch sensibilisierte Umweltschützer, Christen,

viele parteipolitisch Ungebundene via Internet oder ganz konkret zu den Meetings, die jene weltweiten (ansonsten ja weitgehend anonym und unsichtbar agierenden) ökonomischen Weltmächte veranstalten.

Deshalb: Die Linke muss sich ihrer Traditionen bewußt sein. Aber sie muss ihre Energie aus den erfahrbaren Widersprüchen der Gegenwart und deren Vorstellungen für eine lebenswerte Zukunft gewinnen.

7. Das Netzwerk 2010 als Chance zur Politisierung des Generationenaufbaus

Die Parteiführung hat die Herausforderung einer systematischen Nachwuchsförderung inzwischen erkannt und einige Maßnahmen eingeleitet. Hierzu gehören Ansätze wie die „Kommunal-Akademie“, also die gezielte Schulung von jungen Kommunal-PolitikerInnen. Ein weiterer Schritt war die durch den Parteivorstand beschlossene Gründung des Netzwerks 2010 im Frühsommer 2001, die auf die Initiative einiger jüngerer SPD-Politiker zurückging. Das Netzwerk 2010 ist zunächst als Zusammenhang junge sozialdemokratischer Funktionsträger gedacht und hat die Aufgabe, dem skizzierten Generationenumbruch ein programmatisches und organisationspolitisches Fundament zu bauen.

Während die bestehenden „Netzwerke“ z.B. um Zeitschriftenprojekte wie spw oder die „Berliner Republik“ herum allen entgegen lautenden Verlautbarungen zum Trotz immer noch die Fortsetzung von Juso-Strömungsgrenzen widerspiegeln - was an sich kein Manko sein muss - soll mit dem Netzwerk 2010 der Versuch unternommen werden, eine gemeinsame produktive Diskussion über das politische Projekt einer „Sozialdemokratie der nächsten Generation“ zu führen. Ob das gelingen kann, hängt von allen Beteiligten ab.

Die sozialdemokratische Linke steht vor der Herausforderung, sich in die aktuell vollziehende Generationenformierung einzuschreiben. Es besteht keine Anlaß, das Feld „SPD“ den selbst ernannten Führungskadern zu überlassen. Entgegen der These von der „Generation Guido“ gibt es immer mehr Anzeigen dafür, dass wachsende Teile junge Generation Fragezeichen hinter die Sinnhaftigkeit des „Turbo-Kapitalismus“ setzen. Ihre Ausdrucksformen mögen anders sein, als die der linken Enkel infolge von „68“. Aber es ist gerade die Aufgabe der Linken in der SPD, die kritischen Potenziale in

Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur in den eigenen Diskurs einzubinden. Nur dann, wenn das Netzwerk 2010 der Ort ist, an dem das „neue progressive Denken“ in der jungen Generation Eingang in die zukünftige Politik findet, wird es auch gesellschaftliche Ausstrahlung haben. Als Kontaktbörse für junge Politik-Funktionäre hingegen wäre es überflüssig.

Das Forum DL 21 als organisierte Linke in der SPD ist ein generations-

übergreifendes Projekt. Dennoch stellt sich in der konkreten Arbeit immer wieder das Problem, dass die Linken der 68er Generation an einer anderen Front kämpfen und arbeiten. In Funktionen gekommen - das ohne jeden Vorwurf - richtet sich ihr Fokus schlicht nicht mehr auf die Frage, wer und was die SPD im Jahre 2010 ausmacht. Für jüngere Linke stellt sich diese Frage jedoch in aller Schärfe: Neue soziale Bewegungen formieren sich - ohne jeden Kon-

takt zur Partei. Klassische Bündnispartner finden immer seltener Ansprechpartner für ihre Anliegen in der jüngeren Funktionärschicht. Die Linke muß daher die Frage eines Generationsaufbaus in der SPD ernst nehmen und sie muß diesen Prozeß politisieren. Das Netzwerk 2010 schafft einen Rahmen für eine notwendige Auseinandersetzung derjenigen, die die Zukunftsfähigkeit der SPD unter Beweis stellen müssen.

spw

Rechtsruck der SPDLinken?

Anmerkungen zur Frühjahrestagung des Forum DL21

Horst Arenz

Rot-grün und der „Schröder-Abschwung“

Die SPD und ihre Bundestagsfraktion haben die Tugend des Schönredens entdeckt. Das mag solange gut gehen, wie die Lage sich tatsächlich verbessert. Andernfalls kann es peinlich werden.

So geschehen im Frühling des Jahres 2001 in Deutschland. Angestoßen durch den scharfen Einbruch der Ökonomie in den USA und die anhaltende Rezession in Japan nimmt auch die positive Konjunktorentwicklung in Deutschland ein von vielen nicht erwartetes schnelles Ende. Erneut ist Deutschland in der EU Schlusslicht im Wirtschaftswachstum, der seit Mai letzten Jahres erreichte Abbau der Arbeitslosigkeit beträgt saisonbereinigt gerade mal 30.000. Die höchste Inflationsrate seit sieben Jahren frisst die Steuererleichterungen für den Massenkonsum weitgehend auf. Der allenthalben erhoffte Aufschwung der US-Ökonomie zeichnet sich angesichts der Tatsache, dass deren Kapazitätsauslastung mit 70 % auf einem Tiefpunkt seit 1983 verharrt, dass der Index des Kosumbarometers sich seinem Tiefpunkt von 1993 nähert und die Phase fallender Industrieproduktion gegenüber dem jeweiligen Vormonat so lange wie 1982 ausfällt, nicht ab.

Obwohl der Abbruch der Aufwärtsentwicklung sich bereits im Herbst letzten Jahres abzeichnet, weigert sich die Bundesregierung noch ein halbes

Jahr später, dies zur Kenntnis zu nehmen. Anfang Mai deutet der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Klaus Brandner die (nach BA-Zahlen) saisonbereinigte Steigerung der Arbeitslosigkeit im April gegenüber dem Vormonat um 6.000 in einen Abbau um 180.000 um. Die Mai-Zahlen kommentiert Minister Riester mit den Worten; „Die Jobmaschine in Deutschland läuft“. Die dramatische Talfahrt der Bauwirtschaft hält zwar im laufenden Jahr unvermindert an, Bau-Staatssekretär Grossmann (SPD) hält dies indes nicht von der Aussage im Reichstag ab, die Bauwirtschaft sei „auf gutem Wege“. Thierse sieht den Osten auf der Kippe, Staatsminister Schwanitz lässt als Antwort ein Papier über den „erfolgreichen Strategiewechsel für die Zukunft des Ostens“ verteilen.

Wer nun geglaubt hat, dies sei die Stunde der Parteilinken, um der Wirklichkeit zu ihrem Recht zu verhelfen, sieht sich getäuscht. Seit dem Regierungsantritt von rot-grün ist vom Frankfurter Kreis und in der Folge von der DL21 als politischer Faktor in der Öffentlichkeit, d.h. abgesehen von Einzelstimmen, so gut wie nichts zu nehmen.

Auch nicht zu den angeführten Themen, wie auch insgesamt zu den diversen Richtungswechseln in der Politik der Bundesregierung (180-Grad-Kurswechsel in der Finanzpolitik, Bruch der Koalitionsvereinbarung zur netto-lohnbezogenen Rente, Rechtsruck in der Gesundheitspolitik, Rechtsruck in der Bildungspolitik im Leitantrag zum kommenden Parteitag, Stornierung des Gleichstellungsgesetzes etc.). Die mit Hans Eichel eingeleitete Sparpolitik mit z.T. harten sozialen Einschnitten, begleitet von massiven Steuergeschenken zugunsten von Großunternehmen führte zwar zu kritischen Stellungnahmen einer kleinen Gruppe von linken Abgeordneten („G8-Gruppe“). Diese Debatte, die im Übrigen zu heftigen Kontroversen in der PL (der „Parlamen-

tarischen Linken“ der Bundestagsfraktion) führte, hatte aber keineswegs zum Effekt, dass die finanz- und sozialpolitische Kehrtwende in der Bundestagsfraktion und in der PL inhaltlich und systematisch aufgearbeitet wurde.

Verfall der konzeptionellen Arbeit

Schon im Frankfurter Kreis war die konzeptionelle Arbeit vollständig eingeschlafen. Die vor einigen Jahren noch existierenden Arbeitsgruppen (zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, Sozialpolitik und Sicherheitspolitik) sind seit längerem aufgelöst. Inhaltliche Arbeit kommt nur noch ad hoc, meist von Einzelpersonen und kurzfristig anlässlich zu Anträgen zu Bundesparteitagen zustande.

Auch in der DL21 existiert mehr als ein Jahr nach Gründung bis heute keinerlei Arbeitsgruppe. Bei der Gründungsvorbereitung unterbreitete Angebote, im Anschluss an die im Frankfurter Kreis existierende Arbeitsgruppe zur Finanzpolitik eine entsprechende Arbeitsgruppe in der DL21 aufzubauen, wurden nicht aufgegriffen, ebenso wurde seinerzeit der Vorschlag ignoriert, angesichts der sich abzeichnenden Vorstellungen in der Parteiführung zum Umbau der Alterssicherung rechtzeitig ein eigenes Konzept zu erarbeiten.

Ergebnis ist, dass zum Kurswechsel der Regierung in der Finanzpolitik außer versprengten Einzelmeinungen nichts vorliegt. Im Gegenteil ist heute in der neu gewählten Führung der DL21 Eichels Konsolidierungskurs weitgehend unbestritten. Grundsätzliche Gesichtspunkte werden nicht mehr diskutiert und in der Folge Spielräume geleugnet. Kein Wunder, dass man sich dann auf andere Felder (z.B. auf Strukturreformen auf den Arbeitsmärkten) konzentriert. Wo bleibt in der DL21 die Befassung mit der Politik der Haushaltskonsolidierung unter Clinton? Warum wird nicht zur Kenntnis genommen, dass Clinton - neben einer flexiblen Zinspoli-

tik - eine völlig andere Politik der Haushaltskonsolidierung gemacht hat als die amtierende Bundesregierung? Den Haushalt nachhaltig konsolidieren kann man nur in einem stabilen, d.h. nachhaltigen Aufschwung, so in den USA geschehen, nachdem fünf Jahre Aufschwung ins Land gegangen waren. Die Bundesregierung dagegen läutet ihren harten Sparkurs ein, als der Aufschwung gerade mal ein halbes Jahr alt ist, und läuft damit Gefahr, ihren Beitrag zur deutschen Schlusslicht-Position zu leisten. Warum wird in der Parteilinken zum Thema fehlende Verteilungsspielräume nicht diskutiert, dass die USA in den 90er Jahren einen erheblichen Beschäftigungsaufbau bei konstanten Lohnstückkosten aufweist, Deutschland dagegen einen erheblichen Beschäftigungsabbau bei deutlich gesunkenen Lohnstückkosten?

Mit Blick auf die Rentenreform bleibt außer Betracht, dass lange Zeit vertan wurde, in der die Parteilinken Gelegenheit hatte, für Mehrheiten für ein mach- und durchsetzbares Konzept unter Einbeziehung der Beitragspflicht aller Erwerbstätigen und anderer Einkommensarten wie etwa der Vermögenseinkommen zu kämpfen. Statt dessen schreibt die Vorsitzende in der SPW einen Artikel, in dem die Endfassung der Riesterreife als Erfolg der Parteilinken mit der Begründung verkauft wird, mehr sei nicht durchsetzbar gewesen.

Die ganze Tragweite dieses konzeptionellen und theoretischen Verfalls der Parteilinken kommt darin zum Ausdruck, dass zur in Eichels mittelfristiger Finanzplanung vorgesehenen geplanten Halbierung (!) der Arbeitsmarktausgaben und zur Reduzierung der Sachinvestitionen des Bundes um 2 Mrd. bis 2004 (BMF, Der Finanzplan des Bundes bis 2004) kein Wort zu vernehmen ist. Auch zum aktuellen Tauziehen zwischen BMA und BMF um den Bundeszuschuss zur BA und zum Sofortprogramm für Jugendliche Fehlanzeige.

Fast unvermeidlich drängt sich der schon zu Zeiten des Frankfurter Kreises vorhandene Eindruck auf, dass eine systematische und konzeptionelle Arbeit in der Parteilinken von den für die einzelnen Sachthemen Verantwortlichen in der PL nur ungern gesehen wird, weil sie störend für die eigene Arbeit und das eigene, eifersüchtig behütete Ressort sein könnte.

Tagungs-Highlights

Dies ist die Gefechtslage, in der die Frühjahrstagung der DL21 abgehalten wird. Knapp 50 stimmberechtigte Mitglieder des neuen Vereins mehr als ein

Jahr nach Gründung zeugen nicht gerade von großem Andrang zur neuen Organisation. Auch die Medienpräsenz auf der Tagung ist im Gegensatz zu den Tagungen des Frankfurter Kreises verschwindend gering.

Dies und die beschriebene Gesamtlage der Parteilinken hindert jedoch Conny Gilges nicht an der Aussage, dass die Parteilinke heute endlich „aus dem Tal der Tränen“ heraus sei. Als Antwort auf Beiträge, die angesichts der weltwirtschaftlichen Tendenzen Gefahren für Arbeitsmarkt, Konjunktur und Staatsfinanzen sowie für das Gesellschaftsbewusstsein benennen, erklärt Klaus Hahnzog, die Zeit des Jammerns und Lamentierens müsse nun vorbei sein, und erhält dafür breite Unterstützung.

Kennzeichnend für die Tagung ist das komplette Fehlen des Themas Konjunkturentwicklung. Von Vorstandsseite sind Aussagen in Richtung abnehmender Verteilungsspielräume angesichts von Standortwettbewerb und alternativer Globalisierung zu hören. Auffällig in der Diskussion der politischen Lage ist zudem, dass das Plädoyer eines Mitarbeiters aus dem Abgeordnetenbüro von Scharping für eine unideologische Herangehensweise an das NMD-Konzept der USA ohne Widerspruch blieb. Die zentrale Frage, wie die Parteilinke sich angesichts des Niedergangs der Grünen zur Annäherung von SPD und FDP positioniert, ob die SPD die dadurch eingetretene ökologische Lücke auffüllt, wurde nicht diskutiert. Auf der Frühjahrstagung war die zentrale Frage, wie die Parteilinke als Teil der Regierungsfraktion mit dem unvermeidlichen Anpassungsdruck umgeht, der durch die Übernahme der „Verantwortung für das Ganze“ (M. Müller) entsteht, überhaupt kein Thema!

Wertedebatte und politische Kultur

Jenseits von zu Zeiten des Frankfurter Kreises immerhin noch debattierten Themen sind andere, die Bewusstseinsentwicklung betreffenden Fragen seit Jahren kein Thema in der Parteilinken. Wo und wann spricht die Parteilinke von Tendenzen wie der „Ich-AG“, der „Spaßgesellschaft“, die ihren Spaß vor allem auf Kosten von anderen oder der Umwelt hat (Stichwort love parade), von der wachsenden Distanzierung der Menschen von den politischen Parteien? Wo bleibt die Kritik der Parteilinken an der Verabschiedung der Partei aus der Wertedebatte, wo bleibt die Kritik daran, dass die Bundesregierung das Ziel der Veränderung des Gesell-

schaftsbewusstseins aus den Augen verloren hat und sich stattdessen darauf beschränkt, dieses nur noch möglichst optimal politisch auszudrücken (insbesondere vor Wahlterminen)? Wann macht die Linke zum Thema, dass nach einer jüngsten Emnid-Umfrage 22 % der befragten Westdeutschen lieber keine Juden zum Nachbarn haben möchten? Wer kritisiert die Zustände bei Pro7, RTL2 und anderen kommerziellen Sendern, in deren Filmen fast nur eines, das Abschachten von Menschen passiert? Wann beginnt die Parteilinke endlich mit der konzeptionellen Debatte zum Thema Alltagsbewusstsein?

Wo bleibt die Kritik an der schleichenden Entmachtung des Parlaments? Es ist doch nicht zu bestreiten, dass der Einfluss der diversen Arbeitsgruppen im „Bündnis für Arbeit“ und des Bundeskanzleramts auf Anträge und Forderungen aus der Bundestagsfraktion zunimmt! Wo bleibt die Kritik an dem vor allem seit dem Regierungsantritt beängstigend zunehmenden Opportunismus in der Bundestagsfraktion?

Wo ist die Kritik an dem z.T. erschreckend niedrigen Sachverstand vieler Bundestagsabgeordneter, wo wird problematisiert, dass nach gutmütiger Schätzung mehr als die Hälfte aller SPD-Bundestagsabgeordneten keine überregionale Tageszeitung abonniert hat? Welche Funktion haben DL21 und Netzwerk 2010 bei der Bekämpfung der zunehmenden Folgenlosigkeit von Parteitagebeschlüssen (s. das jüngste Beispiel zur Erbschaftssteuer)?

Fazit: Wandel und Kritik

Häufig wird der Einwand vorgebracht, man müsse sich am Machbaren, am Durchsetzbaren orientieren und Mehrheiten organisieren. Kein Mensch fordert den Königsmord. Aber unter Helmut Schmidt wurden z.B. noch organisiert die Nein-Stimmen bis zu der Stimme ausgereizt, ab der die Abstimmungsmehrheit gefährdet war. Zu solchen Absprachen ist die PL von heute nicht in der Lage.

Die Mühen und Anstrengungen, denen sich viele in der PL unterziehen, um kleine und große Verbesserungen durchzusetzen, sind unbestritten. Unbestritten ist auch die Schwierigkeit, eine Lösung für die dramatischen Mobilisierungsprobleme der Partei aufzuzeigen. Es geht nicht darum, die Erfolge der Bundesregierung zu leugnen, sondern darum, den Einflussverlust der Parteilinken zu stoppen, damit sie in das Tal der Tränen gerade nicht hineinschlittert. Natürlich stellen I+T-Revolution, Wissensgesellschaft, veränderte

Erwerbsbiographien und Individualisierung die Partei und ihre Jugendorganisation vor große Herausforderungen. Dazu ist allerdings Kritik und Kritikfähigkeit unerlässlich statt Ausgrenzung der „Lamentierer“ und Kultivierung der „eitlen Selbstbespiegelung“, die Max Weber für die politische Klasse seiner Zeit diagnostizierte und die auch in der

PL häufig anzutreffen ist.

Unvereinbar mit der bisherigen Orientierung der Parteilinken ist m.E. die Beteiligung am von der Parteiführung initiierten „Netzwerk 2010“ in Anknüpfung an die Gruppe „Netzwerk Berlin“. Sollte der diese Gruppe kennzeichnende brutale Karrierismus nun auch in der DL 21 salonfähig werden, ist deren Zu-

kunft vorprogrammiert. Die DL 21 geht dann - wie im Übrigen von der Parteiführung intendiert - in ein von dieser gemanagtes Netzwerk auf.

Nach der Sommerpause brechen für Bundesregierung, SPD-Bundestagsfraktion und Parteilinke turbulente Zeiten an. Die DL21 ist darauf nicht vorbereitet. spw

„Ich bin Sozialist – und das ist gut so!“

Anmerkungen zum Netzwerk 2010

Von Horst Heimann

Mit der zutreffenden Charakterisierung „Jung, exklusiv und weder links noch rechts“ informierte der „Vorwärts“ (6/2000) über das „Netzwerk 2010“, das vom Parteivorstand als Projektgruppe der unter Vierzigjährigen anerkannt wurde und auf Parteitag eigene Anträge einbringen darf. „Zum exklusiven Kreis der 120 Gründungsmitglieder zählen Mandatsträger, Regierungsvertreter und Parteifunktionäre aus Kommunen, Land und Bund. Auf diese Klientel soll die Mitgliedschaft innerparteilich weitestgehend beschränkt bleiben.“ (Vorwärts a. a. O.)

Die Frankfurter Rundschau (2.6.2001) dokumentierte den Gründungsauftrag und die „Namens-Zusammenstellung“ der 120 Unterzeichner. Sie stellen dem Netzwerk 2010 die Aufgabe, den Prozeß vorzubereiten, in dem „eine neue Generation ... selbst Verantwortung (übernimmt) für die Entwicklung der SPD“. Die im Aufruf im Rahmen der notwendigen Weiterentwicklung der „programmatischen Leitlinien und Politikkonzepte“ der SPD angedeuteten „Ideen und Perspektiven für die Zukunft der sozialen Demokratie“ bleiben notgedrungen noch vage. Denn unabhängig von unterschiedlichen politischen Standorten sollten ja alle Nachwuchspolitiker unterschreiben können, die „weder nach links noch nach rechts“, sondern nach oben blicken.

Eine produktive inhaltliche Auseinandersetzung wird daher erst möglich sein, wenn das Netzwerk konkrete Ergebnisse zu den drei genannten Themenfeldern vorlegen wird: „Die Erneuerung unserer Wirtschaftsordnung und Arbeitsgesellschaft, die Zukunft von Bildung und Qualifizierung sowie die ‚Verantwortungsgesellschaft‘“.

Doch während die Aussagen zu praktisch-politischen und programmatischen Fragen sehr allgemein und interpretationsfähig sind, werden die gesellschaftstheoretischen Prämissen, unter denen das Netzwerk praktisch-politische Vorschläge erarbeiten soll, sehr präzise und eindeutig formuliert, nämlich: „Das 20. Jahrhundert mit seinen allumfassenden Gesellschaftsentwürfen und ganzheitlichen Glaubenssystemen ist Vergangenheit. Die alten, einander ausschließenden Gesamterklärungen überzeugen nicht mehr.“

Bei dieser gesellschaftstheoretischen Prämisse, die als objektive Tatsachenaussage formuliert ist, handelt es sich um eine der fatalsten und folgenreichsten Selbsttäuschungen im linken intellektuellen Spektrum: Denn diese Aussage ist zwar einerseits tatsächlich zutreffend, aber nur für „allumfassende Gesellschaftsentwürfe und ganzheitliche Glaubenssysteme“ sowie „Gesamterklärungen“ aus der linken Tradition. Auf der rechten Seite dagegen hat der Neoliberalismus als „allumfassender Gesellschaftsentwurf und ganzheitliches Glaubenssystem“ sowie „Gesamterklärung“ in den intellektuellen Diskursen in Deutschland nicht nur die Hegemonie, sondern die Alleinherrschaft erobert. Die „neue Orientierungslosigkeit“, die der Aufruf als Chance erwähnt, gibt es daher auch nur im linken Spektrum, während die neoliberale Rechte sehr selbstbewußt und zielstrebig die Welt interpretiert und verändert.

Thesen zum Neoliberalismus

Das Schlagwort Neoliberalismus ist zwar allen bekannt zur Kennzeichnung der Wirtschafts- und Sozialpolitik von

Reagan und Thatcher, die von Linken mit politischen Argumenten kritisiert und abgelehnt wurde und wird. Aber auch die meisten Linken haben übersehen, dass dem politischen Kurswechsel unter Reagan und Thatcher ein radikaler Paradigmenwechsel in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und damit auch in der Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie vorausgegangen war. Seit Mitte der siebziger Jahre hat sich in den intellektuellen Diskursen in den Industrieländern, also im Bereich der Interpretationen und Bewertungen der Gesellschaft, der Gesamterklärungen und Gesellschaftstheorien, die historisch bedeutsamste ideologische Revolution des 20. Jahrhunderts vollzogen: Die nach dem Ende des 2. Weltkrieges beginnende und in den sechziger Jahren gefestigte linke oder sozialdemokratische Hegemonie wurde, fast unmerklich und klammheimlich, von einer neoliberalen ideologischen Hegemonie abgelöst.

Als NEO-Liberalismus ist die neue Gesamterklärung der Gesellschaft deshalb zu bezeichnen, weil es sich um einen Liberalismus handelt, der sich „gesäubert“ hat von allen sozialen Bestandteilen, die er auf dem Hintergrund der sozialdemokratischen Hegemonie in einem zukunftsorientierten Lernprozeß aufgenommen hatte. Dieser schon hegemoniale Neoliberalismus eroberte nach der Implosion des „Realsozialismus“ in den neunziger Jahren sogar die ideologische Alleinherrschaft.

Fast die gesamte intellektuelle Linke übernahm die neoliberale Interpretation der historischen Zäsur 200 Jahre nach der Französischen Revolution: Die Implosion des Sowjetkommunismus ist der Endsieg des Kapitalismus über den Sozialismus jedweder Art, das Ende des Gegensatzes zwischen Rechts und Links, das Ende aller „Ideologien“, aller Ideen, Hoffnungen, Visionen und Gesellschaftsentwürfe für eine bessere und gerechtere Welt. Diese sind auch

Dr. Horst Heimann, hat lange Jahre für die Friedrich-Ebert-Stiftung an der Akademie in Freudenberg gearbeitet und sich mit Beiträgen an den Theoriediskussionen von Jusos und SPD beteiligt, lebt jetzt in Dortmund

völlig überflüssig, weil wir mit dem Endsieg der liberal-demokratischen Marktwirtschaft im Weltmaßstab ja sowieso schon in der besten aller möglichen Welten angekommen sind.

Aus der schmerzlichen Einsicht der intellektuellen Linken, dass sie die Welt offensichtlich falsch interpretiert hatte, schloß sie kurz, dass sie überhaupt nicht zu interpretieren sei. Und so konnte die neoliberale Rechte, ohne auf geistigen Widerstand zu stoßen, ihre ideologische Alleinherrschaft errichten. Das Ziel, das der Marxismus-Leninismus nur proklamiert hatte, nämlich alle Menschen erkennen die eine und einzige objektive Wahrheit, hat der Neoliberalismus in den hochentwickelten Ländern weitgehend verwirklicht. Es gibt keine gesellschaftlich relevante intellektuelle Alternative mehr zum neoliberalen Weltbild. (Um Missverständnissen vorzubeugen: natürlich gibt es noch politische und moralische Kritik an neoliberalen Politikkonzepten, politische Alternativen zur neoliberalen Politik, aber dem neoliberalen Weltbild steht keine alternative Gesellschaftstheorie gegenüber, bestenfalls noch Kritik an allzu übertriebenen Lügen der neoliberalen Ideologie. Und gewiß gibt es auch noch Linke, die privat an eine demokratisch-sozialistische Alternative glauben, sich damit aber nicht öffentlich blöseln möchten. Kein SPD-Politiker würde sich öffentlich outen und bekennen: „Ich bin Sozialist. Und das ist auch gut so.“ Und das ist nicht so gut!)

Dass der Neoliberalismus von den meisten nicht als „allumfassender Gesellschaftsentwurf“ und „Gesamtklärung“ erkannt wird, hängt auch damit zusammen, dass er selbst seinen Status als Ideologie leugnet und sich als reine objektive wissenschaftliche Erkenntnis ausgibt, als objektive Widerspiegelung der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Wie der Marxismus-Leninismus geht er davon aus, dass die gesellschaftliche Entwicklung determiniert wird durch die in der ökonomischen Basis wirkenden objektiven Gesetzmäßigkeiten, die durch subjektive Ideologien und Politikkonzepte nicht außer Kraft gesetzt werden können. Diese objektiven ökonomischen Gesetzmäßigkeiten habe die Linke nach 1945 mißachtet, als sie – unterstützt von Christdemokraten – auf der Grundlage der Ideologie des Keynesianismus den Sozialstaat ausbaute und nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik betrieb. Wegen ihrer ideologischen Scheuklappen

habe sie auch die gewaltigen technologisch-ökonomischen Umwälzungen nicht wahrgenommen und die ökonomische Modernisierung, bzw. Entfesselung der Produktivkräfte verhindert.

Die sich beschleunigenden technologisch-ökonomischen Umwälzungen sind gewiß nicht zu unterschätzen. Aber die für die Zukunft der Menschheit gefährlichste Umwälzung hat sich im Bereich der Ideen und des Denkens vollzogen, also im Überbau, nämlich: Der Wegfall eines linken gesellschaftstheoretischen Paradigmas, wodurch die ideologische Alleinherrschaft des Neoliberalismus mit fatalen sozialen Folgen möglich wurde.

Wie die Neoliberalen die Welt nicht nur interpretiert, sondern in den vergangenen Jahrzehnten auch „erfolgreich“ verändert haben, sei nur mit einigen allgemein bekannten Fakten veranschaulicht. Wie haben sich ihre Verheißungen erfüllt, die Globalisierung werde allen mehr Wohlstand bringen, wenn man nur den „Leistungsträgern“ etwas mehr Wohlstand überlasse?

So wie global die Kluft zwischen reichen und armen Ländern tiefer wurde, so wurde auch in den reichen (und natürlich auch in den armen) Ländern der Abstand zwischen Arm und Reich größer. Obwohl Deutschland den USA hinterherhinkt (Kohl konnte nur einen Dritten Weg zwischen neoliberaler und sozialdemokratischer Politik durchsetzen), sind doch einige „Erfolge“ zu verzeichnen, wie der „1. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“ nachweist (vgl. den Beitrag von Bell/Recht).

Nicht nur steigende Arbeitslosigkeit, sondern auch sinkende Löhne im Niedriglohnssektor sind Ursache für die steigende Zahl von Sozialhilfeempfängern. Auch in Deutschland wächst die neue Klasse der „working poor“, die von Reagan und Thatcher besonders „gefördert“ wurde. So wie Niedrigverdiener so holen aber auch Spitzenverdiener den Rückstand gegenüber den USA etwas auf: „Die Vorstandsmitglieder der großen deutschen Konzerne haben ihr Einkommen im vergangenen Jahr laut einer Studie durchschnittlich um eine Mio. DM gesteigert“. (Die Welt, 21.5.2001) Der Chef einer Personalabteilung begrüßte ausdrücklich diese „leistungsorientierte Einkommensentwicklung“, weil die deutschen Manager „aufgeholt und damit Anschluß an internationale Verhältnisse gefunden (haben)“. (Diese „leistungsorientierte“

Einkommenssteigerung zeigt einerseits, dass die baldige radikale Senkung des Spitzensteuersatzes noch dringender geworden ist. Andererseits: Ist es denn nicht verständlich, dass Herr Landowsky in Berlin für sein mickriges Taschengeld von 700 000,- DM nicht 4 Milliarden Gewinn, sondern nur Verlust erwirtschaften konnte!?)

Angesichts der hier kurz skizzierten Entwicklung zu mehr Ungleichheit und Ungerechtigkeit stellen die neoliberalen Machteliten sogar ihr Licht unter den Scheffel, indem sie bescheiden darauf verweisen: Das ist gar nicht in erster Linie unser Verdienst, sondern die unausweichliche Folge der Globalisierung; wir haben nur politische Hindernisse aus dem Weg geräumt, damit dieser heilsame Naturprozeß seinen kapitalistischen Gang gehen kann. Gegen diese falsche Bescheidenheit sei aber ausdrücklich auf die „Verdienste“ der neoliberalen Machteliten und ihrer willigen Helfer hingewiesen: Die oben skizzierte wachsende Ungleichheit ist nicht unausweichliche Folge eines objektiven Naturprozesses, sondern gewollte Konsequenz bewußter politischer Entscheidungen.

Die neoliberalen Machteliten konnten die Welt in ihrem Sinne verändern, weil sie sie mit einem „allumfassenden Gesellschaftsentwurf und ganzheitlichen Glaubenssystem“ interpretiert haben. Und wenn sie weiterhin allein die Welt interpretieren, werden sie sie auch künftig allein in ihrem Sinne verändern. Eine noch so ehrliche pragmatische Politik für mehr Gerechtigkeit kann die Entwicklung zu mehr Ungleichheit und Elend bestenfalls verlangsamen, aber nicht aufhalten oder gar umkehren. Es besteht auch ein enger Zusammenhang zwischen der wachsenden Ungleichheit innerhalb der reichen Länder und der sich vertiefenden Kluft zwischen reichen und armen Ländern: Die USA mit der größten inneren Ungleichheit leisten als reichstes Land den geringsten Beitrag für Entwicklungshilfe (bezogen auf die Wirtschaftskraft), die skandinavischen Länder mit der geringsten inneren Ungleichheit dagegen den höchsten Beitrag.

Auch wenn es so nicht wörtlich bei Marx steht: Wenn die Linke die Welt wieder in ihrem Sinne verändern will, und darauf sollte es ihr ankommen, muß sie sie erst wieder interpretieren. Aber wörtlich bei Willy Brandt steht: „Wenn wir nicht mehr vom Sozialismus zu reden wagen, hat der Gegner schon halb gewonnen.“ spw

Hier gibt's was!

Ulrike Winkler (Hg.)
Stiften gehen
 NS-Zwangsarbeit und
 Entschädigungsdebatte



PapyRossa

Andreas Klärner

Aufstand der Ressentiments

Einwanderungsdiskurs, völkischer
 Nationalismus und die Kampagne
 der CDU/CSU gegen die doppelte
 Staatsbürgerschaft

PapyRossa

einsprüche
 Alain Lipietz
**Die große Transformation
 des 21. Jahrhunderts**
 Ein Entwurf
 der politischen
 Ökologie
 Mit einem Nachwort
 von F. O. Wolf



WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

② Andreas Klärner; Aufstand der Ressentiments. Einwanderungsdiskurs, völkischer Nationalismus und die Kampagne der CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft 166 Seiten; DM 28.-

① Alain Lipietz; Die große Transformation des 21. Jahrhunderts. Ein Entwurf der politischen Ökologie, 192 S.; DM 29,80

④ Ulrike Winkler (Hg.); Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte; DM 29,80

④ Heiner Ganßmann; Politische Ökonomie des Sozialstaats; 195 S.; DM 29,80

HEINER GANßMANN
 POLITISCHE ÖKONOMIE
 DES SOZIALSTAATS



EINSTIEGE

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

⑥ Pierre Bourdieu/Erhard Eppler/ Renate Ohr/Klaus Zwickel u.a.; Neue Wege der Regulierung. Vom Terror der Ökonomie zum Primat der Politik ca. 160 Seiten; ca. DM 24,80;

Pierre Bourdieu/Erhard Eppler/
 Renate Ohr/Klaus Zwickel u.a.

Neue Wege der Regulierung

Vom Terror der Ökonomie
 zum Primat der Politik



VSA

⑥ Brigitte Stolz-Willich/Mechthild Veil (Hrsg.) Arbeit & Demokratie. Solidaritätspotenziale im flexibilisierten Kapitalismus ca. 176 Seiten; ca. DM 24,80

Brigitte Stolz-Willich/Mechthild Veil (Hrsg.)

Arbeit & Demokratie

Solidaritätspotenziale
 im flexibilisierten Kapitalismus



VSA

A b o - P r ä m i e n 2 0 0 1

spw